

zivilschutz magazin



Ein verheerender Brand – aber zum Glück keine Verletzten: Am 20. Februar 1855 wurde die kaiserliche Burg zu Prag ein Opfer eines gewaltigen Flammenmeeres.

Gegen neun Uhr am Vormittag des Februartages wurden in Prag mächtige Rauchwolken beobachtet, die sich aus den Dachluken des mittleren Teiles des höher gelegenen Schlosses erhoben. Bald darauf schon dröhnte der dumpfe Ton der Sturmglocke im Schloßturm durch die Stadt: Blitzschnell ging die Schreckensnachricht um, daß das kaiserliche Gebäude brannte.

Von allen Seiten strömten Helfer herbei. Die städtische Feuerwehr, die Infanterie und zahlreiche freiwillige Helfer eilten mit Löschwerkzeugen zur Brandstätte. Spritzen aus allen Teilen der Stadt und aus den Fabriken der Vorstädte wurden zur Unglücksstelle gebracht.

Klirrende Kälte und derzeitiger Wassermangel an dieser hoch gelegenen Stelle gestalteten die Löscharbeiten äußerst schwierig. Deshalb beschloß man, wenigstens die noch nicht betroffenen Teile der Burg vor dem Feuer zu schützen und die Flammen einzugrenzen. Das Dach der Burg, das in dichtem Rauch stand, wurde abgetragen. Zwei Feuermauern verhinderten eine Ausdehnung des Brandes nach Westen und Osten.

Aber zu den unteren Geschossen der Burg fraßen sich die Flammen unaufhaltbar vorwärts. Was sollten die Helfer tun? Aus den Brauhäusern der Prager Altstadt wurde schleunigst warmes Wasser herbeigeführt und mit Schneemassen auf die Böden der Gemächer gelegt, deren Decken bereits in hellen Flammen standen.

Mittlerweile hatte sich die Bausubstanz des Burgteils als eine sehr schlechte erwiesen: Die Wände bestanden nur aus Holz und waren mit Tapeten überklebt. So fand das Feuer schnell neue Nahrung und konnte sich rasend schnell verbreiten.

Trotz der größten Anstrengungen gelang es den Helfern erst am Abend des folgenden Tages, am 21. Februar, die gewaltigen Flammen zu löschen.

Neben den Dachräumen, in denen der Brand entstanden war, wurden das zweite und dritte Stockwerk der Burg völlig verwüstet; zum Teil hatten die Flammen auch Decken im ersten Stock zerstört, wo die Kaiserin ihre Appartements hatte. Insgesamt fielen 22 Zimmer der kaiserlichen Burg dem vernichtenden Feuer zum Opfer: Eine Front von 20 Fenstern blickte wie aus hohlen Augen weithin ins Land ...

Die Bewohner der Burg, Kaiser Ferdinand und seine Gemahlin, hatten sich gleich bei der ersten Nachricht von dem Brand in einem benachbarten Palais in Sicherheit bringen können.

Blick in die Geschichte

Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

Die Flammen fraßen sich unaufhaltbar vorwärts

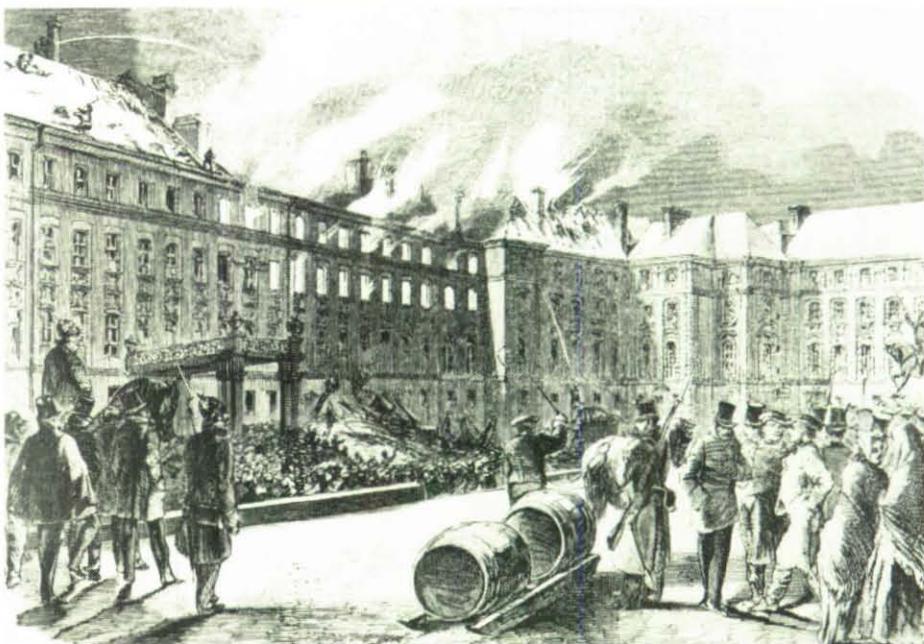
Heute: Der Brand der kaiserlichen Burg zu Prag



Oben: Von der Prager Stadt her war der Brand der kaiserlichen Burg zu sehen.

Unten: Blick in den Burghof: Zahlreiche Helfer versuchten, den verheerenden Brand zu löschen.

(Fotos: Roden-Press)



zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Oktober
10/86

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5000 Köln 41 Ruf (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 120406, 5300 Bonn 1
Ruf (0228) 546-0, Telex 17-2283687
Teletex 2283687, Telefax 546-150

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Postfach 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

Blick in die Geschichte	U 2
Umschau	2
Das gesellschaftspolitische Umfeld des Zivilschutzes im Wandel der Zeit	10
Ministerialrat Dr. Ewald Andrews zum Thema Zivilschutz	
„Keine Gefährdung der Bevölkerung“	15
Bericht über die Auswirkungen von Tschernobyl	
Was ist eigentlich Radioaktivität?	18
Informationen zu einem aktuellen Thema	
„Heros '86“ — Damit's auch untereinander funkt	21
Gemeinsame Übung der rheinland-pfälzischen Fernmeldezüge	
Bundesverband für den Selbstschutz	25
Technisches Hilfswerk	31
Warndienst	41
Deutsches Rotes Kreuz	43
Arbeiter-Samariter-Bund	45
Johanniter-Unfall-Hilfe	49
Malteser-Hilfsdienst	51
Deutscher Feuerwehrverband	53
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	55
Presseschau des Inlands	61
Presseschau des Auslands	62
Wissenschaft & Technik	63
Neue Bücher	64
Das Minimagazin	U 3



Umschau

Initiative des Bundeskanzlers führt zu internationalen Abkommen über Zusammenarbeit bei kerntechnischen Unfällen

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl war der erste Staatsmann, der unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl auf der Tokioter Gipfelkonferenz die internationale Gemeinschaft aufgerufen hatte, wirksame Maßnahmen zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei kerntechnischen Unfällen zu ergreifen. Auf seine Initiative erarbeitete die Internationale Atomenergiebehörde in Wien zwei Konventionsentwürfe, und zwar zu einem „Übereinkommen über die frühzeitige Mitteilung von kerntechnischen Unfällen“ und zu einem „Übereinkommen über Hilfeleistung bei kerntechnischen Unfällen oder radiologischen Notfallsituationen“.

Die Entwürfe wurden von Experten aus fast 70 Ländern des Westens, des Ostblocks und der Dritten Welt in der Zeit vom 21. Juli bis 15. August 1986 gründlich beraten. Nach zum Teil sehr schwierigen Verhandlungen gelang es, die Vertragstexte so zu gestalten, daß sie einvernehmlich der Ministerkonferenz, die vom 24. bis 26. September 1986 stattfand, zur Verabschiedung vorgelegt werden konnten.

Wenn man bedenkt, daß in den beiden Konventionen höchst unterschiedliche Interessen auf einen Nenner gebracht werden mußten, etwa die der beiden Supermächte, der Staaten, die über Atomwaffen verfügen und solcher, die die Kernenergie lediglich zu friedlichen Zwecken nutzen, und schließlich der Staaten aus der Dritten Welt, dann kann man das Ergebnis als einen großen Erfolg bezeichnen. Wesentlicher Diskussionspunkt beim Übereinkommen über die frühzeitige Mitteilung von kerntechnischen Unfällen war die Festlegung des Geltungsbereichs. Hier gingen die Auffassungen zunächst weit auseinander. Schließlich konnte man sich darauf einigen, daß sich die Informationspflicht auf folgende Einrichtungen und Aktivitäten erstreckt:

- Kernreaktoren, unabhängig von ihrem Standort,
- jede Einrichtung des Kernbrennstoffkreislaufs,
- alle nuklearen Entsorgungseinrichtungen,
- Transport und Lagerung von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Abfällen,
- Herstellung, Nutzung, Lagerung, Beseitigung und Transport von Radioisotopen für landwirtschaftliche, industrielle, medizinische und verwandte wissenschaftliche und forschungsrelevante Zwecke,
- Nutzung von Radioisotopen für die Energiegewinnung in Raumflugkörpern.

Für den sehr sensiblen militärischen Bereich wurde schließlich eine Kompromißformel gefunden, die lautet: „Um die radiologischen Folgen möglichst gering zu halten, können die Vertragsstaaten auch andere als die in Artikel 1 genannten kerntechnischen Unfälle melden.“ Des weiteren legt das Abkommen Verfahren und Ansprechstellen fest sowie die Aufgaben der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien. Die Anzeigepflicht bezieht sich auf Unfälle mit möglicher oder tatsächlicher Freisetzung radioaktiven Materials, die für die Strahlensicherheit eines anderen Staates von Belang sein könnte.

Das Abkommen über Hilfeleistung bei kerntechnischen Unfällen oder radiologischen Notfallsituationen strebt in erster Linie eine schnelle, wirksame und koordinierte internationale Zusammenarbeit bei derartigen Schadensereignissen an. Auch hier spielt die Internationale Atomenergiebehörde eine wichtige Rolle als Clearing-Stelle, insbesondere zur Übermittlung von Hilfeersuchen und zur Weiterleitung von Hilfeangeboten. Der ursprüngliche Plan, bei der IAEA eine Art Schnelleinsatztruppe zu bilden und vorzuhalten, wurde jedoch im Hinblick auf die damit verbundenen finanziellen Konsequenzen von den Industrienationen abgelehnt. Fallengelassen wurde auch die Absicht, vorbeugende Maßnahmen im Sinne von gemeinsamen Katastrophenschutzplänen benachbarter Staaten, die an ihren Grenzen Kernkraftwerke errichtet haben, ausdrücklich in die Konvention aufzunehmen. Dem steht natürlich nicht entgegen, daß entsprechende Vorkehrungen und Abmachungen auf bilateraler Ebene getroffen werden, so wie dies bereits zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Anrainerstaaten geschehen ist.

Neben der Festlegung der Gesamtverantwortung des hilfeersuchenden Staates, der Verfahren der Hilfeleistung und der Ansprechpartner ist natürlich die Kostenfrage von erheblicher Bedeutung, insbe-

sondere für die Länder der Dritten Welt. Der ursprünglich im Entwurf enthaltene Grundsatz der Kostenerstattungspflicht ist im Verlaufe der Verhandlungen insbesondere auf Druck der Entwicklungsländer nicht unerheblich aufgeweicht worden, indem am Anfang der Kostenregelung in Artikel 7 festgestellt wird, daß eine hilfeleistende Partei die Unterstützung ohne Kostenerstattungsforderung leisten möge. Die Haftungs- und Schadenersatzregelungen für Schäden, die aus Anlaß der Hilfeleistung entstehen, lassen erkennen, daß hier gewisse „Anleihen“ bei dem deutschen Mustervertrag über bilaterale Hilfeleistungsvereinbarungen mit den Anrainerstaaten der Bundesrepublik Deutschland gemacht worden sind.

Jedes der beiden Abkommen tritt jeweils 30 Tage nach der Einverständniserklärung durch drei Staaten in Kraft. Auch internationale Organisationen und regionale Zusammenschlüsse, z. B. die EG, können die Abkommen unterzeichnen. Beide Konventionen lassen eine provisorische Anwendung in der Weise zu, daß ein Staat schon vor Inkrafttreten erklären kann, daß er das Abkommen vorläufig anwenden wird. Der Vertreter der Bundesregierung hat eine solche Erklärung auf der Sonderkonferenz, die vom 24. bis 26. September 1986 in Wien stattfand, abgegeben.

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann führte neuen THW-Direktor in sein Amt ein

Als neuer Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) wurde Gerd-Jürgen Henkel (45) von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in sein Amt eingeführt, nachdem zuvor der bisherige Direktor des THW, Helmut Meier (60), offiziell verabschiedet worden war. Der Minister vollzog den Amtswechsel im Rahmen einer Feierstunde am 27. September 1986 im historischen Prunksaal des Rathauses in Landshut. An der Feier nahmen neben zahlreichen Ehrengästen, darunter die Bundestagsabgeordneten Fellner, Götzer und Paintner, Oberbürgermeister Deimer und Landtagsabgeordneter Huber, der Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern, Beyer, auch Abordnungen aus den elf Landesverbänden der bundesweit 56 000 aktive Helfer in 612 Ortsverbänden umfassenden Katastrophenschutzorganisation THW teil.

Gerd-Jürgen Henkel ist der 9. Direktor dieser 1950 von Otto Lummitzsch, dem Gründer der früheren Technischen Nothilfe, ins Leben gerufenen Organisation. Mit



Henkel steht erstmals ein Jurist aus der Leitung des THW an seiner Spitze, die traditionell fast immer mit Ingenieuren besetzt war.

Über die Veranstaltung und insbesondere über die Ausführungen des Bundesministers des Innern zum Technischen Hilfswerk und allgemein zum Zivil- und Katastrophenschutz wird in der nächsten Aus-

gabe des ZS-Magazins ausführlich berichtet.

Unser Foto zeigt (v. l. n. r.) den neuen Direktor des THW, Gerd-Jürgen Henkel, Bundesminister Dr. Zimmermann und den bisherigen Direktor des THW, Helmut Meier; in der zweiten Reihe Hans-Joachim Wiegand, Präsident der Helfervereinigung des THW. (Foto: Hackl)

Gemeinsamer Strahlenschutz und bessere Koordination zwischen Bund und Ländern

Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Gerhart Rudolf Baum, der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Paul Laufs, und der umweltpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Hermann Fellner, erklärten in Bonn zur Einbringung eines Strahlenschutzvorsorgegesetzes durch die Bundestagsfraktionen von FDP und CDU/CSU:

„Mit dem Entwurf zum Strahlenschutzvorsorgegesetz ziehen die Koalitionsfraktionen die Konsequenzen aus den Erfahrungen, die beim vorsorgenden Schutz der Bevölkerung im Zusammenhang mit der weiträumigen Strahlenbelastung nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl in Bund und Ländern gemacht wurden. Der von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Entwurf ist in Abstimmung mit dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erarbeitet worden. Wir streben an, das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode im Deutschen Bundestag zu verabschieden.“

Wir wollen den Strahlenschutz der Bevölkerung bei kerntechnischen Unfällen und anderen Ereignissen mit nicht unerheblichen

radiologischen Auswirkungen, insbesondere aus dem Ausland, durch ein effektives und koordiniertes Vorgehen aller beteiligten Dienststellen in Bund und Ländern sicherstellen. Hierbei soll die Strahlenexposition der Bevölkerung und die radioaktive Kontamination der Umwelt vermieden oder unter Berücksichtigung aller Umstände so gering wie möglich gehalten werden.

Die Radioaktivität in der Umwelt wird überwacht, um

- die Entwicklung der Radioaktivität festzustellen, zu bewerten und hierüber zu berichten,
- bei einem drohenden oder eingetretenen kerntechnischen Unfall oder einem anderen Ereignis mit nicht unerheblichen radiologischen Auswirkungen diese möglichst frühzeitig festzustellen, zu bewerten und die der Lage angemessenen Maßnahmen zu treffen.

Der Erreichung dieser Ziele dienen:

- Die Errichtung und der Ausbau eines einheitlichen Meß- und Frühwarnsystems; eine bundesweite Erhebung und Auswertung von Daten durch Bund und Länder über die radioaktive

Belastung der Umwelt wird sichergestellt. Es erfolgt eine bundeseinheitliche Festlegung der Meßmethoden und die Sicherstellung einer zentralen Sammlung und Aufbereitung aller Meßdaten in Bund und Ländern und einer einheitlichen Bewertung durch den Bund.

- Die Zuständigkeiten und Befugnisse werden konzentriert und geregelt, um vorsorgende Strahlenschutzmaßnahmen mit länderübergreifender Bedeutung treffen zu können. Die Bundesregierung - speziell der Bundesumweltminister - wird künftig einheitliche Dosis- und Kontaminationswerte sowie Empfehlungen vorgeben können. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um Verbote und Beschränkungen für den Verkauf und die Verwendung von kontaminierten Nahrungs- und Futtermitteln einheitlich für das gesamte Bundesgebiet aussprechen zu können. Es wird ausgeschlossen, daß von staatlichen Stellen und Bund und Ländern unterschiedliche Verhaltensempfehlungen an die Bevölkerung gerichtet werden.

Mit dem Gesetz werden die Überwachung der Umweltradioaktivität und die Schutzmaßnahmen in Bund und Ländern erstmals auf eine einheitliche gesetzliche Grundlage gestellt. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern wird verbessert. Aufgrund dieses Gesetzes wird die Bundesrepublik Deutschland eine internationale Spitzenstellung bei dem vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung einnehmen.“

Giftgas-Katastrophe in Kamerun: 2 000 Tote befürchtet

Eine Naturkatastrophe mit verheerenden Auswirkungen erschütterte die Welt: Mindestens 2 000 Opfer befürchtet das Informationsministerium durch den Austritt eines tödlichen Naturgases aus einem Vulkansee im Westen des afrikanischen Staates Kamerun.

Den Helfern bot sich im Katastrophengebiet ein Bild des Grauens: Die ums Leben gekommenen Menschen lagen vor ihren Hütten, in ihren Betten, auf den Wiesen. Soldaten, die mit Gasmasken ausgerüstet waren, evakuierten noch mehrere Dörfer. Das tödliche Naturgas, über dessen genaue Austrittsursache sich die Wissenschaftler noch streiten, überraschte die Menschen und tötete sie in kürzester Zeit.

Die Regierung von Kamerun bat um internationale Hilfe, die von vielen Ländern,

STELLENAUSSCHREIBUNG

Das Bundesamt für Zivilschutz, eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern, sucht für Warnämter in Rodenberg/Deister, Bad Kreuznach und Ansbach

Diplomingenieurinnen/Diplomingenieure TH/TU

der Fachrichtungen Nachrichtentechnik, Elektrotechnik oder Maschinenbau als

Dienststellenleiterinnen/Dienststellenleiter
(Bes.-Gr. A 14 BBesO)

Als Leiterin/Leiter eines Warnamtes bietet sich Ihnen eine interessante und vielseitige Tätigkeit, die neben den technischen Kenntnissen Verständnis für Verwaltungsabläufe, Organisationstalent und Geschick in der Führung von Mitarbeitern erfordert. Erfahrungen auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes sind erwünscht.

Nach der vorübergehenden Beschäftigung als Angestellte/Angestellter in Verg.-Gr. III/IIa BAT erfolgt die Übernahme in das Beamtenverhältnis — höherer Dienst — als Baurätin/Baurat zur Anstellung (Eingangsbesoldung A 12/A 13 BBesO). Nach Vorliegen der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen ist die Beförderung zur Bauoberrätin/Bauoberrat möglich. Weitere Aufstiegsmöglichkeiten sind im Bereich des Bundesamtes vorhanden.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung mit Zeugniskopien, Lebenslauf, einer Übersicht über schulischen und beruflichen Werdegang sowie einem Lichtbild bis zum 12. Dezember 1986 unter Kennziffer A 37/86 an das

**Bundesamt für Zivilschutz
Deutscherherrenstraße 93
5300 Bonn 2**

Später eingehende Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden.

darunter auch von der Bundesrepublik Deutschland zugesagt und bereits geleistet wurde.

Die Hilfstrupps waren in den von der Vulkangas-Katastrophe betroffenen Dörfern damit beschäftigt, Massengräber auszuheben und nach Überlebenden zu suchen. Augenzeugen und Überlebende der Katastrophe berichten: „Es war, als ob eine Neutronenbombe eingeschlagen wäre, die keine Sachschäden verursachte, aber jegliches Leben vernichtete.“ Die Überlebenden schildern auch, daß sie ein Brennen in der Brust empfunden hätten, das offenbar durch den eingeatmeten giftigen Rauch verursacht worden sei. Andere Augenzeugen berichten, das Unglück habe mit einer lauten Explosion begonnen, der ein fürchterlicher Gestank gefolgt sei. Eine Katastrophe ohne Vorwarnung brach über die hilflosen Menschen ein.

Die Rettungsmannschaften, 2 000 Soldaten, Polizisten, Ärzte und Sachverständige aus mehreren Ländern, waren pausenlos im Einsatz. Für Einzelbestattungen der Opfer seien, so ein Regierungssprecher Kameruns, nicht genug Helfer da. Auch

dränge die Zeit, denn die Seuchengefahr wächst. „Tausende aufgeblähter und steifer Kadaver von Rindern und Hühnern liegen bei brutender Hitze umher, Verwesungsgeruch lastet auf dem Gebiet.“

Vier Dörfer im Umkreis von etwa zehn Kilometern um den See, der über 300 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Jaunde liegt, sind unmittelbar von der Katastrophe betroffen. In Nios, direkt am See gelegen, gibt es kein Leben mehr. Innerhalb weniger Minuten starben hier 700 Menschen. Von etwa hundert Nomadenhirten, die ihre Herden auf den Anhöhen bei Subum weideten, hätten nur drei überlebt — so hieß es in Berichten. Überlebende seien teils mit Hautverbrennungen und Atembeschwerden in Krankenstationen der Umgebung gebracht worden.

Der Vulkansee ist rotbraun, während das Wasser zweier nahe liegender Seen ganz klar ist. Das Gras, so berichten die Zeittungen, sei an den Hängen des Sees gelblich und wie plattgetreten — vermutlich eine Auswirkung des Giftgases. Lebensmittel und Trinkwasser in der Region sind verseucht.

Hilfsgüter aus aller Welt sind mittlerweile in Kamerun eingetroffen. Die Bundesrepublik Deutschland stellte knapp 100 000 Dollar bereit. Die kirchlichen Hilfswerke, Diakonisches Werk und Deutscher Caritasverband, riefen die Bevölkerung zu Spenden für die Opfer der Giftgas-Katastrophe auf. Als Soforthilfe stellten beide Hilfswerke 100 000 Mark zur Verfügung. Rundzelte, Wolldecken und Feldbetten wurden vom Deutschen Roten Kreuz nach Kamerun gebracht. Für den Transport wurde eine Boeing 707 der Bundesluftwaffe zur Verfügung gestellt.

Der Bildhauer Henry Moore verstorben

„Der Mensch in der Gefahr“ heißt eine Ausstellung des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Gezeigt werden Eindrücke, die der englische Bildhauer Henry Moore sammelte und in Zeichnungen festhielt. Diese BVS-Ausstellung erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Die traurige Mitteilung kam nun Anfang September: Der Meister der großen Form, der Bildhauer Henry Moore ist im Alter von 88 Jahren in seinem Haus in Much Hadham gestorben.

Am 30. Juni 1898 in Castleford/Yorkshire als Sohn eines Bergmanns geboren, war Henry Moore 1916 Volksschullehrer in seiner Heimatstadt, 1917 Soldat in Frankreich, wo er beinahe an einer Gasvergiftung gestorben wäre. Nach seiner Rückkehr wollte er Künstler werden, um dem Erlebnis der Zerstörung das Schöpferische entgegenzusetzen. Er besuchte die Kunstakademie in Leeds und das Royal College of Arts in London.

Den Zweiten Weltkrieg mit seinen verheerenden Auswirkungen hielt Henry Moore in seinen Kunstwerken fest. Besonders bekannt sind die Zeichnungen aus jenen Londoner U-Bahnschächten, die als Schutzkeller dienten. Zeichnungen aus dieser Zeit sind in der BVS-Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr aus der Sicht des Künstlers Henry Moore“ enthalten.

Überwiegend aus dem Gedächtnis entstanden diese Zeichnungen, denn Henry Moore stützte sich lediglich auf schriftliche Notizen vom Ort des Geschehens. In einer Begleitinformation zur BVS-Ausstellung heißt es: „1940 fielen Henry Moore in der Londoner Innenstadt die Menschen schlagen auf, die in die Eingänge der U-Bahn drängten. Er folgte den verängstigten Gruppen, die in den Kellern Schutz suchten und verbrachte regelmäßig zwei Nächte in der Woche in den „shelters“, vor allem im „Tilbury-Bunker“, dem Keller eines Warenhauses, und in einer neuen Tunnelröhre der Liverpool-

Street-Station, in der die Gleise der Untergrundbahn noch nicht verlegt waren. Er schämte sich zu zeichnen, machte statt dessen Notizen und arbeitete zu Hause."

Erstmals bekannt wurden die Zeichnungen durch Ausstellungen in London 1966 und in Stuttgart 1967.

Die BVS-Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ wird ihrem Inhalt und der äußeren Form entsprechend vornehmlich in den Foyers von Theatern, Museen oder ähnlichen Kulturstätten gezeigt. Auch in Rathaus- bzw. Sparkassenhallen betrachteten bisher zahlreiche Interessenten die Zeichnungen von Henry Moore.

Tote und Verletzte nach schwerem Erdbeben

Tote und Verletzte forderte ein schweres Erdbeben in der Hafenstadt Kalamata in Griechenland. Gebäude fielen wie Kartenhäuser in sich zusammen und begruben zahlreiche Menschen unter sich. „Kalamata gleicht einer bombardierten Stadt“, meinte ein Reporter des griechischen Staatsrundfunks.

Das Erdbeben war von der Athener Sternwarte mit Stärke 6,2 auf der Richterskala registriert worden. Das Epizentrum lag unter dem Meeresboden im Golf von Messenien. Schwere Nachbeben folgten am nächsten Tag.

Nach Polizeiangaben wurden rund 1 200 Gebäude durch das Erdbeben zerstört oder beschädigt, in einem Dorf nahe Kalamata blieben von 120 Häusern nur drei stehen. Zum Teil sind die Straßen der 45 000 Einwohner zählenden Hafenstadt unbefahrbar.

Jeder vierte Einwohner von Kalamata hat kein festes Dach mehr über dem Kopf. Wie die Zeitungen berichten, wurden Kalamata und die Provinz Messenien zum Notstandsgebiet erklärt. An der Suche nach den Verschütteten beteiligten sich neben Feuerwehr und Polizei auch mehrere hundert Soldaten.

Bisher wurden 19 Todesopfer und 250 Verletzte aus den Trümmern geborgen. Die Behörden befürchten, daß die Zahl der Opfer noch steigen wird.

Orkanböen in der Eifel

Orkanböen mit Windgeschwindigkeiten bis zu 150 Stundenkilometern fegten Mitte September über die Eifel hinweg. Die Zeitungen sprachen von einer „Windhose“, die innerhalb weniger Minuten erhebliche Verwüstungen angerichtet hat. Heftige Regenschauer begleiteten die Orkanböen.

Vor allem die rund 11 000 Einwohner zählende Stadt Prüm in der Eifel wurde von der Windhose besonders betroffen. Teile der Dächer der Stadthalle, des Schulentrums, des Schlachthofes, eines Hotelbaus und eines landwirtschaftlichen Genossenschaftsgebäudes flogen durch die Gegend; mehrere Dachstühle wurden zerstört; Bäume knickten um und stürzten auf Gebäude oder Autos. Auf mehr als fünf Millionen Mark wird der Sachschaden geschätzt.

Allein in Prüm – so teilte die Polizei mit – seien rund 50 Kraftfahrzeuge von der Windhose stark beschädigt worden. Im Gerolsteiner Raum stürzten Wohnhäuser ein, Starkstromleitungen rissen und Telefonmasten stürzten um. Viele Haushalte waren über Stunden ohne Stromversorgung.

Nach Feststellungen der Polizei gab es bei dem Unwetter keine Verletzten oder gar Todesopfer zu beklagen.

Zwei Tote bei schwerem Verkehrsunfall

Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich in der Nacht vom 8. auf den 9. August 1986 auf der Bundesautobahn A 1 Münster-Bremen zwischen den Anschlußstellen Bramsche und Vörden. Er forderte zwei Todesopfer und vier Schwerverletzte.

Ein aus Richtung Bremen kommender Lkw hatte die Mittelteilplanken durchbrochen und war auf der entgegenkommenen Fahrbahn mit drei Pkw und einem Lkw zusammengestoßen ehe er umstürzte und Feuer fing. Den anrückenden Feuerwehren sowie den Rettungsdiensten bot sich ein grauenhafter Anblick.

Nachdem die Wehrmänner die Personen aus den Fahrzeugen befreit und das Feuer gelöscht hatten, entdeckten sie unter der herabgestürzten Ladung des Lkw

noch einen völlig ausgebrannten Pkw. Der Fahrer, ein 32jähriger Student aus Münster, war in dem Wrack verbrannt und mußte von der Feuerwehr mit Hilfe der Rettungsschere und des Spreizers aus dem Wrack befreit werden.

Ein weiterer Pkw-Fahrer aus Lüdenscheid verstarb kurze Zeit nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Vier Insassen wurden schwer verletzt. Es entstand ein Sachschaden von über 300 000 DM. Die Autobahn war sieben Stunden voll gesperrt. Der Staatsanwalt nahm noch in der Nacht an der Unfallstelle die Ermittlungen auf.

Gute Arbeit hatte die Rettungsleitstelle des Landkreises Osnabrück geleistet. Sie mußte u. a. auch Rettungsfahrzeuge aus dem Nachbarkreis Vechta alarmieren und einweisen. (Foto: Rahe)



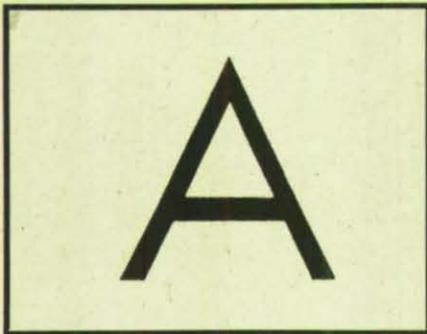
Kennzeichnung für gewerbliche Abfalltransporte

Private Fuhrunternehmen benötigen nach dem Abfallbeseitigungsgesetz für Einsammeln und Transportieren von Abfällen eine behördliche Genehmigung. Durch diese Genehmigungspflicht soll sichergestellt werden, daß die gewerbliche Entsorgung nur durch qualifizierte Unternehmen erfolgt.

Der neue § 13b des Abfallbeseitigungsgesetzes schreibt mit Wirkung vom 1. Juni 1985 vor, daß gewerbliche und genehmigungspflichtige Abfalltransporte durch eine Warntafel zu kennzeichnen sind. An dem Transportfahrzeug muß vorne und hinten eine reflektierende Warntafel angebracht sein. Auf dieser

rechteckigen Tafel im Format 400 x 300 mm mit weißem Untergrund steht ein schwarzes „A“.

Fahrzeuge, die Abfälle transportieren, die zusätzlich in der „Gefahrgutverordnung Straße (GGVS)“ klassifiziert sind, sind mit Warntafeln nach beiden Rechtsvorschriften zu kennzeichnen.



Der Fahrer ist für das ordnungsgemäße Vorhandensein der Warntafeln verantwortlich. Für kommunale Abfalltransportfahrzeuge (z. B. Müllwagen) und Unternehmerfahrzeuge, die im Auftrag der öffentlichen Hand eingesetzt sind, ist eine derartige Kennzeichnung nicht vorgesehen.

Mit der Kennzeichnung der Abfalltransporte wird die Gefahrenabwehr weiter optimiert, wenn solche Fahrzeuge in Schadensfälle verwickelt sind. Die Einsatzkräfte können dann aufgrund der Kennzeichnung durch Warntafeln noch gezielter tätig werden.

Hagelschlag in Süddeutschland

Schäden in Millionenhöhe entstanden bei einem Unwetter im südbadischen Raum, als Hagelkörner von der Größe von Tennisbällen an zahlreichen Autos und Hausdächern erhebliche Schäden anrichteten. Sechs Menschen wurden verletzt.

Durch Blitzschlag wurden nach Anhaben eines Polizeisprechers mehrere Brände ausgelöst. Die Feuerwehr war ständig im Einsatz, um vollgelaufene Keller auszupumpen und Brände zu löschen. Umgestürzte Bäume behinderten an vielen Stellen den Straßenverkehr.

Schutzkäfige im Watt

Wattwanderer, die bei plötzlich aufkommendem See-Nebel und Gewittern sowie bei Fehleinschätzung des auflaufenden Tidehochwassers Zuflucht suchen, finden nun zwischen Cuxhaven und der Insel Neuwerk Schutz: Spezielle Rettungsbojen wurden dort im Wattgebiet aufgestellt.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Bei der Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg in Neuhausen a. d. F., Landkreis Esslingen, ist ab 1. Januar 1987 die Stelle des/der

Fachlehrers/Fachlehrerin (Lehrgruppenleiter/In) für die ABC-Ausbildung

zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach Verg.-Gr. IV a/III BAT.

Wir suchen eine verantwortungsbewußte und engagierte Persönlichkeit, die über ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium der Fachrichtungen Chemie oder Physik bzw. über gleichwertige Fähigkeiten und praktische Erfahrungen verfügt.

Erwartet werden pädagogische Befähigung und organisatorisches Geschick. Kenntnisse im Katastrophenschutz sind erwünscht.

Ihre schriftliche Bewerbung erbitten wir innerhalb von 3 Wochen an das

**Innenministerium Baden-Württemberg
Dorotheenstraße 6, 7000 Stuttgart 1**

Die Plattformen sind als Faradaykäfig gebaut und über eine Stegleiter zu erreichen. Im Inneren der Käfige findet man Notraketen und Rotfeuer, mit denen der Notfall der Küstenwache signalisiert werden kann.

Müssen Personen geborgen werden, dann steht ein geländegängiges und

schwimmfähiges Spezialfahrzeug zur Verfügung, das z. B. bei Nebel mit Radarunterstützung an die Bake herangeführt werden kann. Insgesamt wurden acht dieser Rettungsbojen aufgebaut. Sie befinden sich überall dort, wo bei einsetzender Flut die Priele den Weg zum Festland abschneiden.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Für das **Amt für Zivilschutz, Stuttgart-Süd, Böheimstr. 8**, suchen wir

einen Verwaltungsangestellten oder eine Verwaltungsangestellte

als Sachbearbeiter/Sachbearbeiterin für den Selbstschutz bei der Stadtverwaltung (Behördenselbstschutz). Das Aufgabengebiet umfaßt Aufbau, Ausbildung und Ausstattung des städt. Behördenselbstschutzes, insbesondere Aufstellung von Selbstschutzplänen, Verwaltung und Kontrolle der Selbstschutzausrüstung, Vorbereitung und Durchführung von Lehrgängen, Übungen und fachlichen Unterweisungen.

Bewerber oder Bewerberinnen sollen technische Kenntnisse sowie die Befähigung als BVS-Fachlehrer/-Fachlehrerin I, II, III und IV des Bundesverbandes für den Selbstschutz nachweisen oder eine gleichwertige Ausbildung haben. Zusätzliche Verwaltungserfahrung ist von Vorteil. Außerdem erwarten wir Kenntnisse über Selbstschutzgeräte und Erfahrung in der Ausbildung von Selbstschutzkräften.

Eingruppierung bei Vorliegen aller tarifrechtlichen Voraussetzungen. ggf. nach Einarbeitung, nach Verg.-Gr. V c BAT.

Bewerbungen erbitten wir mit den üblichen Unterlagen unter Angabe der **Kennzahl 474** an das

**Personalamt der Landeshauptstadt Stuttgart
Postfach 161
7000 Stuttgart 1**

Sicherheitskennzeichnung von Notausgängen

Alle Arbeitsplätze und -räume müssen im Gefahrfall schnell und sicher verlassen werden können. Erforderlichenfalls müssen hierfür besondere Notausgänge geschaffen werden. Das fordern die Unfallverhütungsvorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften.

Damit diese Notausgänge von den Beschäftigten leichter zu finden sind, müssen sie mit bestimmten Sicherheitszeichen deutlich gekennzeichnet werden. Das Aussehen dieser Zeichen ist ebenfalls durch Unfallverhütungsvorschriften festgelegt: ein grünes Rechteck mit einem weißen Pfeil und dem Symbol einer Tür.

Ursprünglich wurde das Rechteck dieses Notausgangszeichens hochformatig vorgeschrieben. Inzwischen ist in der betrieblichen Praxis aber festgestellt worden, daß ein solch hochstehendes Rechteck aus Platzmangel nicht über jeder Notausgangstür angebracht werden kann. Im berufsgenossenschaftlichen „Merkblatt für Sicherheitszeichen“ wird deshalb auch ein Zeichen im Querformat zur Sicherheitskennzeichnung von Notausgängen aufgeführt. Allerdings sollte in einer Betriebsstätte nur eine Zeichenart verwendet werden. Eine unterschiedliche Kennzeichnung der Notausgänge eines Betriebes – einmal mit einem Zeichen im Hochformat, zum anderen mit einem Zeichen im Querformat – könnte nämlich die Verständlichkeit der Sicherheitserkennung erschweren und damit im Gefahrfall zu Mißverständnissen führen.

Der Arbeitskreis „Sicherheitskennzeichnung“ der Zentralstelle für Unfallverhütung und Arbeitsmedizin des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften empfiehlt den Betrieben, wenn an manchen Stellen aus Platzgründen nur das Querformatzeichen eingesetzt werden kann, dieses Zeichen dann auch grundsätzlich überall in der Betriebsstätte anzubringen; also auch dort, wo eventuell genügend Platz für das Hochformatzeichen wäre.

Zwei Tote bei Verkehrsunfall

Zwei junge Menschen aus Porensen (Kreis Northeim) wurden in den Abendstunden das Opfer eines Verkehrsunfalls. Nach Angaben der Polizei hatte der Pkw-Fahrer, aus einem Feldweg kommend, die Vorfahrt eines Lkws mißachtet.

Bei dem Aufprall wurde der Pkw 50 Meter mitgeschleift und total zertrümmert. Obwohl der Rettungshubschrauber aus Göttingen schnell zur Stelle war, kam für die



beiden in dem Wrack eingeklemmten Insassen jede Hilfe zu spät. Die Feuerwehrmänner aus Nörten-Hardenberg (Krs. Northeim) hatten Schwerstarbeit zu verrichten. Aus dem total zusammengedrückten Wrack mußten die In-

sassen geborgen werden. Hierbei wurden die Nörtener Feuerwehrmänner von der Feuerwehr Northeim unterstützt, die mit einem Rüstwagen (RW 2) an die Einsatzstelle gerufen worden war.

(Foto: Otto)

Wohn- und Geschäftshaus durch Explosion zerstört

Vermutlich durch eine Gasexplosion ist ein Wohn- und Geschäftshaus im Altstadtzentrum von Schwabach zerstört worden. Zwei junge Frauen erlitten einen Schock.

In einem Umkreis bis zu 80 Metern gab

es erhebliche Beschädigungen. Zahllose Fenster gingen zu Bruch, einige Dächer wurden teilweise abgedeckt. Der Sachschaden beläuft sich nach ersten Schätzungen der Polizei auf drei Millionen Mark.

(Foto: dpa)



Vier Todesopfer nach Unwetter

Schwere Stürme und Regenfälle haben Ende August Irland und Teile Englands heimgesucht. In Irland kamen vier Menschen bei den Unwettern ums Leben, rund tausend Menschen mußten ihre überfluteten Wohnungen verlassen.

Im Großraum Dublin hatte das Wasser in den Straßen bereits die Dächer von ge-

parkten Autos erreicht, Wohnungen und Geschäfte standen unter Wasser. Die Stürme erreichten Geschwindigkeiten bis zu hundert Stundenkilometer

In England, Grafschaft Yorkshire, wurde ein Campingplatz völlig überflutet. 40 Urlauber mußten mit Hubschraubern geborgen werden.

Thermalbad durch Feuer zerstört

Einem Großfeuer zum Opfer fiel das Thermalbad in Köln-Deutz. Der Brand hat den 70 mal 35 Meter großen dreistöckigen Bau völlig vernichtet. Fünf Löschzüge mit ungefähr 70 Wehrmännern versuchten, von vier Drehleitern und vom Boden aus das Feuer zu löschen. Nach zwei Stunden meldeten die Brandbekämpfer, daß sie das Feuer in der Gewalt hätten. Allerdings war zu dieser Zeit das Gebäude bereits zum großen Teil zerstört. Zwischen Balkenresten und den Überbleibseln der Dachabdeckung züngelten immer wieder Flammen hervor. Kurz nach Mitternacht war das Feuer ent-

deckt worden. Am frühen Morgen begann für die Feuerwehrmänner die mühevollere Kleinarbeit, denn um an die verborgenen Brandnester zu kommen, mußten Teile der Dachkonstruktion mit Äxtern und anderen Werkzeugen beseitigt werden. Endlich gegen 14 Uhr am nächsten Tag war das Feuer gelöscht.

Die durch das Feuer entstandenen Schäden werden von der Stadt Köln auf über zehn Millionen Mark beziffert. Die genaue Ursache ist noch nicht bekannt, doch gibt es Anhaltspunkte für Brandstiftung.

(Foto: BF Köln)



Feuerwehr rettete „Rowdy“

Zu einem nicht alltäglichen Einsatz der Berufsfeuerwehr Göttingen kam es auf einer Koppel: Ein 18jähriger Wallach war die Böschung hinunter in die Garte gestürzt. Er stand bis zum Hals im Wasser.

Aus eigener Kraft konnte sich das Pferd

auch nach Eintreffen der Feuerwehr nicht aus dem schlammigen Untergrund befreien und die Böschung hinaufarbeiten. So wurde „Rowdy“ unter dem Einsatz von Hebegurten sicher „an Land“ gebracht

(Foto: Otto)



Katastrophenschutz und Amateurfunk

Der Ortsverband Fürth des Deutschen Amateur Radio Clubs (DARC) e. V. wirkt seit geraumer Zeit im Katastrophenschutz der Stadt Fürth mit. Er unterstützt die Katastropheneinsatzleitung (KEL) durch Übermittlung von Nachrichten über Funk und Amateurfernsehen. Ferner werden bei Bedarf der ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST) Wetterhilfsdaten von den einzelnen Funkstationen der Mitglieder des Ortsverbandes übermittelt.

In der KEL hat der Ortsverband Fürth einen eigenen Clubraum. Er ist ausgestattet mit einem 2-m-Funkgerät, einer Kurzwellenstation sowie einer Fernsehempfangsanlage.

Um die Zusammenarbeit zwischen Amateurfunkern und den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen zu fördern, werden in unregelmäßigen Abständen mehrmals im Jahr Übungen abgehalten.

Solch eine Übung fand am 14. Juni 1986 mit einem Löschzug der Freiwilligen Feuerwehr Fürth statt. Als angenommener Schaden war ein Dachstuhlbrand im „Steinacher Schlößchen“ gegeben. Aus Übungsgründen erhielt der DARC 30 Minuten Vorsprung.

Jürgen Adelman hatte die Aufgabe, mit eigenen Mitteln – der Sender der Stadt Fürth wird gerade noch durch die Funkamateure gebaut – die Alarmierung und den Einsatz des Zuges per Fernsehen in die KEL zu übertragen. Vom Korb einer Drehleiter aus hatte er eine gute Übersicht.

Damit die Übertragung nicht nur eine Übung für den Bereich der Funkamateure wurde, waren auch die nicht an der Veranstaltung beteiligten Kommandanten sowie die im Katastrophenschutz mitwirkenden Zugführer eingeladen. Sie konnten in der KEL den Verlauf der Übung am Bildschirm mitverfolgen.

Nachdem alle Vorbereitungen getroffen worden waren, wurden die Sirenen für den 4. Löschzug/R ausgelöst. Hier zeigte sich die Schnelligkeit der Feuerwehren. Zwar war die Übung bekannt, jedoch waren die Wehrmänner noch zu Hause und mußten erst zum Gerätehaus kommen.

Alle Schwierigkeiten wurden hervorragend gemeistert, und schon nach kurzer Zeit hieß es „Wasser marsch!“ Durch die Übertragung über Fernsehen in die KEL wurden alle auch noch so kleinen Fehler aufgezeigt, die Stärken und Schwächen offengelegt.

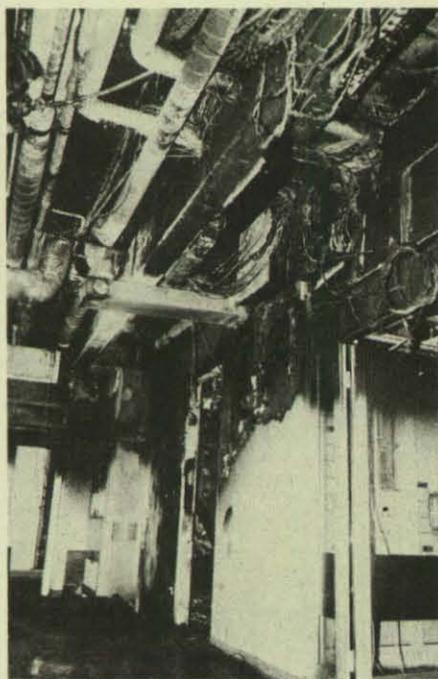
Die Übertragung von Fernsehbildern in die KEL unterstützt den Leiter des Stabes bei seinen Entscheidungen. Bisher war

man auf die Meldungen angewiesen, die über BOS hereinkamen. Diese gingen oft verspätet ein, manchmal gar nicht. Die Funkamateure haben es ermöglicht, daß der Stab sich nun einen genaueren Überblick über die Situation vor Ort machen kann.

HNO-Klinik völlig zerstört

Durch einen Brand zerstört wurde die fast fertiggestellte Hals-, Nasen-, Ohrenklinik im sechsten Stock des Bettenhauses des Göttinger Universitätsklinikums. Die Ermittler gehen von Brandstiftung aus.

Der Brandherd – so vermutet die Kriminalpolizei – war ein unverschlossener Raum, in dem ein etwa 150 000 DM teures Operationsmikroskop noch in seiner Originalverpackung – also noch nicht installiert – stand. Sehr schnell war die Berufsfeuerwehr Göttingen an Ort und Stelle, weil die Rauchmelder bereits eingebaut waren. Die Wehrmänner konnten die Flammen soweit eindämmen, daß nur etwa ein Viertel der Etage ausbrannte. Für die Patienten im Klinikum bestand zu keiner Zeit eine Gefahr.



Vor mehr als sechs Jahren hatte ein nie ermittelter Brandstifter die gleiche Etage des Klinikums heimgesucht. Auch damals entstand ein Schaden von etwa 1,5 Millionen DM, wobei vor allem neben der Elektroinstallation bereits eingerichtete Kranken- und Behandlungsräume zerstört wurden.

Das Foto zeigt die vom Feuer völlig zerstörte Zwischendecke mit der gesamten elektrischen Installation und der Lüftungsanlage. (Foto: Otto)

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Fachbearbeiter/In BVS-Dienststelle Friedberg**
Verg.-Gr. Vb BAT — ab sofort —
2. **Fachbearbeiter/In BVS-Dienststelle Starnberg**
Verg.-Gr. Vb BAT — ab sofort —

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes — insbesondere des Selbstschutzes — verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **31. 10. 1986** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
Bundeshauptstelle
Eupener Str. 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

Waldbrände und Unwetter in Südfrankreich

Die Schreckensmeldungen folgten Schlag auf Schlag: Über 10 000 Hektar Wald wurden an der Côte d'Azur zwischen Cannes und Grasse vernichtet; einige Tage später folgten den vernichtenden Waldbränden heftige Gewitterregen, die zu Überschwemmungen und Erdbeben führten.

Mehrere Menschen wurden Opfer des Waldbrandes und des Unwetters; die entstandenen Schäden gehen in schwer schätzbare Summen.

Von dem „seit Jahren verheerendsten Flächenbrand in Südfrankreich“ sprechen die lokalen Zeitungen. Ende August hatten die Brände, die über 10 000 Hektar Wald- und Buschgelände vernichteten, das Ausmaß einer Umweltkatastrophe angenommen. Mindestens 200 Häuser brannten nieder. Fünf Menschen, darunter ein 17jähriger Feuerwehrmann, kamen ums Leben. Mehrere tausend Einwohner wurden evakuiert.

Rund 500 Feuerwehrleute, Soldaten und Helfer aus ganz Frankreich wurden in die Katastrophenorte gebracht. Die Gegend westlich der Verbindungsstraße von Cannes nach Grasse wurde zum Notstandsgebiet erklärt und ein Notplan in Kraft ge-

setzt. Ein Hauptquartier, von dem aus alle militärischen und zivilen Bekämpfungs- und Rettungsmaßnahmen koordiniert werden, wurde eingerichtet.

Zwölf Löschflugzeuge und mehrere hundert Fahrzeuge waren im Einsatz. Doch der derzeit herrschende scharfe Mistralwind, der mit einer Spitzengeschwindigkeit von 120 Stundenkilometern über das Land fegte, entfachte immer wieder die halbwegs eingedämmten Brände erneut.

Einige Tage nach diesen furchtbaren Bränden wurden mehrere französische Departements von schweren Unwettern heimgesucht. Gewitterregen verursachten Überschwemmungen, so daß z. B. in Marseille Straßen und Keller bis zu 40 Zentimeter hoch überflutet wurden.

Vermutlich von Schlammmassen wurde ein 23jähriger Mann getötet; mehrere Straßen in der Gegend von Grasse mußten wegen des Hochwassers und nach Erdbeben gesperrt werden. Aus einem Dorf wurden 60 Bewohner von Bergungsmannschaften in Sicherheit gebracht, weil sich schwere Steinbrocken aus einem festen Hang gelöst hatten und auf die Häuser zu stürzen drohten.

Zivilschutz – einst bejaht, jetzt Konfliktstoff

Das gesellschaftspolitische Umfeld des Zivilschutzes im Wandel der Zeit

Veränderte Interessenkonstellationen und veränderte politische Landschaft – Ideologisierung und Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung – Umfassende und objektive Aufklärung gegen Verunsicherung und Umorientierung

Für die Beurteilung des Stellenwertes des Zivilschutzes ist die Bestimmung seiner Position im sicherheitspolitischen Bezugsrahmen von wesentlicher Bedeutung. Hierzu wurde im ZS-Magazin Nr. 4/1986 eingehend Stellung genommen. Der Zivilschutz hat jedoch auch eine gesellschaftspolitische Komponente. Die Komplexität des Zivilschutzes wäre daher nur unvollständig erfaßt, würde man neben den sicherheitspolitischen nicht auch die gesellschaftspolitischen Aspekte des Zivilschutzes mit in die öffentliche Diskussion einbeziehen. Die nachfolgenden Ausführungen sollen hierzu einen Beitrag leisten.

Wandel in der Betrachtungsweise

Vor 30 Jahren, also in der Anfangszeit der Bundesrepublik Deutschland, war der Zivilschutz in der öffentlichen Diskussion kein Thema. Das heißt: Der Zivilschutz war als ein Aufgabenbereich der speziellen Daseinsvorsorge des Staates für seine Bürger unbestritten. Er wurde von keiner gesellschaftlich relevanten Gruppierung grundsätzlich in Frage gestellt. Lediglich im Detail ergaben sich gewisse Meinungsunterschiede hinsichtlich des Umfangs und der Qualität staatlicher Zivilschutzvorkehrungen. Demgegenüber geht heutzutage die öffentliche Diskussion um den Zivilschutz, auch im politischen Raum, nicht mehr so sehr um die Frage, „wie“ Zivilschutz betrieben werden soll, sondern darum, „ob“ Zivil-

schutz überhaupt notwendig und sinnvoll ist. Worin liegen die Gründe für diesen Wandel in der Betrachtungsweise des Zivilschutzes – einst als einhellig bejahte Verpflichtung des Staates zum Schutze seiner Bürger im Verteidigungsfall anerkannt, heute zum brisanten Konfliktstoff geworden?

Vordergründig betrachtet, könnte diese Änderung in der Zielrichtung der öffentlichen Diskussion aus der Erkenntnis hergeleitet werden, daß die waffentechnologische Entwicklung in den letzten 30 Jahren so gewaltige Fortschritte gemacht hat, daß die Zerstörungskraft der heutigen Waffenarsenale einen sinnvollen Zivilschutz im Gegensatz zu früher unmöglich macht. Wer so argumentiert, übersieht jedoch, daß die heutigen Waffen in gewisser Weise „sauber“ und „präziser“ geworden sind, und zwar in beiden Machtblöcken. Somit bleibt festzustellen, daß früher alle politischen Gruppierungen einhellig den Zivilschutz für notwendig und zweckmäßig erachtet haben, **obwohl** damals die bei einem bewaffneten Konflikt entstehenden Kollateralschäden für die Bevölkerung noch verheerender gewesen wären als dies heute der Fall sein würde.

Die gesellschaftspolitischen Entwicklungen

Sachliche Gründe können somit für die Tatsache, daß der Zivilschutz von bestimm-

ten Gruppierungen **im Prinzip** in Frage gestellt wird, nicht herangezogen werden. Man würde es sich aber zu einfach machen, wenn man sich mit der Feststellung begnügt, daß die Veränderung der politischen Diskussion um den Zivilschutz auf **ideologische** Einflüsse zurückzuführen sei. Im Ergebnis trifft dies zwar zu. Es wird aber nur dann verständlich, wenn man einmal den Versuch unternimmt, sich die wesentlichen gesellschaftspolitischen Entwicklungen, die sich in den letzten 30 Jahren in unserem Staat vollzogen haben, im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den **Zivilschutz** bewußtzumachen. Das kann und soll hier natürlich nicht in aller Ausführlichkeit geschehen, sondern nur insoweit, als es für das Verständnis der **heutigen** Auseinandersetzung um den Zivilschutz notwendig erscheint.

Tatsache ist, daß noch vor einer Generation alle gesellschaftspolitisch relevanten Kräfte aus- und gleichgerichtet waren auf das übergeordnete und von allen akzeptierte Oberziel des Wiederaufbaues der Bundesrepublik Deutschland in dem durch unser Grundgesetz festgelegten verfassungsrechtlichen Rahmen. Zwar wurden auch damals schon von den Parteien heftige politische Auseinandersetzungen über zentrale Probleme von vitaler Bedeutung für das deutsche Volk, etwa über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, geführt. Nach demokratisch getroffenen Mehrheitsentscheidungen pendelte sich jedoch die „Magnetnadel“ der politischen Aktivitäten alsbald wieder auf das gemeinsam

verfolgte Oberziel ein. Diese Ausrichtung aller relevanten politischen Gruppierungen auf ein Ziel hin war natürlich kein Zufall, sie entsprach auch nicht in erster Linie einem ausgeprägten, alle verbindenden Nationalbewußtsein. Hauptgrund für den gleichgerichteten Willen zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland war die Erkenntnis der beteiligten Parteien, Gewerkschaften und Verbände, der Kirchen sowie anderer Organisationen und der Bevölkerung insgesamt, daß sie damit gleichzeitig auch die Voraussetzungen für ihre eigene Existenz und Funktionsfähigkeit schaffen würden.

Veränderte Interessenkonstellation

Nach gemeinsam vollbrachter Aufbauleistung, insbesondere der Schaffung der sozialen Marktwirtschaft, der sozialen Sicherungssysteme und der Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des NATO-Bündnisses, verringerte sich naturgemäß die Zahl der großen konsensfähigen Zielfelder. Gleichzeitig und korrespondierend mit der Abnahme der konsensfähigen Ziele hatte sich die interne Konsolidierung der gesellschaftspolitisch relevanten Gruppierungen vollzogen. Diese beiden Entwicklungsverläufe mußten zwangsläufig zu einer grundsätzlich veränderten Interessenkonstellation führen, die durch abnehmende Konsensfähigkeit und durch zunehmende Konfliktbereitschaft bei der Auseinandersetzung über politische Ziele, auch solche kleinerer Dimension, geprägt ist.

Das durch die gemeinsame Kraftanstrengung bis Ende der 50er Jahre geschaffene hohe Wohlstandsniveau hatte bei den daran Beteiligten ein gesteigertes Selbstbewußtsein erzeugt. Die Festigung und der Ausbau der eigenen gesellschaftspolitischen Positionen waren die Konsequenz. Dies mußte notwendigerweise auch zur Bildung hierarchisch-bürokratischer Strukturen in der internen Organisation der gesellschaftspolitisch relevanten Gruppierungen führen. Auf diese Weise entwickelten sich aus den großen politischen Bewegungen der Aufbaujahre der Bundesrepublik Deutschland mehr oder weniger statische Machtblöcke, die zunehmend auf die Durchsetzung ihrer eigenen Sonderinteressen fixiert waren, die darüber hinaus aber auch aus ihrem Mitwirkungsanteil am Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland das Recht herleiteten, zu allen wichtigen politischen Fragen – und damit selbstverständlich auch zum **Zivilschutz** – Stellung zu beziehen und mit ihrer Auffassung bei der politischen Willensbildung berücksichtigt zu werden.

Veränderte politische Landschaft

Die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland läßt diese Vorgänge als durchaus verständlich erscheinen. Sie erklärt auch die Umstände, die dazu führten, daß sich die politische Landschaft in der Bundesrepublik und das politische Klima im Laufe der 60er und 70er Jahre wesentlich verändert haben. So wurde die politische Meinungsbildung, die sich früher vornehmlich in den und zwischen den **Parteien** vollzog, zunehmend befrachtet, wenn nicht überfrachtet, mit den politischen Zielsetzungen und Ambitionen der immer zahlreicher und stärker werdenden außerparlamentarischen Machtkonzentrationen. Dazu gehörten nicht nur die Gewerkschaften und die Wirtschaftsverbände, sondern auch andere große Organisationen, wie Sportverbände und humanitäre Organisationen, die schon durch ihre personelle Machtfülle zunehmend politisches Gewicht bekamen, das auf Regierung und Opposition einwirken konnte und daher von den Politikern auch immer stärker ins Kalkül gezogen werden mußte. Das trifft natürlich auch in gleicher Weise für die großen Kirchen in der Bundesrepublik zu.

Der Zivilschutz verfügt über keine Lobby

Der politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß hat sich infolge der Notwendigkeit des Ausbalancierens zahlreicher Machtfaktoren ungemein erschwert und die Politiker vor immer höhere Anforderungen gestellt. In einer politischen Situation, die dadurch gekennzeichnet ist, daß viele Machtfaktoren zu berücksichtigen sind, können optimale Sachlösungen im Sinne des Gemeinwohls oft kaum mehr erreicht werden. Das Streben nach Sonder Vorteilen hat das Gemeinwohlinteresse zurückgedrängt. Die große Zahl der Subventionen ist ein beredtes Beispiel dafür. Die Fülle der im Laufe der Zeit durchgesetzten Sonderinteressen, die vom Gesetzgeber und von der Rechtsprechung zu Individualansprüchen „verrechtlicht“ wurden, hat die Vielfalt der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben und damit auch die Komplexität des politischen Lebens ständig erhöht. Die Knappheit der öffentlichen Mittel zwingt häufig zur Festlegung von Prioritäten, die sich wiederum nach der Aufgabenaktualität, ggf. auch nach politischen Opportunitätsgesichtspunkten ausrichtet. Die **crux des Zivilschutzes** ist es hierbei, daß er über keine machtvolle Lobby verfügt, die seinem Anliegen im politischen Prozeß wirkungsvoll Geltung verschaffen könnte. Jeder weiß, daß dem Zivilschutz zu keiner Zeit ein

gesellschaftspolitischer Vorrang eingeräumt worden ist, daß er vielmehr stets hinter Aufgaben von größerer tagespolitischer Aktualität zurücktreten mußte. Das war in der Vergangenheit so. Es ist anzunehmen, daß dies in der Zukunft nicht anders sein wird, zumal der Zivilschutz gegenwärtig heftigen Angriffen des linken Parteienspektrums ausgesetzt ist. Das erschwert seine Akzeptanz durch die Bevölkerung, verunsichert die Menschen und macht sie für den Zivilschutz ablehnende Argumente empfänglicher.

Wie ist es zu dieser oft sehr irrational geführten Auseinandersetzung um den Zivilschutz gekommen? Auch das hängt mit der die politische Landschaft mehr und mehr prägenden übermäßigen „**Subjektivierung**“ des politischen Prozesses zusammen. Darunter sind in erster Linie **Interessenten/Wählerorientiertheit, Ideologisierung und Emotionalisierung** zu verstehen.

Sonderinteressen und scheinbare Sachargumente

Nachdem durch die soziale Marktwirtschaft, die sozialen Sicherungssysteme und die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft und in die NATO ein hohes Maß an wirtschaftlicher, sozialer und militärischer Sicherheit erreicht worden war und damit die Hauptvoraussetzungen für einen hohen Lebensstandard der deutschen Bevölkerung in Frieden und Freiheit geschaffen waren, sahen sich die Parteien zunehmend dem Druck ihres Wählerpotentials bzw. der ihnen nahestehenden Interessengruppen nach Berücksichtigung ihrer Sonderinteressen ausgesetzt. Die Parteien sehen sich häufig nicht in der Lage, den Pressionen zu widerstehen, weil sie ihre Attraktivität auf die Wählerschaft nicht verlieren wollen. Hierdurch gelangte, wie gesagt, ein hohes Maß von Subjektivität in die politische Auseinandersetzung. In dem Maße, in dem dies geschah, also sachliche Gründe nicht mehr allein die Basis für politische Zielsetzungen bildeten, mußten die politischen Gruppierungen die Lücken in der Sachargumentation bei der Durchsetzung von Sonderinteressen notwendigerweise durch Vorwände bzw. **scheinbare** Sachargumente ausfüllen. Wird die politische Diskussion damit überfrachtet, können sich die Parteien nur noch sehr schwer auf einer rationalen Verständigungsbasis treffen. Dies ist besonders dann der Fall, wenn die an der Auseinandersetzung Beteiligten selbst nicht mehr auseinanderhalten (können oder wollen), welche ihrer Argumente sachbezogen und welche nur scheinbar sachlich unterlegt sind.

Das Ersetzen von Sachargumenten durch Ideologie

Was für Scheinargumente als Begründung für die Einräumung von Sondervorteilen gilt, trifft im wesentlichen auch für das Ersetzen von Sachargumenten durch Ideologie zu. Darüber hinaus hat die von der politischen Linken zunehmend praktizierte Ideologisierung der Auseinandersetzung aber auch noch eine andere bemerkenswerte Zielrichtung. Sie läuft darauf hinaus, den von demokratischen Mehrheiten in der Bundesrepublik in der Vergangenheit vollzogenen Entwicklungsprozeß der wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Sicherheit und dessen kontinuierliche Fortschreibung in die Zukunft **grundsätzlich in Frage zu stellen** und in eine andere Richtung zu lenken. Auf dem Nürnberger Parteitag der SPD haben Forderungen nach Veränderung der derzeitigen wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Grundlagen klare Mehrheiten erreicht und in Parteitagsbeschlüssen ihren Niederschlag gefunden. So ist für die Kernenergie eine Ausstiegsideologie entwickelt worden – eine **Ideologie** deshalb, weil kein Sachkonzept für den nahtlosen Übergang zu Alternativenergien angeboten wird, das nachvollziehbare Aussagen hinsichtlich der Kosten, der Arbeitsplätze, des Umweltschutzes, der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Absenkung des Wohlstandsniveaus enthält. Die Rolle der Kernenergie wird in diesem Zusammenhang einseitig unter dem Aspekt einer risikobehafteten Energiequelle dargestellt, die auf Dauer wegen der günstigen Gesteuerungskosten vor allem den Unternehmerprofiteuren zugute käme. Wer das Profitstreben der Unternehmer in einer freien Marktwirtschaft bekämpfen will, der braucht diese Art der Energieerzeugung nur zu verteuern, indem er durch sachlich nicht belegbare Übersteigerung des Sicherheitsrisikos Ängste in der Bevölkerung schürt, um dadurch eine mehrheitliche Ablehnung der Kernenergie in der Bevölkerung zu erreichen. Wird nämlich das freie Unternehmertum in der Gewinnung der für die Produktion erforderlichen billigen Energie beschränkt, ist es in seinem Lebensnerv getroffen. Damit wäre der Weg für Strukturveränderungen im Sinne von Alternativvolkswirtschaften frei.

Mehr Sachlichkeit in der politischen Meinungsbildung

Wer demgegenüber den Ausstieg aus der Kernenergie auf einer moralisch sauberen Plattform, d. h. in all seinen Dimensionen, diskutieren will, der muß bereit sein zu akzeptieren, daß der Ausstieg eine komplexe Frage ist, die unter Aspekten der **Wirtschaftlichkeit** der Energiegewinnung, der

Finanzierbarkeit des Umstiegs auf andere Energien und der **Zumutbarkeit** des Sicherheitsrisikos für die heute lebende Bevölkerung zu erörtern ist. Er muß aber außerdem ehrlicherweise in seine Betrachtungen mit einbeziehen, ob es moralisch verantwortlich ist, die stark abnehmenden und nicht erneuerbaren fossilen Energien für die Deckung vielfältiger nicht-existenzialer Bedürfnisse der heutigen Generation zu verbrauchen und sie damit künftigen Generationen wegzunehmen. Dieser Gesichtspunkt hat im Denken der Ausstiegsideologen bisher keine nennenswerte Rolle gespielt. Hierin wird ein ähnlicher Mangel an Rücksicht sichtbar, wie er auch darin zum Ausdruck kommt, die Überfülle von Bedürfnissen der heute lebenden Generation mit Schulden zu finanzieren, an deren Last ganz unzweifelhaft die nachfolgenden Generationen noch schwer zu tragen haben werden. In diesem Zusammenhang ist das Produzieren von Ängsten mit der Absicht, ein bestimmtes ideologisches Ziel zu erreichen, ebenso ablehnenswert wie das Zulassen des Mißbrauchs unserer freien demokratischen Ordnung und sozialen Marktwirtschaft für eine exzessive individuelle Bereicherung. Um zu verhindern, daß die politische Entwicklung in die eine oder andere Richtung abgeleitet, muß das Ringen um politische Positionen mit mehr Sachlichkeit geführt werden, und es muß stärker entideologisiert werden in dem Sinne, daß an die Stelle eindimensionaler, ideologiefixierter Standpunkte eine alle Dimensionen eines Problems berücksichtigende politische Meinungsbildung tritt. Eine Partei, deren Führung sich auf breiter Front in den „Nebel der Ideologie flüchtet“, wie eine große deutsche Tageszeitung kürzlich schrieb, gerät in die Gefahr des Verlustes an Identität und gemeinwohlorientierter intellektueller Gestaltungskraft.

Der Verzicht auf Zivilschutz als Vorleistung

Der zweite große Ausstiegsdruck belastet die Verteidigungspolitik. Die Verteidigungsmittel der NATO in der Bundesrepublik, deren Benutzung als Angriffswaffen schon von der Konzeption her offenkundig ausgeschlossen ist, sollen nach der Zielvorstellung des Nürnberger Parteitages so verändert werden, daß ihre Nutzung für Angriffszwecke auch unter der irrationalen Annahme einer entsprechenden Konzeptionsänderung der NATO nicht möglich ist. Auch für diese Strukturveränderung im militärischen Bereich gibt es keine Sachargumente, sondern nur die vage Hoffnung, daß die im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen kommunistischen Staaten bei derart gewährten Vorleistungen entsprechend nachziehen werden. **Zivilschutz** kann in

dieser Betrachtungsweise keinen Platz haben, denn er könnte beim Gegner den Verdacht erwecken, daß die Verwundbarkeit der Zivilbevölkerung dadurch reduziert werden soll, was einer Angriffsstrategie wiederum dienlich sein könnte.

Der Verzicht auf den Zivilschutz wäre somit ebenfalls auf das Konto „Vorleistungen der Bundesrepublik“ zu buchen. Derartige Vorstellungen, welche früher von **einzelnen** Politikern, die auch schon den Austritt aus der NATO gefordert haben, als Minderheitsvotum geäußert wurden, sind jetzt, wie oben dargelegt, Inhalt von Parteitagsbeschlüssen geworden. Sie sind auch nicht das Ergebnis zufälliger, spontaner Meinungsbildung auf dem Parteitag, sondern wurden in eigens dafür gebildeten Kommissionen in einem längeren Zeitraum vorbereitet. Das verändert die Sachlage grundlegend. Wenn auch Parteitagsbeschlüsse keine Regierungspolitik darstellen oder ersetzen, so sind sie doch z. T. sehr deutliche Signale für Trendveränderungen, die bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen im Parlament für die Regierung allmählich eine mehr oder weniger starke faktische Bindungswirkung entfalten können, wie dies in der letzten Phase der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt zu beobachten war. Jedenfalls ist festzustellen, daß mitten im Frieden ohne sachliche Veranlassung wichtige, bisher von den etablierten demokratischen Parteien gemeinsam vertretene Positionen aufgegeben werden. Dies könnte die andere Seite geradezu herausfordern, die Festigkeit des NATO-Bündnisses an der potentiellen Schwachstelle in Mitteleuropa vorsichtig, geschickt und geduldig zu testen.

Folge: Umorientierung des Zivilschutzes

Zur Zeit sieht es jedenfalls so aus, als ob eine große und traditionsreiche politische Partei sich von den parteiübergreifenden Gemeinsamkeiten der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, die unseren Wohlstand und unsere Sicherheit begründet haben, zumindest teilweise zurückziehen und tiefgreifende Veränderungen anstreben will. Für den **Zivilschutz** hat dies zur Folge, daß seine urreigenste Aufgabe, der Bevölkerung in einem V-Fall Schutz und Rettung zu bieten, entfallen und seine Aufgabenstellung rein friedensmäßig umorientiert werden würde.

Parteiziele, die derart einschneidend die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Bedingungen in der Bundesrepublik verändern wollen, wird die sich hierdurch existentiell betroffenen fühlende Mehrheit der Wähler kaum mittragen wollen. Immerhin werden die Initiatoren derartiger Vorstellungen in der von ihnen entfachten politischen

Auseinandersetzung Gelegenheit haben, ihre Absichten plausibler als bisher darzulegen und für ihre Auffassungen zu werben. Es ist anzunehmen, daß sie sich als Demokraten dann auch der zu erwartenden gegenteiligen Mehrheitsentscheidung nach den Spielregeln unserer parlamentarischen Demokratie beugen werden.

Auswirkungen im außenpolitischen Bereich

Verhängnisvoller dürften sich die Forderungen nach Ausstieg aus der Kernenergie und nach militärischen Abrüstungsvorleistungen im **außenpolitischen** Bereich auswirken. Die Wirtschafts- und die Sicherheitspolitik sind nun einmal keine rein deutschen Angelegenheiten. Die bewaffnete Macht der Bundesrepublik und der Zivilschutz, geschaffen zum Schutze unserer Bevölkerung, sind gleichzeitig auch integrierte Schutzkomponenten des NATO-Bündnisses. Das heißt, auch andere Staaten sind durch die Veränderung dieser Komponenten in ihrem Schutz tangiert, ebenso wie die Stärke der Streitkräfte anderer Staaten für unseren Schutz von Bedeutung ist. Unsere Bündnispartner betrachten daher die bei uns von bestimmten politischen Parteien diskutierten Ausstiegs- bzw. Strukturveränderungsbestrebungen mit großer Aufmerksamkeit. Sie werden verunsichert, wenn in einem Partnerland nicht nur von einzelnen, sondern von einer relevanten politischen Gruppierung mit zäher Energie Veränderungen angestrebt werden, die den Eindruck erwecken können, als wolle sie sich aus der Bündnisverantwortung zurückziehen. Es liegt nahe, daß die auf diese Weise verunsicherten Bündnispartner ihrerseits Initiativen zu ihrem Schutz ergreifen könnten, an denen das als „unsicherer Kantonist“ empfundene Mitglied dann seinerseits nicht beteiligt werden würde. Die Formel: Wenn die Bundesrepublik dem Kommunismus anheimfällt, ist auch das übrige Europa als demokratische Gemeinschaft westlicher Prägung nicht mehr zu halten, könnte in einer leichtfertig herbeigeführten politischen Situation ihre bisherige magische Kraft verlieren.

Die Frage der weiteren Akzeptanz

Unsere ausländischen Verbündeten müßten derartige Veränderungen der sicherheitspolitischen Vorstellungen nicht nur als eine beträchtliche Erhöhung ihres eigenen Sicherheitsrisikos empfinden, sondern auch als den Versuch der Initiatoren, die finanziellen Lasten des deutschen Verteidigungsbeitrages zumindest teilweise zu reduzieren. Sie werden nicht umhin können,

diese Haltung in Zusammenhang zu bringen mit der Position, die die Bundesrepublik Deutschland als „Wirtschaftsriese“ in der Europäischen Gemeinschaft einnimmt. Dies liegt um so näher, als zwischen NATO- und EG-Partnern weitgehend Identität besteht. Wenn dieser deutsche Wirtschaftsriese zum Zweck der Erhaltung seines Wohlstandes einerseits seine Produkte auch weiterhin in den Mitgliedsländern absetzen will, andererseits aber seine Wirtschaftskraft dafür einsetzen würde, die Kernenergiepolitik in der EG im Sinne eines raschen Abbaus der Kernkraft maßgeblich zu beeinflussen und zum dritten auch noch seine militärische Verantwortung und Kostenlast erheblich verringern will, dann kann bei den anderen Partnern leicht eine Solidarisierung mit dem Ziel entstehen, die Voraussetzungen für die weitere Akzeptanz der Bundesrepublik in der EG und in der NATO konkret festzulegen. Das stünde jedoch den Interessen, Wünschen und Zukunftsvorstellungen der deutschen Bevölkerung, repräsentiert durch die demokratisch gewählten politischen Mehrheiten im Parlament, diametral entgegen.

Emotionalisierung der Politik

Dert dritte politikverändernde Faktor, die **Emotionalisierung** der Auseinandersetzung, hat vor allem durch den Eintritt der GRÜNEN in die politische Arena starke Impulse bekommen. Selbstverständlich kann die engagiert geführte politische Diskussion nicht nur auf der rationalen Ebene ohne jede Gefühlsregung ablaufen. Emotionalisierung darf aber nicht darauf gerichtet sein, Ängste zu erzeugen, vorhandene Befürchtungen zu verstärken, Gefahren zu übersteigern, Risiken zu überzeichnen bzw. zu verharmlosen. Auch die Emotionalisierung wird als Mittel der Politik häufig dort angewandt, wo es gilt, Sachverstand zu ersetzen. Wenn man bedenkt, daß die Masse der GRÜNEN aus der Umweltschutzbewegung kommt und nur dort politische Erfahrung sammeln konnte, einem Bereich, in dem sie im übrigen viel Sachkompetenz in sich vereint hat, dann nimmt es nicht Wunder, daß sie zahlreiche andere wichtige Politikfelder fachlich/politisch konzeptionell nicht abdecken kann. Um möglichst große Ressourcen für ihre eigentliche Domäne, den Umweltschutz, freizumachen, verfolgt sie für andere wichtige Politikfelder daher oft eine Art Blockadestrategie durch emotional übersteigerte Ablehnung, bewußt überzogene Aufsattlung von Forderungen aus Konzeptionen anderer Parteien und durch Zusammenstellung utopischer Wunschvorstellungen. Ein politisches Gesamtkonzept mit realistischen Finanzierungsgrundlagen, in dem sich auch der **Zivilschutz** in angemessener Weise wieder-

findet, kann bei dieser Art von Politik offenkundig nicht entstehen bzw. gewollt sein.

Zivilschutz mit umgekehrten Vorzeichen

In diesem Sinne wird vor allem auch der Bereich der Sicherheitspolitik emotionalisiert durch Verteufelung der militärischen Rüstung, Verbreitung von Horrorszenarien über erdachte Kriegsverläufe, Unterstellung von aktuellen Kriegsgefahren usw. Diese Stoßrichtung stellt eine gewisse Parallele zu den Diskussionen des Nürnberger Parteitages der SPD dar: Grundsätzliche Veränderung der Sicherheitsgrundlagen in der Bundesrepublik und anderweitige Verwendung der durch Verminderung der Rüstungskosten freiwerdenden Mittel, insbesondere für die Erhaltung und den Schutz der Umwelt. In dieses Bild paßt der Zivilschutz nicht hinein – oder doch? Ja, aber mit umgekehrten Vorzeichen: Der Zivilschutz, der 30 Jahre lang unbestritten als eine staatliche Verpflichtung zum **Schutze** der Bevölkerung angesehen wurde, soll nunmehr in das Gegenteil verkehrt werden, indem er als **Kriegsvorbereitungsmaßnahme** mit einem völlig anderen Inhalt ausgefüllt wird.

Risiken der Ideologisierung und Emotionalisierung

Für die eingangs erwähnten außerparlamentarischen Großorganisationen, wie Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Sportorganisationen, Kirchen usw., die als Machtfaktoren heutzutage aktiv am politischen Leben teilhaben, bringt die zur Zeit sehr ausgeprägte Subjektivierung der politischen Auseinandersetzung im Sinne einer Ideologisierung und Emotionalisierung Risiken mit sich, die sie sich bewußt machen sollten. So müßte z. B. die Politik der Gewerkschaften und Verbände, durch die Struktur und Interessenlage ihrer Mitglieder bedingt, an sich sehr stark auf Sachziele ausgerichtet sein. Denn Gewerkschaften und Verbände stehen ständig unter dem unmittelbaren Druck ihrer Mitglieder, die von ihren führenden Funktionsträgern erwarten, daß sie ohne Rücksicht auf Ideologie realistische Ziele zur Verbesserung ihrer spezifischen Gruppensituation anstreben. Bei Gesamtwürdigung aller den heutigen hohen Lebensstandard in der Bundesrepublik Deutschland bedingten Umstände ist daher für Ideologiediskussionen kein Raum. Eine Gewerkschafts- oder Verbandsführung, die sich zu sehr in das ideologische Fahrwasser einer Partei begibt, wird deshalb alsbald Unvereinbarkeiten feststellen müssen. Das heißt nicht, daß die grundsätzlichen Zielvorstellungen mit denen einer Partei unvereinbar sein müßten.

In aller Regel werden aber die Zielinhalte, die Zielerreichungsstrategien und vor allem die **politischen Motive** der Zielsetzung oft nicht miteinander in Einklang zu bringen sein. So kann z. B. die bewährte Unabhängigkeit der deutschen Gewerkschaften auch dann schon beeinträchtigt sein, wenn parteiideologische Positionen dort kritiklos übernommen werden, wo letztlich auch vitale Interessen des Tarifpartners auf dem Spiele stehen oder wo gar umstrittene Positionen übernommen werden, die außerhalb der eigentlichen Aktivitätsfelder der Gewerkschaften liegen, z. B. Übernahme der **einseitigen** Abrüstungsvorschläge oder des **konzeptionell nicht abgesicherten Ausstiegs** aus der Kernenergie.

Der Zwang zu realistischer Sachzielorientiertheit muß die Gewerkschaften bzw. Verbände auf längere Sicht zu solchen Parteien in Konflikt bringen, die zu stark auf ideologische oder utopische Ziele fixiert sind. Personenbedingte Bindungen können die grundsätzlich unterschiedlichen Handlungsmaximen von ideologieorientierten Parteien und faktenbezogenen Gewerkschaften und Verbänden allenfalls vorübergehend überbrücken.

Zivilschutz – kriegsvorbereitend oder humanitär?

Was in diesem Zusammenhang den **Zivilschutz** angeht, kann man feststellen, daß in der gegenwärtigen Phase der starken Bindungen zwischen DGB und SPD die Auffassungen beider zu diesem Punkt praktisch identisch sind. Die DGB-Führung hat die Wandlung von der Nachrüstungsforde- rung der Regierung Schmidt zu den Abrüstungs- und Neutralisierungsbeschlüssen des Nürnberger Parteitages ohne weiteres mitvollzogen. Das impliziert auch die Ablehnung des Zivilschutzes als nutzlos bzw. als kriegsvorbereitende Maßnahme. Dabei läge es vom Selbstverständnis und vom humanitären Grundanliegen der Gewerkschaften her näher, den Zivilschutz als Maßnahme zum Schutze und zur Rettung der Zivilbevölkerung vor Gefahren eindeutig zu unterstützen. Es ist im Hinblick auf das vorher Gesagte anzunehmen, daß sich diese gewerkschaftstypischere Einstellung allmählich auch wieder durchsetzen wird. Denn das Ankoppeln an ideologische Parteikonzeptionen hat sich jedenfalls in der Vergangenheit für die Gewerkschaften als nachteilig erwiesen, zum einen, weil sie ihren Mitgliedern die übernommenen ideologischen Positionen nicht mit Sachargumenten erklären können, zum anderen, weil darin auch ein mehr oder weniger großes Stück Verzicht auf gewerkschaftliche Unabhängigkeit liegt. Daß diese Gefahr zumindest in Teilen der Gewerkschaften deutlich gesehen wird, läßt die Stellungnahme des Sprechers der

IG Bergbau und Energie zu den von Grünen für notwendig gehaltenen Strukturveränderungen in den Gewerkschaften erkennen. Der Gewerkschaftler bezeichnete derartige Vorstellungen, die Gewerkschaften „als Spielwiese für die Grünen zu öffnen“, als naiv. Die „Grünen Strickstrumpfsozialisten“ seien mit ihrer „Industrie- und Technikfeindlichkeit keine Bündnispartner für die Industriearbeiterschaft“.

Assoziationen im irrationalen Bereich

Die dargestellte politische Landschaft, in der sich viele Parteien, Verbände, Gewerkschaften, die Kirchen und sonstige große Organisationen veranlaßt sehen, zu politisch-relevanten Themen, auch zu solchen, die außerhalb ihrer eigentlichen Interessensphäre liegen, Stellungnahmen abzugeben, bietet für einen Gegner der Bundesrepublik Deutschland bzw. für Vertreter eines anderen Gesellschaftssystems ideale Möglichkeiten, den Boden für ihre in der Bundesrepublik verfolgten Ziele aufzubereiten. Das kann auf mancherlei Weise geschehen. **Eine** Möglichkeit ist die, daß Gegner der Bundesregierung plastische Begriffe einführen, die bei der Bevölkerung Wirkung zeigen und von den daran Interessierten in der Bundesrepublik aufgegriffen werden. Als Beispiel hierfür mag der Begriff „**Plutoniumwirtschaft**“ dienen, der bei der Bevölkerung bestimmte Assoziationen im irrationalen Bereich weckt. Die Wortschöpfer können auch nur diesen Zweck beabsichtigen, denn jeder weiß, daß bei der friedlichen Nutzung von Kernenergie das für Atomwaffen benötigte Plutonium bei unseren Anlagen keine Rolle spielt bzw. als Gefährdungsfaktor ernsthaft nicht in Betracht zu ziehen ist. Etwas ähnliches gilt für das Wort „**Sicherheitspartnerschaft**“. Hier soll die Vorstellung geweckt werden, als könnte zwischen den beiden Machtblöcken ein Zustand geschaffen werden, durch den wechselseitig der status quo auf Dauer garantiert wird. Dabei ist denjenigen, die den Begriff „Sicherheitspartnerschaft“ erfunden haben, sicher bekannt, daß nach sowjetischer Definition die friedliche Koexistenz zwischen dem kapitalistischen und dem kommunistischen Gesellschaftssystem die Fortsetzung des Kampfes gegen den Kapitalismus mit allen Mitteln unterhalb der Schwelle der bewaffneten Auseinandersetzung einschließt. Diejenigen, die von „Sicherheitspartnerschaft“ reden und wissen, was „friedliche Koexistenz“ nach sowjetischer Definition bedeutet, müssen angesichts des unauflösbaren Widerspruchs zwischen beiden in logisch nicht zu bewältigende Argumentationsschwierigkeiten geraten, vor allem in bezug auf die von ihnen für möglich gehaltene Neutralisierung Mitteleuropas.

Die Wandlung der Begriffsinhalte

Eine zweite Möglichkeit, mit der ein politischer Gegner den zu allgemeinpolitischen Fragen Stellung nehmenden Parteien und anderen Gruppierungen in diesem Lande eine „**Serviceleistung**“ erbringen kann, besteht darin, daß er eingeführte, über Jahrzehnte positiv begriffene Bezeichnungen, wie etwa „**Zivilschutz**“ oder „**Katastrophenmedizin**“, allmählich mit einem negativen Inhalt ausfüllt und diesen verbreitet. Vor einer Generation wäre sicherlich niemand auf den Gedanken gekommen, den Zivilschutz anders als eine fürsorgliche Maßnahme des Staates zugunsten seiner Bürger in einem bewaffneten Konflikt zu begreifen. Jeder hätte die „Katastrophenmedizin“ als die logische Ergänzung der Individualmedizin und als eine humanitäre Verpflichtung des Arztes mit großer Verantwortungslast angesehen. Heute dagegen werden **Zivilschutz** und **Katastrophenmedizin** in der öffentlichen Diskussion, auch im politischen Raum, nicht selten als kriegsvorbereitende Maßnahmen disqualifiziert. Auch hier liegt die Gefahr nahe, daß politische Gruppierungen oder einzelne sich aus Profilierungsbestrebungen heraus dieser Serviceleistung bedienen. Sie können damit möglicherweise kurzfristig Vorteile gegenüber ihrem innenpolitischen Rivalen erreichen, dienen aber langfristig den Zielen desjenigen, der bestimmter Zielsetzung wegen dieser „Serviceleistungen“ produziert.

Meinungsbildung und Manipulation

Der Macht- und Meinungspluralismus, so wie er sich in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat, macht es schließlich auch einem auswärtigen Gegner darüber hinaus relativ leicht, bei uns verdeckte „**Bewegungen**“ zu mobilisieren und zu organisieren, die die Aufgabe haben, über die dargestellte Einführung neuer Begriffe bzw. über die Neudefinition von Wortinhalten hinaus die Meinungsbildung in der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils gewünschten Richtung zu beeinflussen. Die Verfassungsschutzberichte des Bundesministers des Innern sind in dieser Richtung recht aufschlußreich. Eine geschickte Propaganda bietet erwiesenermaßen vielfältige Möglichkeiten der Meinungsmanipulation. Denn die Meinungsbildung der Menschen vollzieht sich aufgrund von empfangenen Informationen, durch deren geschickte Aufbereitung ganz erheblicher Einfluß auf die informationsabhängigen Menschen genommen werden kann. Propaganda kann sogar bewirken, daß der in seiner Meinung Manipulierte selbst Widersprüche ohne innere Konflikte akzeptiert. Das kann an vie-

len aktuellen Beispielen verdeutlicht werden. Eines davon ist die politische Diskussion um Südafrika, die die berechtigte Forderung nach mehr Rechten für den schwarzen Bevölkerungsteil zum Inhalt hat. Auch die Sowjetunion setzt sich hierfür ein, jedoch mit dem zusätzlichen weitergehenden Ziel, das kapitalistische System des Westens dadurch zu destabilisieren, daß der Zugang zu den für die kapitalistische Wirtschaft wichtigen riesigen Edelmetall- und Diamantvorkommen Südafrikas verstopft wird, um diese Ressourcen gegebenenfalls dann durch eine kommunistisch gesteuerte schwarze Regierung in Südafrika gegen den Westen nutzen zu können. Hierbei kann sie immer dann auf die Unterstützung des im Westen vorhandenen „Strukturveränderungspotentials“ rechnen, wenn sie dessen Hauptmotiv, nämlich die Verbesserung der Lage der schwarzen Mehrheit, geschickt in den Vordergrund stellt. Das Bemerkenswerte an dieser Situation ist, nebenbei gesagt, daß das „Strukturveränderungspotential“ des Westens seinerseits in der Regel aus Minderheiten besteht, die hier unablässig gegen die befürchtete oder behauptete „Unterdrückung“ durch die demokratisch gewählte Mehrheit ankämpfen. Dieselbe Furcht hat aber auch die weiße Minderheit in Südafrika vor einer etwaigen schwarzen Mehrheit. Dies ist eines von vielen Beispielen, an dem deutlich wird, daß mit Hilfe gezielter Propaganda Menschen von der umfassenden Beurteilung von Sachverhal-

ten zu einer eindimensionalen, die Komplexität des Problems unterdrückende Betrachtungsweise hingeführt und so manipuliert werden können.

Strategien zur objektiven Aufklärung entwickeln

Hiergegen müssen Strategien entwickelt werden, und zwar nicht nur zur umfassenden und objektiven Aufklärung der Bevölkerung, sondern auch um den Trägern der verschiedenen Machtgruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland verantwortungsvolles Handeln zu erleichtern und sie daran zu binden. Dabei ist natürlich auch in starkem Maße der **Bundesverband für den Selbstschutz** als das spezifische Informationsmedium gefordert, dessen ureigenste Aufgabe darin besteht, durch eine überzeugende Aufklärungsarbeit der eingetretenen, zum Teil bewußt herbeigeführten Begriffsverwirrung und der gegnerischen Propaganda entgegenzuwirken. Ziel muß es dabei sein, der deutschen Bevölkerung den Zivilschutz und die ihm zugeordneten Maßnahmen, eingeschlossen das Aufgabenfeld der Katastrophenmedizin, wieder als das darzustellen und bewußt zu machen, was es seinem Wesen nach ist und was auch seine Akzeptanz in der Öffentlichkeit begründete, nämlich als Fürsorgemaßnahme des Staates zum Schutze der Menschen gegen bewaffnete Konflikte.

Hilfe der Medien erforderlich

Aufklärungsstrategien, die sowohl die um die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik als auch die um den Zivilschutz entstandene Verunsicherung beseitigen, die die Zweideutigkeiten politischer Aussagen offenlegen und das Umfunktionieren von Begriffsinhalten aus den Bereichen der Verteidigung und des Zivilschutzes ad absurdum führen, würden es ideologischen oder eindimensional argumentierenden Strukturverändern schwerer machen, Anhänger für die Durchsetzung ihrer Ziele gegenüber demokratisch gewählten Mehrheiten zu finden. Dabei wäre es wünschenswert und notwendig, wenn nicht nur die sicherheitspolitische und zivilschutzspezifische Fachpresse, sondern auch die allgemeinen Medien, insbesondere das Fernsehen, in größerem Umfang abgewogene Beiträge zur sachlichen Aufklärung der Öffentlichkeit leisten würde, die der Bedeutung der Sache angemessen sind. Ohne die Hilfe der Medien wird der Meinungsbildungsprozeß zur Erreichung sachgerechter Mehrheitsentscheidungen, auf denen nun einmal unsere parlamentarische Demokratie basiert, wesentlich erschwert. Zu diesen Fragen gehören neben der Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitspolitik ohne Wenn und Aber auch die Probleme des **Zivilschutzes**, die daher kontinuierlich auf breiter Basis in ihrem sicherheits- und gesellschaftspolitischen Bezugsrahmen dargestellt und diskutiert werden müssen.

Bericht des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Walter Wallmann, nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl

„Keine Gefährdung der Bevölkerung“

„Die durch den Reaktorunfall bedingte Dosis ist von ähnlichem Betrag wie die natürliche Strahlenexposition eines Jahres“

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Walter Wallmann, legte vor kurzem einen Bericht vor über den Reaktorunfall in Tschernobyl, seine Auswirkungen und die getroffenen bzw. zu treffenden Vorkehrungen. Schwerpunkt in diesem Bericht ist die klare Festlegung der Bundeszuständigkeit in den Bereichen Messung der Umeltradioaktivität, zentrale Zusammenfassung und Bewertung der Daten sowie Empfehlungen/Maßnahmen und deren bundeseinheitliche Durchsetzung sowie gezielte Unterrichtung der Öffentlichkeit. Darüber hinaus entwickeln sich nach dem vorgelegten Bericht folgende Schwerpunkte im nationalen Bereich: die Auswertung der Erfahrungen mit der Entschädigungsregelung des Atomgesetzes und die Überprüfung des Standes der Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke.

Chronologie der Ereignisse

Als es am 26. April 1986 in dem Block 4 des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl

nobyl zu einem Unfall kam, entstanden schwere Schäden am Reaktor, und erhebliche Mengen von Radioaktivität wurden freigesetzt. Die Spaltprodukte wurden infolge des thermischen Auftriebs durch Brände, insbesondere einen Graphitbrand, in große Höhen getragen und über große Entfernungen verfrachtet.

Nach den Ereignissen in Tschernobyl hat die Bundesregierung den Deutschen Wetterdienst unverzüglich gebeten, eine entsprechende Untersuchung der großräumigen Wettersituation vorzunehmen und die Ergebnisse zu übermitteln. Die derzeitige Wetterlage führte dazu, daß radioaktive Luftmassen am 29. April 1986 das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erreichten. Diese Zufuhr hielt bis zum 30. April an; ab 1. Mai bewegten sich die Luftmassen in südlicher bzw. südöstlicher Richtung und berührten das Bundesgebiet nicht mehr.

Anfangs erreichten die in die Atmosphäre freigesetzten Spaltprodukte Berlin und Teile Bayerns, später Freiburg, Stuttgart, Aachen, Essen und Norderney. Durch Niederschläge, die in den einzelnen Regionen der Bundesrepublik zu unterschiedlichen Zeitpunkten einsetzten, wurden dem Erdboden, dem Bewuchs und den Gewässern radioaktive Stoffe in erhöhtem Maße zugeführt. Besonders betroffen war – so der Bericht des Umweltministers – der Süden der Bundesrepublik Deutschland.

Auf die Darstellung der Daten über die Ausbreitung der Radioaktivität in der Bundesrepublik Deutschland verzichtet der Bericht des Umweltministers, weil diese Daten „inzwischen in einer derartigen Fülle vorliegen“.

Staatliche Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland

Bereits am 28. April, nachdem erste Meldungen über erhöhte Radioaktivität, aus Skandinavien eingetroffen waren, forderte das Bundesinnenministerium die Meßstellen des Bundes und der Länder auf, über erhöhte Aktivitätsmeßwerte den Bundesminister des Innern zu unterrichten.

Am Dienstag, 29. April, – so geht aus dem Bericht des Umweltministers hervor – wurde die Öffentlichkeit informiert, und eventuell erforderliche Maßnahmen wurden diskutiert. Am nächsten Tag, am 30. April, wurden u. a. Arbeitsstäbe beim Bundesinnenminister und im Auswärtigen Amt eingerichtet, die Meßergebnisse des Deutschen Wetterdienstes ausgewertet, eine Beratung für UdSSR-Reisende an den Grenzen eingerichtet.

Weitere staatliche Maßnahmen in der Bundesrepublik folgten in den nächsten Tagen: Da wurden z. B. Messungen an Fahrzeugen

aus europäischen Teilen der UdSSR an den Grenzen angeordnet, Einfuhrbeschränkungen für Fischprodukte, Milch, Obst, Gemüse, Fleisch und Geflügel aus der UdSSR und aus Polen erlassen, die Strahlenschutzkommission trat mehrmals zusammen, Einfuhrbeschränkungen wurden auf Fisch und insgesamt auf bereits genannte Produkte ausgedehnt für die Ursprungsländer Rumänien, Ungarn und CSSR, Einschränkungen wurden erlassen bei der Vermarktung von Blattgemüse, und immer wieder, wurde die Öffentlichkeit über die laufenden Maßnahmen informiert.

Messungen der Radioaktivität

Über die Messungen der Umweltradioaktivität, die seit 30 Jahren kontinuierlich durchgeführt werden, gibt der Bericht des Bundesumweltministers ebenfalls Auskunft. Es wird unterschieden zwischen den Leitstellen (Bundesstellen), die die Radioaktivität in den Bereichen Luft, Niederschläge, Bundeswasserstraßen und des Meeres messen und den Meßstellen (Länder), die die Überwachung von Boden, Bewuchs, Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Abwasser und Klärschlamm wahrnehmen.

Mit dem Warndienst-Meßstellennetz des Bundesamtes für Zivilschutz war es möglich, zusätzliche Meßwerte der Gama-Ortsdosisleistung aus verschiedenen Regionen des Bundesgebietes zu erhalten.

Luft, Niederschlag und Oberflächenwasser

Wie aus dem Bericht des Umweltministers hervorgeht, wurden Luft und Niederschlag von insgesamt zwölf Meßstationen des Deutschen Wetterdienstes im zweistündigen Abstand auf Radioaktivität hin gemessen.

In den ersten Tagen nach dem Reaktorbrand in Tschernobyl bestand die Aktivität des radioaktiven Niederschlags in der Bundesrepublik im wesentlichen aus den Jod-Isotopen. Je etwa 30% der Aktivität stammten von Jod-131, Tellur-132 und dessen Tochter Jod-132. Die restlichen 10% waren wiederum zu je etwa 30% den Cäsium-Isotopen sowie Lanthan, Ruthenium zuzuordnen. Übrige Spaltprodukte waren nur in geringen Mengen vorhanden.

In Bayern fiel der erste Niederschlag zeitlich mit dem Konzentrationsmaximum in der Luft zusammen, so daß es zu einer relativ hohen Aktivitätsablagerung im südlichen Bayern kam. Die Ablagerung radioaktiver Stoffe führte zu einer Erhöhung der Bodenstrahlung.

Auch im Oberflächenwasser erhöhte sich die Konzentration der radioaktiven Stoffe mit dem Abfluß der einsetzenden Niederschläge. Der höchste Wert für Jod-131 wurde in der Donau bei Regensburg festgestellt.

„Modellhafte Abschätzungen“

„Im Trinkwasser hingegen“, so versichert der Bundesumweltminister in seinem Bericht, „traten keine oder nur geringfügige Kontaminationen auf.“

Der Verzehr von Frischmilch und Blattgemüse war im Hinblick auf die Belastung der Schilddrüse durch Jod-131 nicht zu empfehlen.

Die Belastung des Ganzkörpers mit Cäsium-134 und Cäsium-137 ist längerfristig durch den Verzehr von Milch, Feldfrüchten und Fleisch zu beachten.

Schwierig war es überhaupt, exakte Maßnahmen oder Empfehlungen für die Bevölkerungen an den Tagen nach dem Reaktorbrand herauszugeben. Im Bericht heißt es: „Da über den Unfall und über das Ausmaß seiner zu erwartenden Folgen zunächst keine und später nur unzureichende Unterrichtung durch die Regierung der UdSSR erfolgte, mußten sich erste Maßnahmen und Empfehlungen der Bundesregierung auf wenige Einzelwerte und modellhafte Abschätzungen abstützen.“

Versorgung von Reisenden und Kontrolle von Fahrzeugen

Reisende, die aus dem Unfallgebiet zurückkehrten, wurden bei der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland beraten, damit sie sich gegebenenfalls auf ihre Strahlenexposition untersuchen lassen konnten. Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (Neuherberg), das Kernforschungszentrum Karlsruhe und die Kernforschungsanlagen Jülich führten diese Untersuchungen durch.

Parallel zu diesen Maßnahmen wurden ab 1. Mai sämtliche Fahrzeuge an den Grenzübergängen auf Kontamination überprüft und wurden, wenn Grenzwerte überschritten wurden, dekontaminiert bzw. zurückgewiesen.

Importbeschränkungen für Frischgemüse, Fleisch und Fisch, Festsetzung einer Höchstkonzentration von Jod-131 in Milch und Frischgemüse sowie ein befristetes Einfuhrverbot für Lebensmittel in die Staaten der Europäischen Gemeinschaft folgten als weitere Maßnahmen der Bundesregierung.

„Keine Gefährdung der Bevölkerung“

„Für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (ist) durch den Reaktorunfall in Tschernobyl vom 26. April 1986 keine Gefährdung der Bevölkerung entstanden (...).“ So bewertet der Bericht des Bundesumweltministers Walter Wallmann die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate: „Die durch den Reaktorunfall bedingte Dosis ist von ähnlichem Betrag wie die natürliche Strahlenexposition eines Jahres. Wenn gleichwohl von der Bundesregierung die genannten Vorsorgemaßnahmen ergriffen wurden, so geschah dies nach dem Strahlenschutzgrundsatz, alle radiologischen Belastungen unter Abwägung aller Umstände in dieser besonderen Situation so gering wie möglich zu halten.“

Nachteile und Schwachstellen

Untersuchungen zum Nachweis von Strahlen wurden, wenn auch zum Teil nur unter hohem persönlichen Einsatz der Mitarbeiter, zuverlässig geleistet. Allerdings haben sich durch den Unfall auch Nachteile und Schwachstellen gezeigt.

So bewertet der Bundesumweltminister es als nachteilig, daß die von der Strahlenschutzkommission empfohlenen und vom Bund übernommenen Maßnahmen von den Ländern nicht in allen Fällen analog umgesetzt wurden. So wichen z. B. bei der Empfehlung für den Milchverzehr einige Länder deutlich von der Empfehlung der Strahlenschutzkommission ab. Dies führte, so der Bundesumweltminister, zu einer Verunsicherung der Bevölkerung. Das Fazit aus diesen Ereignissen wird im Bericht gezogen:

„Es muß für die Zukunft alles getan werden, um widersprüchliche Behördenäußerungen zu vermeiden. Der Entscheidung des einzelnen Bürgers bleibt es selbstverständlich überlassen, mehr zu tun als von den Behörden empfohlen wird. Dazu sollten ihm die Behörden durch Information stärker als dies bei dem Reaktorunglück in Tschernobyl der Fall war, Hilfe leisten.“

Folgerungen

Wörtlich heißt es in dem Bericht des Bundesumweltministers:

„Die Bundesregierung hat eine Analyse eingeleitet, die Verbesserungen im Strahlenschutz zum Ziel hat und insbesondere folgende Bereiche betrifft:

- Organisation, Koordination und Verfahren bei der Messung der Umweltradio-

aktivität im Hinblick auf großflächige Ereignisse einschließlich des Datenaustausches unter den Nachbarstaaten sowie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und anderer internationaler Organisationen zu verbessern. In diesem Zusammenhang wird für den innerstaatlichen Bereich auch eine gesetzliche Regelung geprüft:

- die Notwendigkeit einer Bundeskompetenz zur Erstellung von Richtwerten und Anweisungen im Ereignisfall und deren Umsetzung durch Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden mit dem Ziel eines einheitlichen Vorgehens. Auch hier kommt eine gesetzliche Regelung in Betracht;
- im internationalen Bereich, vor allem in der Europäischen Gemeinschaft, eine Optimierung der Meldemechanismen und eine grundsätzliche Übereinstimmung über notwendige Maßnahmen und deren Begründung zu erreichen;
- die in den ‚Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen‘ gemeinsam mit den Ländern niedergelegten Anforderungen an den Notfallschutz zu überdenken und ggf. zu verbessern;
- Verbesserung bei der Information der Öffentlichkeit durch Bund, Länder und Gemeinden.

Die Bundesregierung prüft diese Fragen und wird sie mit den Ländern erörtern.“

Hilfe für die Geschädigten

Schon kurz nach dem Reaktorunfall hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklärt, den durch die Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland Geschädigten schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten. Der Bundesminister des Innern hat eine „Ausgleichsrichtlinie“ erlassen, die näheres über die Anspruchsvoraussetzungen und das Verfahren festlegt. Bis zum 16. Juni 1986 wurden Ausgleichsleistungen in Höhe von insgesamt 38,2 Mio DM anerkannt und ausgezahlt.

Reaktorsicherheit

Nach Tschernobyl stellte sich auch die Frage nach der Reaktorsicherheit in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb hat die Bundesregierung die Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) bereits am 29. April 1986 um vordringliche Beratung und Bewertung des Reaktorunfalls in Tschernobyl im Hinblick auf die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke gebeten.

In einer ersten Stellungnahme der RSK wurde erläutert, daß sich der Reaktor in Tschernobyl in vielen sicherheitsrelevanten Merkmalen von den in der Bundesrepublik

Deutschland befindlichen Reaktorlinien unterscheidet, so daß eine direkte Übertragung des in Tschernobyl aufgetretenen Ereignisablaufs auf deutsche Kernkraftwerke nicht möglich ist. Der Sicherheitsstandard der deutschen Kernkraftwerke sei sehr hoch und die konzeptionellen Unterschiede zu dem in der Bundesrepublik Deutschland nicht genehmigungsfähigen Reaktor in Tschernobyl seien sehr groß.

Die inzwischen ausgewerteten zusätzlichen Informationen über den sowjetischen Reaktor und die auf dieser Basis durchgeführten Analysen zum Unfallhergang haben diese Bewertung bestätigt – so der Bericht des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der diese Auffassung der RSK teilt.

Internationaler Bereich

Der Bericht des Bundesumweltministers geht auch auf den internationalen Bereich ein, wobei sich drei Schwerpunkte herauskristallisieren:

- Eine Einrichtung eines umfassenden Frühwarn- und Informationssystems bei nuklearen Unfällen.
- Ein Ausbau des internationalen Haftungsverbundes bei nuklearen Ereignissen, insbesondere unter Einbeziehung der osteuropäischen Staaten.
- Eine internationale Vereinbarung über Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke auf möglichst hohem Niveau.

Drei Schwerpunkte

Für den nationalen Bereich können die Schwerpunkte des Berichts aus der Sicht des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wie folgt zusammengefaßt werden:

- Klare Festlegung der Bundeszuständigkeit in den Bereichen
 - Messung der Umweltradioaktivität
 - zentrale Zusammenfassung und Bewertung der Daten
 - Empfehlungen/Maßnahmen und deren bundeseinheitliche Durchsetzung sowie gezielte Unterrichtung der Öffentlichkeit
- Auswertung der Erfahrungen mit der Entschädigungsregelung des Atomgesetzes
- Überprüfung des Standes der Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke.

In der nächsten Ausgabe des „Zivilschutz-Magazins“ wird das Arbeitsprogramm der Bundesregierung zu den sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgen aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl im vollen Wortlaut wiedergegeben. boe

Was ist eigentlich Radioaktivität?

Meßgrößen, Maßeinheiten, Wirkungen – Wichtige Informationen zum aktuellen Thema Radioaktivität – 1. Teil

Der Reaktor-Unfall von Tschernobyl hat Fragen nach den Ursachen, Wirkungen und Bewertungen radioaktiver Strahlung aufkommen lassen. Der Bürger wurde in den Medien mit strahlenschutztechnischen Meßgrößen und Maßeinheiten konfrontiert, die er zuvor noch nie gehört hatte oder deren Kenntnis wegen des mangelnden bzw. recht seltenen Gebrauchs nicht immer vorausgesetzt werden konnte.

Der nachfolgende Beitrag befaßt sich sachgerecht und allgemeinverständlich mit der Entstehung und Messung der Radioaktivität sowie der Bewertung der Meßergebnisse.

Was ist Radioaktivität?

Radioaktivität ist allein mit den menschlichen Sinnesorganen nicht wahrnehmbar. Ohne technische Hilfsmittel kann der Mensch das Vorhandensein radioaktiver Strahlung nicht feststellen. Es sei denn, die Auswirkungen der Radioaktivität haben seinen Organismus bereits merkbar geschädigt.

Dieses „Nicht-Wahrnehmbare“ und daher der resultierende Eindruck des hilflos Ausgeliefertseins führt bei Unkenntnis der physikalischen Ursachen und der physiologischen Auswirkungen zu einer emotionalen Bewertung technisch meßbarer Fakten.

Radioaktivität ist eine durch äußere Einwirkungen nicht beeinflussbare Eigenschaft mancher Grundstoffe (radioaktiver Stoffe), sich unter Aussendung von energiereichen Strahlen in andere Grundstoffe umzuwandeln. Die freiwerdende Strahlung tritt als Korpuskular- (Alpha- und Betastrahlung) und als Wellenstrahlung (Gammastrahlung) in Erscheinung.

Alphastrahlen sind positiv geladene Heliumkerne und treten beim Zerfall sehr schwerer Kerne, wie z. B. Uran, auf. Sie ha-

ben eine sehr hohe Energie, in der Luft jedoch nur eine Reichweite von wenigen Zentimetern. Im menschlichen Gewebe trägt die Durchdringungsfähigkeit weniger als $1/10$ Millimeter. Schon ein Blatt Papier kann Alphastrahlung abschirmen. Für den menschlichen Organismus besteht die Hauptgefahr darin, daß er alphastrahlende Partikel einatmet (inhaliert) oder mit der Nahrung zu sich nimmt, verschluckt (ingestiert). Solch eine innere Strahlenbelastung (Strahlenexposition) bezeichnet man als Inkorporation.

Betastrahlen sind beim radioaktiven Zerfall entstehende negative Elektronen mit einer hohen Geschwindigkeit. Sie treten bei einer sehr großen Zahl der Kernzerfälle auf und haben gegenüber der Alphastrahlung eine größere Durchdringungsfähigkeit. Sie trägt in der Luft viele Dezimeter, im menschlichen Gewebe bis zu einigen Millimetern. Bereits ein ca. 5.0 cm dickes Buch kann die Betastrahlung vollkommen abschirmen. Auch hier ist die Inkorporation die Hauptgefahr für den Menschen.

Ähnlich wie das Licht, die Wärmestrahlung oder aber auch die Radiowellen ist Gammastrahlung eine Wellenstrahlung mit einer sehr kleinen Wellenlänge. Röntgenstrahlung ist ebenfalls eine Wellenstrahlung, jedoch mit einer etwas größeren Wellenlänge als die Gammastrahlung und mit dieser vergleichbar. Während die Wärmestrahlung oder aber auch die Radiowellen noch völlig kontinuierliche Schwingungsvorgänge darstellen, kann die Gammastrahlung nicht mehr nur kontinuierlich erfaßt werden. Man stelle sich nur einen laminaren (gleichmäßig fließenden) Wasserstrahl vor. Dreht man den Wasserhahn ganz langsam zu (in unseren Vergleich: verkleinert man die Wellenlänge) dann zerfällt der Strahl schließlich in einzelne Tropfen. Bei solch einer Betrachtung spricht man von Gammaquanten oder Photonen. Gammastrahlung bzw.

Gammaquanten oder Gammaphotonen (auch Photonenstrahlung) tritt meist bei Kernzerfällen zusammen mit Betastrahlen auf. In der Luft beträgt die Reichweite mehrere Kilometer. Im Gegensatz zur Alpha- und Betastrahlung benötigt man dicke Beton- oder Bleiwände zur Abschirmung der Gammastrahlung. Für den Menschen besteht die große Gefahr darin, daß diese Strahlenart infolge des großen Durchdringungsvermögens, auch „Härte“ genannt, tief im Körperinnern gelegene Organe zu beeinflussen vermag (ionisierende Wirkung).

Die natürliche Radioaktivität wurde zuerst von Henri Becquerel (1859–1906) im Jahre 1896 an Uransalzen beobachtet. Er stellte fest, daß Uransalze lichtdicht verpackte Fotoplaten zu schwärzen vermögen und führte dies auf eine von diesen Salzen ausgehende unbekannte Strahlung zurück. 1898 konnte das Ehepaar Marie und Pierre Curie aus sieben Tonnen Uranpechblende einige Milligramm eines Elements herstellen, welches sie Radium, das „Strahlende“ benannten und als Quelle der Strahlung nachweisen konnten.

Insbesondere die Röntgenstrahlen fanden infolge ihrer Fähigkeit, menschliches Körpergewebe zu durchdringen und Schattenbilder auf fotografische Platten zu hinterlassen, nicht nur wissenschaftliches Interesse.

Die schädigende Wirkung solcher Strahlen war zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bekannt. So trug z. B. Becquerel noch 1901 vierzehn Tage lang ein Radiumpräparat mit sich in der Westentasche. Erst als seine Bauchhaut Verbrennungen erlitt, führte er dies auf den Einfluß des Radiumpräparates zurück.

Auch die kosmetische Behandlung unerwünschten Haarwuchses mittels radioaktiver Bestrahlung oder die Überprüfung des

Sitzes von neuem Schuhwerk mit Hilfe von Röntgengeräten, welche in jedem „besseren“ Schuhgeschäft standen, wurden nach Kenntnis der schädigenden Wirkung solcher Strahlen unterlassen [1].

Hinsichtlich des Schutzes vor solchen Strahlen hatte man die merkwürdigsten Vorstellungen. So glaubte man, daß Torf die Radioaktivität abhalten würde. Man stellte z. B. Kleidung aus Torffasern her oder rieb sich mit Torföl ein, um sich vor der Radioaktivität zu schützen.

Becquerel – Gray – Sievert – Maßeinheiten im Strahlenschutz

Die Aktivität beschreibt die Entstehung einer radioaktiven Strahlung. Sie ist als die Anzahl der Zerfälle je Zeiteinheit definiert. Die Einheit der Aktivität ist das „Becquerel“ (Abk. Bq). Die Aktivitätseinheit Becquerel liegt vor, wenn in einer Sekunde im Mittel ein Zerfall erfolgt, oder anders ausgedrückt, wenn durch solch einen Zerfall ein Teilchen entsteht.

$$1 \text{ Bq} = 1 \text{ Zerfall pro Sekunde}$$

Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um ein Alpha- oder Betateilchen oder um ein Gammaquant, Gamma„teilchen“ handelt.

1 Bq bedeutet also solch ein Ereignis pro Sekunde. Ein einziges Gramm Radium sendet z. B. pro Sekunde 37 000 000 000 = 37 Milliarden solcher Teilchen aus (entspricht 37 Milliarden Zerfälle oder 37 Milliarden Becquerel).

Die Einheit Becquerel ist kein Maß für die „Gefährlichkeit“ einer radioaktiven Substanz. Die bei solchen Zerfällen entstehenden unterschiedlich gefährlich wirkenden Strahlen werden durch andere Meßgrößen beschrieben.

Abgeleitete Größen der Aktivität sind z. B.

- die spezifische Aktivität (Aktivität pro Masseneinheit einer Substanz, wie z. B. Bq/kg)
- die Immission (d. h. die Aktivitätskonzentration, wie z. B. Bq/m³, Bq/m² oder Bq/l)
- die Emission (die pro Zeiteinheit freigesetzte Aktivität, wie z. B. Bq/s)

Früher benutzte man als Einheit für die Aktivität die Einheit Curie (Ci):

$$1 \text{ Ci} = 3.7 \cdot 10^{10} \text{ Bq}$$

Die physikalische Wirkung von radioaktiver Strahlung auf Materie wird durch die Energiedosis (D) angegeben. Sie ist die Strahlungsenergie, die in einem Kilogramm Materie absorbiert wird. Die Einheit der Energiedosis ist das Gray (Gy).

$$1 \text{ Gy} = 1 \text{ Joule (J)/kg} = 1 \text{ Ws/kg}$$

Früher wurde die Einheit rad (Radiation Absorbed Dose) benutzt.

$$1 \text{ Gy} = 100 \text{ rad}$$

Die biologische Wirkung radioaktiver Strahlung kann nur unzulänglich mit der Energiedosis beschrieben werden. Die biologische Wirkung hängt nämlich nicht nur von der Energie, sondern auch von der Strahlenart ab. Mit Hilfe von dimensionslosen Qualitätsfaktoren q, welche die unterschiedliche Wirkung der verschiedenen Strahlenarten berücksichtigen, kann aus der physikalischen Dosis die Äquivalentdosis (biologisch wirksame Dosis H) berechnet werden. Für Alphastrahlen beträgt der Qualitätsfaktor q=20.0 und für Beta- und Gammastrahlen 1.0.

Um die Äquivalentdosis zu erhalten, muß die gemessene Dosis mit dem Qualitätsfaktor multipliziert werden. Die Einheit der Äquivalentdosis ist das Sievert (Sv):

$$H \text{ (Sv)} = q \cdot D \text{ (Gy)}$$

Wenn man bedenkt, daß 1 Joule (1 J) gerade ausreicht, um 1 Liter Wasser um 1/4000stel Grad Celsius zu erwärmen, so erkennt man leicht, daß 1 Sv eigentlich eine sehr kleine Energieeinheit darstellt. Daraus darf man jedoch keine falschen Schlüsse ziehen, denn andererseits reicht eine Dosis von ca. 5 Sv aus, einen Menschen zu töten. Wenn man diese 5 Sv energiemäßig wieder umrechnet, so reicht diese Energie gerade aus, um einen Kaffeelöffel Wasser um 0,1 Grad zu erwärmen! Die Strahlung hat also energiemäßig völlig differenzierte Qualitäten.

Früher wurde für die Äquivalentdosis die Einheit rem (Radiation Equivalent Man) benutzt:

$$1 \text{ Sv} = 100 \text{ rem}$$

Die Dosisleistung beschreibt die zeitliche Änderung der Dosis, also Strahlungsdosis pro Zeiteinheit, wie z. B. Gray/Stunde. Da die Einheiten Sievert und Gray hinsichtlich der Wirkung auf den menschlichen Organismus relativ große Strahlungseinheiten sind, werden meist Bruchgrößen, wie z. B. Milligray und Millisievert oder Microgray und Microsievert, verwendet.

Der Dosisfaktor g erlaubt die Umrechnung einer inkorporierten Aktivität in eine Äquivalentdosis. Er ist für jedes Radionuklid verschieden und hängt unter anderem ab von

- der Strahlungsart (Alpha-, Beta- Gammastrahlen)
- der Energie der Strahlung
- der chemischen Verbindung
- dem betroffenen Organ
- dem Stoffwechsel
- der Art der Aufnahme (Ingestion oder Inhalation)
- dem Alter des Individuums [2].

Die Dosisfaktoren g (Einheit Sv/Bq) wurden vom Bundesministerium des Innern (BMI) für die einzelnen Radionuklide veröffentlicht und können als Berechnungsgrundlage für

eine Strahlenexposition verwendet werden [3].

Die Dosisfaktoren sind für Erwachsene und Kleinkinder unterschiedlich. Zugrunde liegen jeweils Standardmensch mit bestimmten Eigenschaften:

Tabelle 1:
Der erwachsene Standardmensch – Eigenschaften [4]

mittlere Lebenszeit	70 Jahre
Gewicht	70 kg
Größe	1,70 m
Atemrate	$2,32 \cdot 10^{-4} \text{ m}^3/\text{s}$
Oberfläche des Atemtraktes	70 m ²
Gewicht der Schilddrüse	20 g
Körperoberfläche	1,8 m ²
Zusammensetzung des Standardgewebes	C ₅ H ₁₀ O ₁₆ N

Bei einem Kleinkind wird die Atemrate auf $6,03 \cdot 10^{-5} \text{ m}^3/\text{s}$ festgelegt.

Tabelle 2:
Der erwachsene Standardmensch – Ernährungsgewohnheiten, mittlerer Jahresverbrauch [3]

Trinkwasser	440 Liter
Fisch	1,3 kg
Milch und Milchprodukte	110,0 kg
Fleisch und Fleischwaren	75,0 kg
pflanzliche Produkte	231,0 kg
davon entfallen auf	
– Getreide und -produkte	96,0 kg
– Obst und Obstsaft	27,0 kg
– Wurzelgemüse	87,0 kg
– Blattgemüse	21,0 kg

Bei einem Kleinkind wird mit einem Milchverbrauch in Höhe von 300 kg pro Jahr gerechnet.

Aufgrund der „Allgemeinen Berechnungsgrundlage“ [3] können daher die im Menschen erzeugten Strahlendosen modellmäßig rechnerisch erfaßt werden. Im folgenden sind einige Beispiele angegeben, die eine einfache Umrechnung gestatten [16]:

Bodenstrahlung:

Eine Bodenkontamination von 1 000 Bq/m² Cs-137 führt bei 1 Jahr Daueraufenthalt in einmalig kontaminiertem Gelände zu einer effektiven Dosis von ca. 1,4 mrem (14 µSv)

Inhalation:

Eine mittlere Aktivitätskonzentration der Luft von 1 Bq/m³ J-131, die einen Tag lang vorliegt, führt aufgrund der Inhalation zu einer Schilddrüsendosis von

Kleinkind:	1,1 mrem (11 µSv)
Erwachsener:	0,5 mrem (5 µSv)

Mit J-131 kontaminierte Nahrungsmittel:

Der einmalige Verzehr von 100 g Nahrungsmittel (z. B. Blattgemüse oder Milch) mit einer Kontamination von 100 Bq J-131 pro kg führt zu einer Schilddrüsens dosis von

Kleinkind: 3,5 mrem (35 μ Sv)
Erwachsener: 0,4 mrem (4 μ Sv)

Mit Cs-137 kontaminierte Nahrungsmittel:

Der einmalige Verzehr von 100 g Nahrungsmittel mit einer Kontamination von 100 Bq Cs-137 pro kg führt zu einer effektiven Dosis von

Kleinkind: 0,009 mrem (0,09 μ Sv)
Erwachsener: 0,014 mrem (0,14 μ Sv)

Die Halbwertszeit

Die Halbwertszeit ist ein Zeitmaß für die Zerfallsgeschwindigkeit eines bestimmten Radionuklids (nucleus=Kern, hier Atomkern). Innerhalb dieser Zeit ist die Hälfte aller Kerne zerfallen, nach der doppelten Halbwertszeit ist nur noch ein Viertel der ursprünglichen Kerne vorhanden und nach der zehnfachen Halbwertszeit nur noch ein Tausendstel usw. Entsprechend nimmt die Strahlungsintensität ab. Das Zerfallsgesetz ist ein Wahrscheinlichkeitsgesetz, das nur für eine große Zahl gleichartiger zerfallsfähiger Atome gilt. Ein einzelnes Radionuklid kann dagegen innerhalb der nächsten Sekunde oder aber auch erst nach etlichen Jahren zerfallen.

Die Halbwertszeiten der verschiedenen Radionukliden schwanken zwischen Bruchteilen von Sekunden und Millionen von Jahren.

Tabelle 3:
Radionuklide und ihre Halbwertszeiten

Name (Abkürzung)	Halbwertszeiten
Jod 132 (J-132)	2,3 Stunden
Tellur 132 (Te-132)	76,3 Stunden
Jod 131 (J-131)	8,0 Tage
Kobalt 60 (Co-60)	5,3 Jahre
Strontium 90 (Sr-90)	28,5 Jahre
Cäsium 137 (Cs-137)	30,1 Jahre

Neben der physikalischen Halbwertszeit gibt es auch die biologische Halbwertszeit. Man versteht darunter die Zeit, in welcher der Organismus die Hälfte der aufgenommenen Radionuklide auf natürlichem Weg wieder ausscheidet. Die effektive Halbwertszeit gibt letztlich an, in welcher Zeit sich die Aktivität der im Körper befindlichen radioaktiven Isotope durch Zerfall und natürliche Ausscheidung auf die Hälfte vermindert.

Natürliche und künstliche Radioaktivität

Die natürliche Radioaktivität setzt sich aus der Erdstrahlung (terrestrische Strahlung) und der Höhenstrahlung (kosmische Strahlung) zusammen.

Die terrestrische Radioaktivität ist nicht unwesentlich an der Wärmeproduktion im Erdinnern beteiligt. Aus dem Erdreich und aus Quellwässern entweicht vorwiegend das Edelgas Radon, durch Alphazerfall aus Radium entstehend und mit einer Halbwertszeit von 3,8 Tagen zerfallend. Durch Einatmen von Radon wird der Mensch auch innerlich mit natürlicher Radioaktivität belastet.

Aus dem Weltraum trifft ständig ein Hagel von Atomkernen die Lufthülle der Erde. Zu etwa 90 % sind es Wasserstoffkerne, also Protonen, etwa 8 % sind Heliumkerne. Die Abbremsung dieser Korpuskularstrahlung in der oberen Luftschicht der Erde führt zur Bildung radioaktiver Nuklide und somit zu einer meßbaren radioaktiven Höhenstrahlung. (Tab. 4)

Im Durchschnitt liegt die natürliche Strahlenbelastung zwischen 1,0 und 4,0 mSv pro Jahr (= 100 bis 400 mrem/Jahr)[6].

Aus diesem Grund wird selbst der menschliche Körper radioaktiv! Die Kalium-40-Aktivität beträgt im Gesamtkörper durchschnittlich rund 4 400 Becquerel. Außerdem enthält der Körper etwa 3 600 Bq an Kohlenstoff 14 (C-14) und etwa 20 Bq an Tritium (H-3) [16].

Regional ist die Strahlenbelastung sehr unterschiedlich. So beträgt z. B. die Summe der terrestrischen und kosmischen Strahlung in Menzenschwand (Schwarzwald) 18,0 mSv/Jahr (= 1 800 mrem/Jahr), in Kerala (Westküste von Indien) bis zu 26,0

mSv/Jahr (= 2 600 mrem/Jahr) und in Brasilien an der atlantischen Küste bis zu 87,0 mSv/Jahr (= 8 700 mrem/Jahr = 8,7 rem/Jahr) [5].

Innerhalb von Bauwerken ist die Strahlenbelastung normalerweise höher als im Freien. Dies ist darauf zurückzuführen, daß das Baumaterial in geringen Mengen radioaktive Stoffe enthält, auf die die erhöhte Strahlenbelastung im Hausinnern zurückzuführen ist. In Holzbauten ist die Strahlenbelastung wesentlich kleiner als in Beton- oder Granitbauten. (Tab. 5)

Radioaktive Heilquellen verfügen über eine nicht unbeachtliche Radioaktivität. So hat z. B. eine Heilquelle in Baden-Baden eine Aktivität von 820 Bq/Liter, in Bad Brambach dagegen in Höhe von 37 000 Bq/Liter (= 10^{-3} nCi/cm³).

Quellwasser darf nach den in der Bundesrepublik getroffenen Festsetzungen erst dann als Heilwasser oder Heilquelle bezeichnet werden, wenn es folgende Mindestaktivitäten aufweist:

für Radium 3,7 Bq/l
für Radon 666,0 Bq/l

Zu der natürlichen Strahlenbelastung des Menschen muß noch die Strahlenbelastung infolge künstlicher Radioaktivität hinzuge-rechnet werden:

- infolge medizinischer Maßnahmen
ca. 0,60 mSv/Jahr
- durch kerntechnische Anlagen
< 0,01 mSv/Jahr
- durch Kernwaffenversuche
< 0,01 mSv/Jahr

Gerade die medizinische Strahlenbelastung kann mitunter sehr hoch sein. Bei einer Schilddrüsenszintigraphie (eine medizinischdiagnostische Untersuchung) wird die Schilddrüse mit 800 mSv = 80 rem belastet (das entspricht ca. 1,5 Millionen Becquerel).

Tabelle 4: Natürliche Strahlenbelastung [5]

Kosmische Strahlung	0,3 mSv/Jahr = 30 mrem/Jahr
Erdstrahlung	0,4 mSv/Jahr = 40 mrem/Jahr
Inkorporation von nat. Kalium 40	0,3 mSv/Jahr = 30 mrem/Jahr
Inhalation von Radon	1,0 mSv/Jahr = 100 mrem/Jahr
Summe	2,0 mSv/Jahr = 200 mrem/Jahr

Tabelle 5: Dosisleistung in Häusern in Abhängigkeit von den verwendeten Baumaterialien

Material	Dosisleistung in mSv/Jahr (mrem/Jahr) Mittelwert	Schwankungsbreite
Holz	0,25 (25)	0,20-0,50
Ziegel	0,60 (60)	0,20-0,90
Sandstein	0,50 (50)	0,25-1,00
Beton	0,70 (70)	0,50-2,50
Granit	1,00 (100)	0,75-1,20

(wird fortgesetzt)

Erste gemeinsame Übung der sieben rheinland-pfälzischen Fernmeldezüge

„Heros '86“ – Damit's auch untereinander funkt

Vielseitige Übungsziele — Zusammenarbeit der unterschiedlichen Organisationen zugehörigen Fernmeldezüge stand im Vordergrund

Bad Kreuznachs Oberbürgermeister Helmut Schwindt hat Sorge, daß man seine Schirmherrschaft allzu wörtlich nimmt. In dicken Tropfen klatscht der Regen auf das Zelt, in dem sich die Gäste der Fernmelde-rahmenübung „Heros '86“ am 23. August in Bad Kreuznach zusammengefunden haben.

Es ist nur eine kleine Schar, die hier Schutz vor der Nässe sucht. Kein Wunder, eine Fernmeldeübung ist nunmal nicht so spektakulär und aktionsreich, zieht nicht so viele Zaungäste an wie eine Übung der Brandschutz-, Bergungs- oder Sanitätszüge des Katastrophenschutzes. Dafür sitzen hier meist Experten, die kritischen Auges den Übungsablauf verfolgen wollen.

Erste gemeinsame Übung

Noch ist es aber nicht soweit. Nach den Grußworten des gastgebenden THW-Ortsbeauftragten der Nahestadt, Wolfgang Rudolph, spricht der Oberbürgermeister ein paar aufmunternde Worte; dann hat der Initiator der Veranstaltung, Gerd Cremer, Führer des THW-Fernmeldezuges Bad Kreuznach, Gelegenheit, Art, Umfang und Ziele der Übung vorzustellen.

Cremer ließ sich von einer ähnlichen Fernmeldeübung in Niedersachsen im Raum Lehrte inspirieren. Er nahm damals als Gast teil und konnte den Einsatz von 13 Fernmeldezügen beobachten.

Wieder zurück in Bad Kreuznach reifte die Idee, eine solche Veranstaltung auch mit den Fernmeldezügen in Rheinland-Pfalz durchzuführen. Cremer nahm Kontakt zu den Einheitsführern auf, und obwohl man

Der Ortsdurchbau mit Feldkabel ist eine zeit- aufwendige Arbeit für die Fernsprechrupps.



Dem eingespielten Team geht die Arbeit flott von der Hand.





Oben: Ein gut gepflegter Oldtimer des THW-ÖV Bad-Kreuznach. Hier wird er als Abschnittführungsstelle eingesetzt.

Mitte: Ein moderner Fernsprechwagen. Er ersetzt die alten Fahrzeuge.

Links: Oberbürgermeister Helmut Schwindt läßt sich von Übungsleiter Gerd Cremer die einzelnen Aufgaben der Fernmeldezüge erläutern.

sich nicht kannte, waren die Zugführer spontan bereit, die Idee zu verwirklichen.

Alle machen mit

Beteiligen wollten sich alle der sieben rheinland-pfälzischen Fernmeldezüge, die unterschiedlichen Trägerorganisationen zugeordnet sind. So verfügt das Technische Hilfswerk über drei Fernmeldezüge (Bad Kreuznach, Andernach, Westerbürg) sowie die Freiwillige Feuerwehr Speicher über einen Zug. Die Fernmeldezüge Herxheim, Alzey und Birkenfeld werden als Regieeinheiten geführt.

Jeder Fernmeldezug mit einer Sollstärke von 25 Helfern besteht aus einem Zugtrupp mit fünf Helfern, zwei Fernmeldebautrupps je sieben Helfer stark und zwei Funktrupps mit je drei Helfern, die auf insgesamt fünf Fahrzeugen verteilt sind.

Der Fernmeldeeinsatz ist ein Teil des taktischen Einsatzes der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes. Der Fernmeldezug hat die Aufgabe, Fernmelde- und Funkverbindungen zu erstellen, diese zu betreiben oder ausgefallene Verbindungen zu ersetzen. Er schließt sich unter anderem an das öffentliche Fernsprechnet der Deutschen Bundespost an und nutzt andere zur Verfügung stehende Fernsprechnetze mit.

Mit dem vorhandenen Ausstattungsmaterial des Zuges können rund 20 Kilometer Feldkabelleitung verlegt und 27 Telefonapparate über drei Feldvermittlungsstellen angeschlossen werden. Für die Herstellung von Funkverbindungen besitzt der Zug etwa zehn Funksprechgeräte sowie Material für den Aufbau von Relaisstellen und Richtfunkstrecken.

Vielseitige Übungsziele

Rund 100 Stunden opferte Cremer in einem Zeitraum von einem Jahr, um die erste gemeinsame Fachdienstübung in Rheinland-Pfalz vorzubereiten. Er gliederte die Übungsziele in drei Abschnitte:

Übungszwecke für die Fernmeldezüge

- Einsatz der Helfer von verschiedenen Fernmeldezügen.
- Zusammenarbeit verschiedener Fernmeldebautrupps.
- Verbessern der Zusammenarbeit.
- Anpassung der Gliederung des Fernmeldezuges an taktische Erfordernisse.
- Einsatz des GBkw (Geräte- und Betriebskraftwagen) als kombinierter Funk- und Fernsprechttrupps.
- Anlegen und Durchführen von Übungen.
- Einrichten und Betreiben der Fernmeldeeinrichtungen einer Technischen Einsatzleitung (TEL).

- Kennenlernen der Einsatzmöglichkeiten des Fachdienstes im Katastrophenschutz.
- Schulung des Führungspersonals in der richtigen Nutzung der Fm-Mittel.
- Erkennen von Belastungsgrenzen.
- Kennenlernen der sieben in Rheinland-Pfalz stationierten Fernmeldezüge.

Übungszweck für Sprechfunktrupps der Fernmeldezüge

- Erkunden von Aufbauplätzen für bewegliche Sprechfunkbetriebsstellen.
- Herstellen von Fernmeldeverbindungen.
- Abwicklung des Sprechfunkverkehrs.
- Durchführung des Sprechfunkbetriebes.



Die Übung läuft: Die Helfer in den Vermittlungsstellen haben alle Hände voll zu tun.



Mit in die Übung einbezogen ist die Fernmeldezentrale HVB.



Auch die Fernsprechvermittlung HVB, im Keller des Kreishauses untergebracht, nimmt Gespräche entgegen. (Fotos: Sers)

- Absetzen, Aufnehmen von Nachrichten.
- Sprechfunkverkehr über Relaisstellen.
- Sprechfunkverkehr in den Verkehrsarten Wechsel- und Gegenverkehr.
- Überwachung des Sprechfunkbetriebes auf Einhaltung der DV 810.
- Fahren nach Karte.
- Abfassen von Meldungen.

Übungszweck für Fernsprechtrupps der Fernmeldezüge

- Einrichten und Betreiben von Fernsprechbetriebsstellen.
- Einrichten und Betreiben von Fernsprechvermittlungen (OB).
- Herstellen und Unterhalten von Feldkabel und -leitungen im Tiefbau, Hochbau, gemischtem Bau.
- Ortsdurchbau mit Feldkabel.
- Entstören von Fernsprechleitungen.
- Abwicklung des Fernsprechverkehrs.
- Fahren nach Karte.
- Abwicklung des Sprechfunkbetriebes.

Die Lage

Rund 160 Helfer haben sich an diesem Samstagmorgen mit folgender – hier etwas verkürzter – Übungslage auseinandergesetzt:

„Um 3.20 Uhr sind im Luftraum über dem Kreis Kreuznach ein Passagierflugzeug und eine Militärmaschine zusammengestoßen. Flugzeugteile sind östlich der Ortslage Bosenheim im freien Gelände sowie westlich der Innenstadt von Bad Kreuznach auf dem Kauzenberg niedergegangen.“

Der Landrat des Kreises Kreuznach hat um 3.50 Uhr Katastrophenalarm ausgelöst. Es werden Technische Einsatzleitungen (TEL) an den Schadenstellen eingerichtet.“

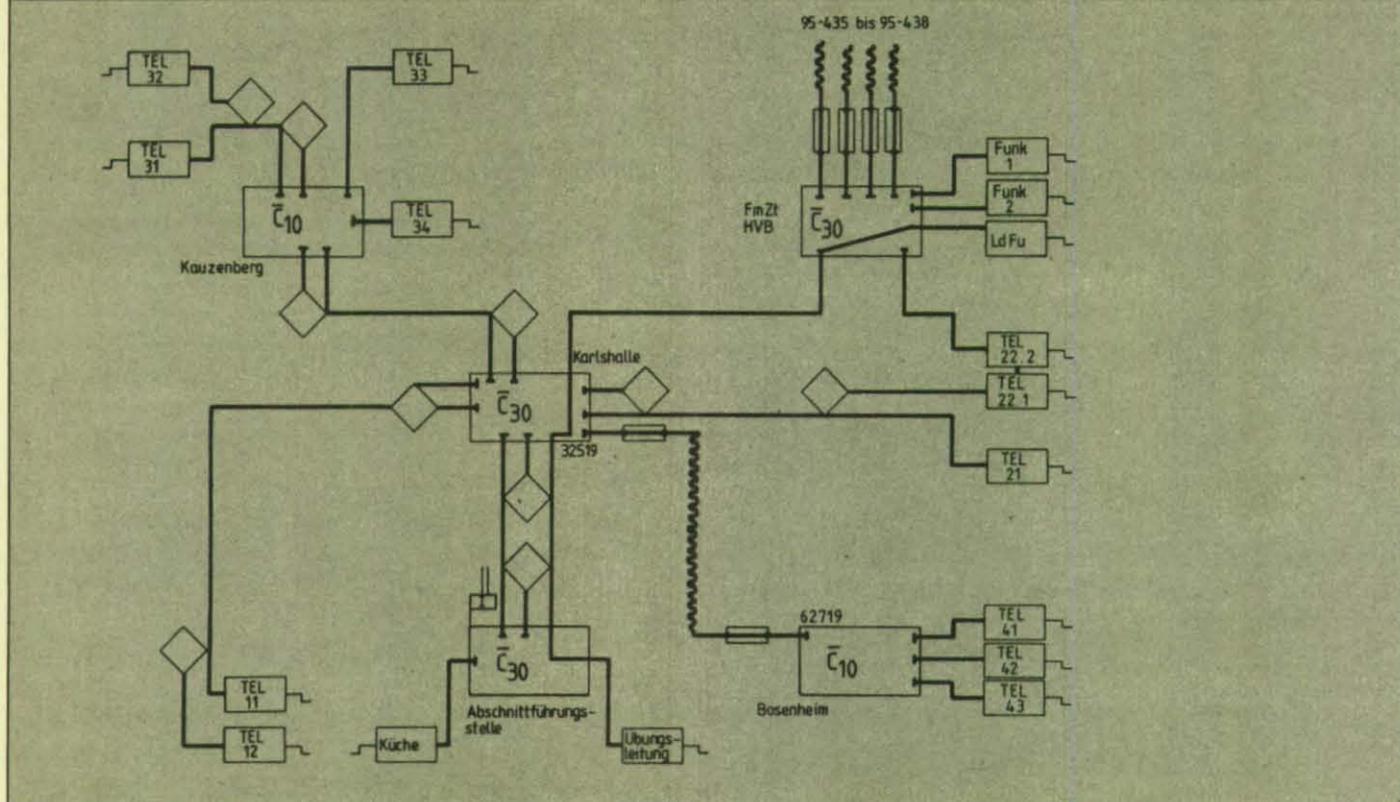
Die besondere Lage für die Fernmeldezüge:

„Um 4.10 Uhr wurde der Einsatz aller sechs außerhalb des Kreises Kreuznach stationierten Fernmeldezüge angeordnet. Die Katastrophenschutz-Einheiten des Kreises Kreuznach sind im Einsatz. Die Fernmeldezüge haben die Fernmeldeverbindungen gemäß der taktischen Schaltskizze aufzubauen.“

14 km Feldkabelbau

Die Übung gliedert sich in die Bereiche Fernmeldebau und Sprechfunk. Die Fernmeldebautrupps haben ein rund 14 Kilometer langes Feldkabelnetz aufzubauen, die zwölf Endstellen (TEL) zu besetzen und zu betreiben.

Die Funktrupps haben die Aufgabe, verschiedene Ortschaften im Raum Kirn anzu-



fahren und den Sprechfunkverkehr im 2- und 4-m-Band mit der in der Übung eingebundenen Fernmeldezentrale HVB aufzunehmen.

Der Funktrupp der Feuerwehr hat auf dem Gauskopf ein Relais mit RS 1-Schaltung zu erstellen.

Während Übungsleiter Cremer den Gästen noch den Ablauf der Veranstaltung erläutert, sind die Fernmeldebauptrupps voll damit beschäftigt, im gesamten Übungsgebiet die Feldkabel zu verlegen. Geht dies in der freien Landschaft schnell von der Hand, ist der Ortsdurchbau eine aufwendige und zeitraubende Arbeit.

Aber gegen 12.15 Uhr ist es soweit: In der Übungsleitung auf dem Parkplatz an der Karlshalle gehen die letzten Baufertigmeldungen ein.

Durchsagen üben

„Weitere Helfer sind notwendig. Schicken Sie diese über Norheim, Rüdesheim zu unserer Einsatzstelle.“ Zwanzig vorbereitete Meldungen dieser oder ähnlicher Art, haben die einzelnen TEL jetzt durchzugeben. Mit diesen Durchsagen soll das Absetzen und Aufnehmen von Nachrichten geübt werden. Voll gefordert sind nun auch die Vermittlungsstellen. Hier laufen die Gespräche auf und werden weitergeleitet. Jetzt zeigt es sich, ob die Übungsziele erreicht werden können.

Für alle Funktrupps galt es am folgenden Sonntagmorgen noch, die Funkverbindungen nach einem „Katastrophenalarm“ im Landkreis Kreuznach sicherzustellen. Die Fernmeldezüge hatten zwei Richtfunkstrecken im 2-m-Band von den Schadensgebieten zur Fernmeldezentrale HVB zu erstellen. Auch hier erfolgte der Einsatz nach der Schaltskizze.

Unterstützung durch THW-Einheiten

Neben den Fernmeldezügen konnten auch Gruppen des THW-Instandsetzungs- und Bergungsdienstes sowie der Verpflegungstrupp des THW-OV Bad Kreuznach zeigen, wie sie sich die Unterstützung einer solch großen Einsatzübung vorstellen.

Die I-Zug-Gruppe hatte für die Wasserversorgung und Beleuchtung auf dem Parkplatz Karlshalle zu sorgen sowie die Zelte auf- und abzubauen. Unterstützt wurden sie von der Bergungs-Gruppe, die auch im Verlauf der Übung einen Fernmeldetrupp mit dem Schlauchboot über die Nahe setzte.

Zufrieden trotz kleiner Mängel

Zufrieden zeigte sich Übungsleiter Cremer nach Abschluß der Veranstaltung. Die Aufgaben im Fernmeldebau wurden voll erfüllt. Eine Stunde Zeitverzug gab es durch einen

defekten Ringübertrager und einer mangelnden Absprache zwischen zwei Bauprupps bei den Anschlüssen der Simultan-schaltung.

Aufgrund dieses Zeitverlustes wurden nur 70 Prozent der vorbereiteten Nachrichten abgesetzt. Der größte Teil der Meldungen wurde richtig durchgegeben. Bei jeweils zwei Nachrichten wurde etwas hinzuge-dichtet bzw. weggelassen.

Auch die Funker erfüllten am Samstag die gestellte Aufgabe: „Ausleuchten eines Kanals“.

Die Funkübung am Sonntagmorgen stand unter Zeitdruck. Sie wurde wegen des Dauerregens stark beeinträchtigt. Drei Relaisstellen waren im Aufbau begriffen, die Arbeit mußte aber abgebrochen werden, so daß das Übungsziel nur zu 50 Prozent erreicht wurde.

Bei der 4. Relaisstelle hatten sich kurz vor der Zielkoordinate zwei Einsatzfahrzeuge auf einem Feldweg festgefahren. Sie konnten nur noch mit Hilfe des Gerätekraftwagens des Bergungsdienstes herausgezogen werden.

Wie üblich bei Veranstaltungen dieser Art zeigte auch diese gut durchorganisierte Fernmeldeübung Stärken und Schwächen auf. Die Helfer waren mit Begeisterung dabei. Sie freuen sich auf die schon angekündigte Übung im nächsten Jahr, bei der dann auch der Wettkampf mehr im Vordergrund stehen soll.

Ein großer Schritt auf dem Weg zum Bürger

„Eine rundum gute Idee“

Neue Rundzelte für die Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellungen des BVS

Im neuen Kleid mit neuer Konzeption – so präsentieren sich seit anderthalb Jahren die insgesamt vier „Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellungen“ des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), kurz FZA genannt. Das neue „Kleid“ besteht aus größerer Attraktivität im Design, und die neue Konzeption beinhaltet vier themenbezogene Ausstellungselemente, die bürgernah gestaltet sind. Vornehmlich in Foyers von Rathäusern, Banken oder Sparkassen wurden die Ausstellungen unter dem Motto „Zivilschutz – für den Bürger, mit dem Bürger“ aufgebaut und von BVS-Mitarbeitern betreut.

Wenig Zeit

Im Laufe der anderthalbjährigen Erfahrung stellte sich bei den gewählten Standorten der FZA ein Problem heraus, das sich als hinderlich erwies in der Kommunikation zwischen BVS und Bürger: „Wenn der Bürger ins Rathaus kommt, um eine wichtige Angelegenheit zu erledigen, hat er es meist zu eilig, um

auf dem Weg zum Amt sich im Foyer noch eine Ausstellung in Ruhe anzusehen“ – so Peter Eykmann, BVS-Landesstellenleiter in Nordrhein-Westfalen.

Diese und ähnliche Erfahrungen machten BVS-Mitarbeiter überall. Und gerade weil die Aufgabe der Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellungen darin besteht, den Bürger anzusprechen und für den Gedanken des Zivil- und besonders des Selbstschutzes zu interessieren und zu motivieren, mußten neue Ideen her, um den Weg zum Bürger besser zu gestalten.

Drei Hypothesen

Um die Idee zu entwickeln, stellten die Verantwortlichen in der BVS-Bundeshauptstelle drei Hypothesen auf:

1. Der Aufbau der Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung an den bisher vorzugsweise ausgewählten Standorten (Rathäuser, Banken, Sparkassen usw.) ist problematisch, da die Kunden dieser

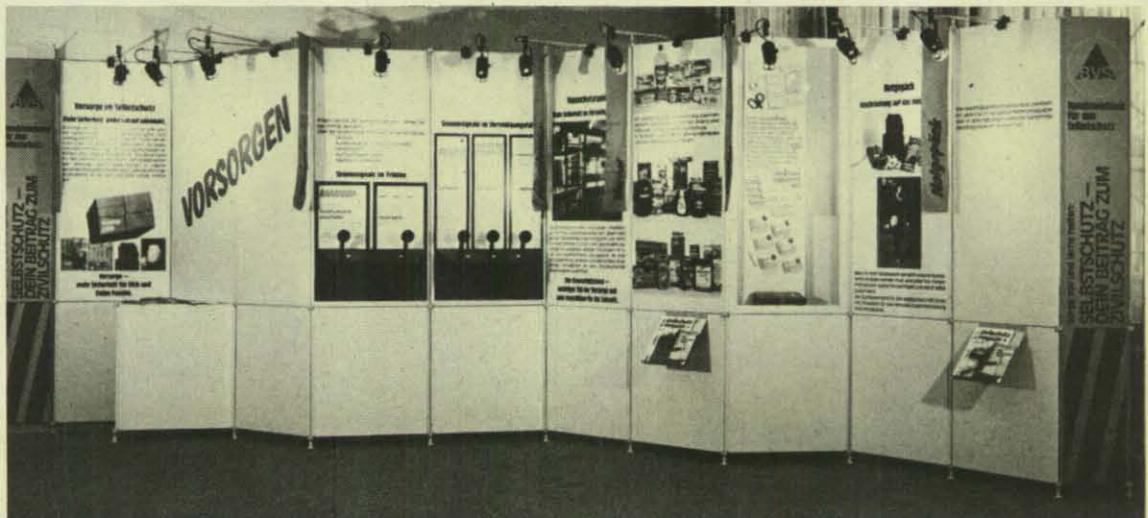
Einrichtungen ein konkretes Anliegen verfolgen und dadurch in Eile sind.

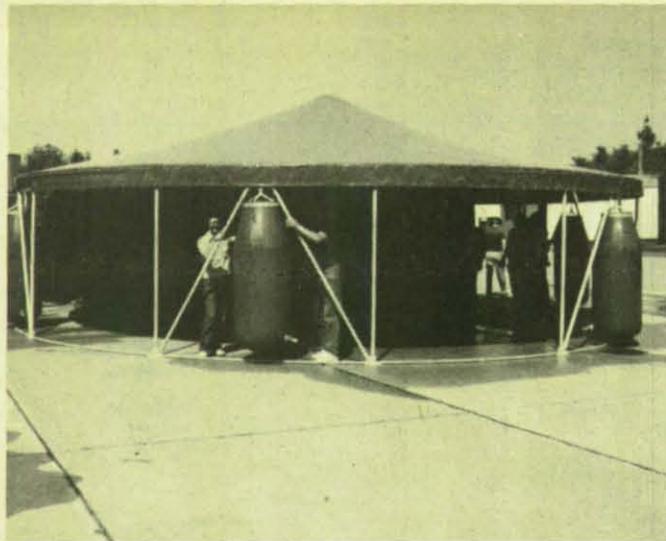
2. Für den sinnvollen und effektiven Einsatz der FZA ist es wichtig, daß die Ausstellungen an solchen Orten gezeigt werden, wo der Bürger Zeit und Muße hat, wo er „bummelt“ und sich gerne einladen läßt. Fußgängerzonen sind geradezu prädestiniert für den Aufbau einer Ausstellung.
3. Natürlich muß die Ausstellung so attraktiv gestaltet sein, daß der „bummelnde Bürger“ aufmerksam und neugierig wird.

Erfahrungswerte für ein Konzept

Aufmerksamkeit erregt hat der Bundesverband für den Selbstschutz bereits mit den seit einigen Monaten im Einsatz befindlichen, neu konzipierten Informationsständen. Mit ihren orangefarbenen Plänen mit blauem Aufdruck, den Filmspots, die musikalisch untermalt sind, und mit dem ansprechenden Informationsmaterial bil-

Für die Fahrbare Zivilschutz-Ausstellung – hier ein Blick auf die Telefonbar mit akustischer Erläuterung der Sirensignale – wurden neue Rundzelte entwickelt.





Des Rätsels trickreiche Lösung: Wassersäcke halten das Zelt standsicher auch bei starken Windböen.



Blick auf sämtliche Rundzelte für vier Fahrbare Zivilschutz-Ausstellungen.

den sie optische und akustische Anreize für den Bürger.

Könnte man also nicht nach den Erfahrungswerten, die mit dem bisherigen Einsatz der Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellungen gesammelt, und die mit denen aus dem Einsatz der neuen BVS-Informationsstände ergänzt wurden, ein Konzept entwickeln, mit dem man den Ansprüchen gerecht wird?

Ein Rundzelt mit Vorteilen

Bei diesen Überlegungen stand auf einmal das Rundzelt zur Diskussion: Mit großer Fläche, auffällig in Form und Farbe, würde es sich bestens eignen, die Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellungen direkt zum Bürger zu bringen. Ein solches Zelt läßt sich überall dort aufbauen, wo der Bürger erreichbar ist, nämlich in Fußgängerzonen, auf Märkten, öffentlichen Plätzen ...

Die Frage nach der Akzeptanz solcher Zelte und danach, wie der Bürger die Informationen aufnimmt, war als nächster Punkt bei der Ausfeilung der Idee zu behandeln. Die Planer in der BVS-Bundeshauptstelle wollten die Akzeptanz vor Ort erproben und ließen zwei große Rundzelte aufbauen, die vor vielen Jahren im Rahmen der BVS-Öffentlichkeitsarbeit in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen eingesetzt worden waren.

„Hervorragende Ergebnisse“ nach Probeinsatz

Schon bei den Probeeinsätzen der beiden Rundzelte wurde der Eindruck gewonnen, daß die Zeltidee die Lösung ist: „Die Ausstellung wurde gut zugehör im Innenraum des Zeltes aufgebaut; viele Bürger kamen zu uns, weil sie sehen

wollten, was sich in diesem großen Zelt tut.“ – Albert Wohldika, Leiter der FZA in Nordrhein-Westfalen, faßte seine Eindrücke von dem Probeinsatz im westfälischen Marl zusammen. „Viel Zeit brachten die Bürger mit, das Interesse an Informationen war sehr groß – was nicht zuletzt an der gut konzipierten Ausstellung liegt.“

Für den Probeinsatz in Marl hatte man sich als Standort für das Zelt einen Freiplatz in der Nähe eines Einkaufszentrums ausgewählt. Zufrieden zeigte sich auch BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann von dieser Aktion: „Das Zelt bietet sich an für solche Zwecke, die Ausstellung wurde ausgesprochen gut angenommen.“

Ähnliche Erfolgsmeldungen kamen aus Niedersachsen. In Celle war ebenfalls ein Rundzelt aufgebaut und erprobt worden. „Hervorragende Ergebnisse mit vielen Besuchern“ – so berichtete BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl von der Aktion. „Durch den geschlossenen, kompakten Aufbau lockte das Zelt zum Besuch der Ausstellung an, und wir konnten ein wesentlich stärkeres Besucherinteresse feststellen, als dies bei Ausstellungen in bisher geschlossenen Räumen war.“

„Eine rundum gute Idee“

Die Ergebnisse der Erfahrungen aus den Probeeinsätzen wurden gesammelt und bewertet, und die praktische Umsetzung der Idee kristallisierte sich immer mehr heraus: die Rundzelte als „wandernde“ Präsentationsorte für die Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellungen.

In Auftrag gegeben wurden insgesamt vier Rundzelte mit einem Durchmesser von je zehn Metern, einer Stellfläche von je rund 80 Quadratmetern und einer Höhe der orangefarbenen, mit BVS-Emblemen

und Aufschriften versehenen Außenwände von 2,25 Metern.

„Eine rundum gute Idee“ – die Rundzelte fanden bei der Übergabe an die BVS-Landesstellen viel Anklang. Besondere Aufmerksamkeit galt einer ausgeklügelten Lösung eines technischen Problems, das sich beim Aufbau der Rundzelte auf Straßen, betonierten oder gepflasterten Plätzen ergeben würde: Wie nämlich sollte man auf steinigem Untergrund die großen Zelte verankern?

Des Rätsels trickreiche Lösung: Sechs große, jeweils 500 Liter fassende Wassersäcke werden in gleichmäßigen Abständen am Oberring des Rundzeltes aufgehängt und in ihrer Lage fixiert. Durch ihr Eigengewicht halten die Wassersäcke das Zelt auch bei noch so starken Windböen sicher am Boden.

Bei der Einweisung in den Aufbau der neuen Zelte auf dem Gelände der BVS-Bundesschule in Ahrweiler stellte sich heraus, daß nur wenige Stunden gebraucht werden, um die Rundzelte mit den aus schwer entflammarem und reißfestem Polyestergerewe gefertigten Planen an Ort und Stelle zu bringen und aufzubauen. Ebenfalls wurde während der Einweisung über den optimalen Aufbau der Ausstellungselemente im Zeltinnern diskutiert.

Schritt auf dem „Weg zum Bürger“

Auf dem „Weg zum Bürger“ ist der Bundesverband für den Selbstschutz mit der Konzeption der Rundzelte für die Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellungen ein großes Stück vorwärts gekommen. Nun, der interessierte Bürger braucht seinerzeit nun nur noch einen Schritt hineinzugehen, in das Rundzelt der BVS-Ausstellung – „für den Bürger, mit dem Bürger“.

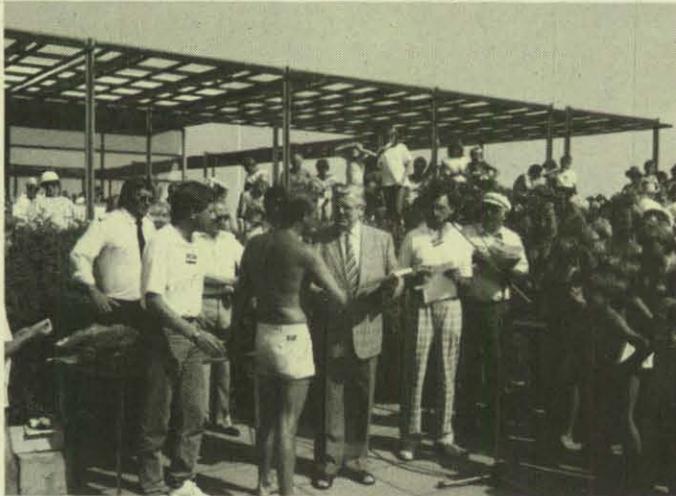
boe

Zwischen Nord- und Ostsee

Lübeck. Über 400 Teilnehmer, viele Zuschauer und einen dicken Katalog gezielter Fragen bilanzierten die Organisatoren der BVS-Dienststelle Lübeck nach Abschluß der im August durchgeführten Sicherheitswettbewerbe in Burgtiefe (Fehmarn), Neustadt/Holstein und Timmendorfer Strand. Ein bemerkenswertes Resultat dieser mehrstufigen Wettbewerbsprogramme, die in Zusammenarbeit mit dem DRK, der Freiwilligen Feuerwehr, der DLRG, des THW, der Polizei, dem MHD und der BGS-See ausgerichtet wurden. Ein Resultat, das auch das Interesse der Bevölkerung an derartigen Großveranstaltungen deutlich macht.

Was in Neustadt erstmals durchgeführt wurde, und als besondere Attraktionen die Besichtigung der Boote des BGS sowie die Einsätze des Rettungshubschraubers CHRISTOPH 12 beinhaltete, ist in Burgtiefe schon Tradition. Bereits seit fünf Jahren wird hier diese Veranstaltung inszeniert, die auch in diesem Jahr wieder Besucherrekorde erzielte. Dies nicht zuletzt wohl auch durch ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm für jedermann.

Viele Feringäste beobachten die Preisverleihung durch Bürgermeister Felke in Burgtiefe.



Alle Wettbewerbe schlossen mit einer Preisverleihung ab. Die Teilnehmer erhielten eine Urkunde, die Sieger einen von der Gemeinde gestifteten Wochenendaufenthalt für zwei Personen, jeweils am Austragungsort.

Berichte aus Hamburg

Hamburg-Süd. Unter dem Motto „Du und Deine Welt“ fand in Hamburg Deutschlands größte Familienausstellung statt. Erstmals wurden über 400 000 Besucher gezählt.

Am BVS-Stand in der Halle der Parteien, Verbände und Hilfsorganisationen informierten die Mitarbeiter der Dienststelle Hamburg-Süd über den Zivil- und Selbstschutz. Im Modell dargestellte Katastrophensituationen waren interessante An-

ziehungspunkte des Standes und der Hintergrund für viele Gespräche und Beratungen.

Quer durch Niedersachsen

Hannover. Nach zehnjähriger ehrenamtlicher Mitarbeit ist mit Vollendung seines 70. Lebensjahres Albrecht Wilhelmi aus dem BVS ausgeschieden.

Wilhelmi wurde nach seiner Pensionierung als Oberstleutnant der Bundeswehr 1976 Helfer bei der BVS-Dienststelle Hannover. Er absolvierte die Ausbildung zum Fachlehrer und Redner und wurde anschließend einer der aktivsten Helfer der Dienststelle.

Dienststellenleiter Norbert Koy überreichte Wilhelmi in einer kleinen Feierstunde die BVS-Ehrennadel. Koy würdigte das besondere Engagement Wilhelmis für die Belange des Selbstschutzes. Er dankte ihm für seine ständige Einsatzbereitschaft, seine Kollegialität und Kameradschaft sowie für die jahrelangen guten Leistungen bei der von ihm durchgeführten Selbstschutzausbildung in der Medizinischen Hochschule Hannover.

Hagen. 25jähriges Dienstjubiläum feierte der Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Hagen, Karl-Ernst Backes. Aus diesem Anlaß überreichte ihm Landesstellenleiter Peter Eykmann eine Urkunde und würdigte das Engagement von Backes.



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann nimmt Karl-Helz Backes die Dankurkunde entgegen. (Foto: Stelten)

Der Jubilar ging mit 21 Jahren zur Bundeswehr und kam Anfang 1972 zum BVS. Nach einer Einarbeitungszeit in der Dienststelle Arnsberg übernahm er in der Dienststelle Iserlohn die Funktion des Fachbearbeiters. Nachdem die Dienststelle aufgelöst wurde, wechselte Backes 1976 zur Dienststelle Hagen, wo er die gleiche Aufgabe übernahm.

Detmold. Anlässlich einer Festwoche der Detmolder Realschulen zum 25jährigen Bestehen stellten sich die BVS-Dienststelle Paderborn, THW, DRK, Feuerwehr und Polizei gemeinsam mit einem Sicherheitswettbewerb vor. Weit mehr als hundert Bürger, darunter auch der Schirmherr der Veranstaltung, Bürgermeister Friedrich Vogt, beteiligten sich an dem Wettbewerb und stellten ihr Können unter Beweis.

Am Ende der „Schlacht unter glühender Sonne“, so der Bürgermeister, standen schließlich Gunnar Bahms, Albert Kulik und Björn Klaas als Sieger des Wettbewerbs fest. Für sie gab es Feuerlöscher als Ehrenpreise – vom Stv. Bürgermeister Weyert überreicht.

Köln. Steigendes Interesse an den Ausbildungsveranstaltungen des BVS registrierte die Dienststelle Köln als Fazit einer dreitägigen Veranstaltung im Kölner Norden. Dort hatte die Einzelhandelsgemeinschaft CC-Chorweiler die Bevölkerung zu einer Selbstdarstellung eingeladen.

Die BVS-Dienststelle war mit ihrem neuen Informationsstand vertreten und

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Oberhausen. Nach mehr als 21 Jahren mußte die BVS-Dienststelle Oberhausen jetzt von ihrem bisherigen Übungsgelände in Duisburg Abschied nehmen. Das Terrain an der Sedanstraße im Stadtteil Hochfeld ist Sanierungsarbeiten zum Opfer gefallen.

Nach dem überraschenden „Aus“ ist man jetzt um ein neues Gelände bemüht. Der Leiter des Zivilschutzamtes der Stadt Duisburg, Dr. Gerhard Kaldenhoff, und Bernd Sawade, zuständiger Sachgebietsleiter, richten bereits ihr Augenmerk auf ein Gelände an der Sternstraße in Duisburg. Dort, so ist man sicher, könnte der BVS als Nachbar zum THW und zum Amt 38 seine erfolgreiche Arbeit weiterführen.

stellte sich auf dem Freigelände der Öffentlichkeit vor. Ziel war es dabei, dem Bürger die Notwendigkeit des Selbstschutzes nahezubringen und ihn anzuregen, über Vorsorge nachzudenken. Ein weiterer Schwerpunkt war die Werbung von Selbstschutzberatern.

Ennigerloh. Zum Auftakt der „Selbstschutztage“ in Ennigerloh hat der Bürgermeister dieser münsterländischen Gemeinde, Walter Tillmann, an das Grundbedürfnis der Menschen nach Sicherheit erinnert. „Sicherheit“, sagte er, „ist die Fähigkeit, Bedrohungen gewachsen zu sein.“ In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste bezeichnete es der Bürgermeister als schizophren, wenn die Bürger sich auf der einen Seite gegen möglichst alles versichern möchten, andererseits aber bereit seien, ihren eigenen Beitrag zu leisten. „Eine letzte Sicherheit kann es nicht geben“, betonte er. Es sei verkehrt, immer nur Hilfe von anderen, möglichst vom Staat, zu erwarten, ebensowenig nütze es, lediglich in fatalistischer Haltung abzuwarten.

Bürgermeister Tillmann brachte seine Empfehlung auf die einfache Formel: „Man kann sich durch eigenes Verhalten schützen.“ Er würdigte in diesem Zusammenhang die Arbeit des BVS und der Hilfsorganisationen. Veranstaltungen wie die Selbstschutztage verortete der Bürgermeister als Beispiel für den Konsens der Hilfsorganisationen.

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann setzte sich insbesondere mit der nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl entstandenen Situation auseinander. Dieser Fall zeige erneut, daß Betroffenheit in aller Regel erst aufkomme, wenn man betroffen sei.

Die Selbstschutztage der Stadt Ennigerloh – in Zusammenarbeit mit dem BVS



Beigeordneter Ulrich Lücke probt den Ernstfall.

Viele Gäste zum Auftakt der Sicherheitstage in Ennigerloh.



veranstaltet – boten eine Fülle von Informationen und Veranstaltungen. Ein guter Auftakt war dabei ein Sicherheitswettbewerb auf dem Marktplatz vor dem Rathaus, an dem sich auch das DRK, die JUH, die DLRG, die Freiwillige Feuerwehr und das THW beteiligten. Vorführungen und Informationen fanden bei den zahlreichen Besuchern großes Interesse.

Zu den Selbstschutztagen, in deren Verlauf auch Lehrgänge und Vorträge gegeben wurden, gehörten Ausstellungen im Rathausfoyer und an drei anderen Orten.

Sämtliche Veranstaltungen entsprachen dem Ziel, wie Eykmann es zum Auftakt formulierte, den Bürger zum Nachdenken anzuregen, ihm bewußtzumachen, daß es besser ist, nicht erst zu warten, bis der Schaden eingetreten ist.

Olpe. Mit einem „Tag der offenen Tür“ feierte die DRK-Bereitschaft Siegen-Ost ihr 50jähriges Bestehen. Der BVS beteiligte sich mit einem Info-Stand. Filmvorführungen und praktische Übungen aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang waren der Anziehungspunkt für viele Besucher.

Prominentester Gast am Stand war der Präsident der DRK, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein.

DRK-Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein (2. v. l.) am Stand des BVS. (Foto: Spilker)



Recklinghausen. Ein zwischen Massholm und der dänischen Ostseeküste verkehrender Fischkutter war der sicherlich ungewöhnlichste Ort für eine Jubilarehrung. Der Leiter der BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen, Peter Eykmann, nutzte einen Betriebsausflug der Landesstelle, um Mitarbeiter Willi E. Hoffmann für 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu gratulieren. Mit dem Glückwunsch verband Eykmann Dank und Anerkennung für das Engagement des Jubilars.

Hoffmann begann seine Tätigkeit beim BVS 1963 als Sachbearbeiter für Ausbil-



Willi Hoffmann (rechts) nimmt die Glückwünsche von Landesstellenleiter Peter Eykmann entgegen.

dung bei der damaligen BLSV-Ortsstelle Wattenscheid. Fünf Jahre später kam er zur Landesstelle in Recklinghausen, wo er heute als Fachbearbeiter in der Öffentlichkeitsarbeit tätig ist.

Hessenspiegel

Fulda. Die BVS-Dienststelle Fulda führt 1986 in allen vier Landkreisen Informationstagungen für Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Gesamtschulen durch. Für das Jahr 1987 sind im Dienststellenbereich vier weitere solcher Informationstagungen für Lehrkräfte an Schulen geplant.

Friedberg. „Bürger zum aktiven Selbstschutz bewegen“, unter diesen Leitsatz stellte die BVS-Dienststelle Friedberg die Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger — für den Bürger“.

Zur Eröffnungsveranstaltung im Foyer der Stadthalle Friedberg konnte Dienststellenleiter Wagner zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und den Katastrophenschutz-Organisationen begrüßen.

Bürgermeister Dr. Fuhr ging in seiner Ansprache insbesondere auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ein. Er meinte, es müßte auch die Aufgabe des BVS sein, die Bevölkerung über solche Katastrophen aufzuklären. Im Gesetz sollte die Aufgabe erweitert werden.

Arolsen. Über zwei Jahrzehnte stand Arolsens 1. Stadtrat Fritz Klapp dem BVS als ehrenamtlicher Mitarbeiter mit Rat und Tat zur Verfügung.

Von 1964 bis zur Auflösung der BVS-Dienststelle Waldeck im Jahre 1980 war Klapp ehrenamtlicher Dienststellenleiter. Anschließend übernahm er die Aufgaben eines Selbstschutzberaters.

In einer kleinen Feierstunde im Rathaus Arolsen überreichte Dienststellenleiter Heinz Weiss dem langjährigen Mitarbeiter die Dankurkunde des BVS.

Klapp gab anschließend einen Rückblick über seine Tätigkeit beim Verband, in dem er u. a. auch auf die schwierige Arbeit hinwies, den Bürger zum Selbstschutz zu motivieren.

Bad Wildungen. Vom 2. bis 15. Juli 1986 wurde die Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger — für den Bürger“ in Bad Wildungen gezeigt.

Der Musische Pavillon im Kurpark stand in dieser Zeit im Blickpunkt. Viele Kurgäste und Wildunger Bürger informierten sich hier über den Zivil-, Katastrophenschutz und Selbstschutz.

Eröffnet wurde die Ausstellung durch den Schirmherrn, Bürgermeister Dr. Albrecht Lückhoff. Er führte in seiner Begrüßungsansprache u. a. aus, der Selbstschutzgedanke müsse sich im Bewußtsein der Bürger festigen. Leider seien Vorsorge-maßnahmen für manchen Bürger keine Herausforderung, sondern nur eine Angelegenheit des Staates. Gerade im Spannungsfeld verschiedener Meinungen und Auffassungen sei es notwendig, deutlich zu machen, daß Selbstschutz in vielen Situationen sehr wirkungsvoll sein kann.

Dietzenbach. Die BVS-Dienststelle Frankfurt zeigte im Juli die Ausstellung „Schutz und Wehr“ im Foyer des Dietzenbacher Rathauses. Zur Belebung der Bilderschau stellte Stadtbrandinspektor Lang das älteste fahrbare Löschgerät der Gemeinde, eine kleine zweirädrige Karrenspritze aus dem Jahr 1880, zur Verfügung.

Zur Eröffnung konnten BVS-Dienststellenleiter Krieger Bürgermeister Dr. F. Keller, Stadtbrandinspektor Lang, Vertreter der Gemeindeverwaltung und eine Reihe Dietzenbacher Bürger begrüßen. In einer kurzen Ansprache wies Krieger auf die vielfältigen Aktivitäten des BVS hin.

In seinem Grußwort führte Bürgermeister Dr. Keller aus, die Stadt Dietzenbach nehme den Selbstschutz sehr ernst. Er erinnerte an die Aktivitäten der Feuerwehr in Dietzenbach und an die Selbstschutzberater, die bereits zu Lehrgängen angemeldet seien. Der Bürgermeister kündigte weitere Initiativen in dieser Richtung an.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Mainz. Am 31. Mai 1986 wurde der Fachgebietsleiter der Landesstelle Rheinland-Pfalz, Ferdinand Euler, in den Ruhestand verabschiedet. Mit ihm schied der dienstälteste Mitarbeiter der Landesstelle aus.



Der dienstälteste Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz wird verabschiedet. Landesstellenleiter Awizus (rechts) überreicht Ferdinand Euler die Dankurkunde.

Seit 1956 war Euler ehrenamtlich als Gemeindestellenleiter und stv. Kreisausbildungsleiter bei der damaligen BLSV-Kreisstelle Mayen tätig, bis er 1964 hauptamtlich die Funktion des Kreisstellenleiters übernahm.

Aufgrund seiner kommunalpolitischen Tätigkeit in Mayen hatte er viele Kontakte, die es ihm ermöglichten, auch nach der Kommunalreform bei geänderten Zuständigkeiten effektiv zu arbeiten.

Im Oktober 1973 übernahm Euler das Fachgebiet „Ausbildung“ bei der Landesstelle Rheinland-Pfalz. Ab 1980 gehörte auch das Fachgebiet „Öffentlichkeitsarbeit“ zu seinem Tätigkeitsbereich.

Aufgrund seiner langjährigen Mitarbeit in unterschiedlichen Dienstposten hat Euler fast die gesamte Entwicklung des BLSV/BVS miterlebt. So konnte er oftmals bei neuen Ideen sagen: „Das haben wir schon gemacht, das hat sich bewährt — oder nicht bewährt.“

Seine Erfahrungen und die intensiven Kontakte zu Behörden machten Euler zum fachkundigen und gefragten Gesprächspartner in Sachen Selbstschutz.

Koblenz. 14 Tage lang weilte eine Jugendgruppe des Roten Kreuzes aus Kenia auf Einladung des Koblenzer Jugend-Rot-Kreuzes in der Stadt. Im Rahmen eines ausgewählten Programmes übernahm einen Tag lang die BVS-Dienststelle die Betreuung der Gäste.

Nach einer Information über die Aufgaben des BVS ging es auf das Übungsgelände der Feuerwehr. Dort wurden praktische Teile aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang vorgeführt.

Bei den Demonstrationen machten die Jugendlichen begeistert mit. Beim Ablöschen brennender Kleidung gab es dann allerdings auch ängstliche Gesichter. Nur durch eine Decke vor den fast „hautnahen“ Flammen geschützt, das bedurfte schon einer Überwindung. Um so mehr war die Erleichterung nach erfolgreichem Ablöschen zu sehen.

Der Einsatz der Einstellspritze am brennenden Holzstoß setzte alle in Erstaunen. Diese Leistung hatte keiner der kleinen Pumpe zugetraut.

Die Dankesworte und der Applaus zum Schluß der gelungenen Veranstaltung überzeugten Fachbearbeiterin Amalie Schmidt und Dienststellenleiter Neuland vom Wert der angebotenen Informationen.

Saarland-Rundschau

Saarbrücken. Nach dem Umzug in das Empfangsgebäude des Saarbrücker

Hauptbahnhofs stellte sich die BVS-Dienststelle Saarbrücken am 29. August 1986 der Öffentlichkeit in ihren neuen Räumen vor.

Zusätzlich wurde vor dem Eingang ein Informationsstand mit Geräteschau eingerichtet. Zahlreiche Besucher zeigten großes Interesse am ausgestellten Selbstschutzgerät sowie Informations- und Ausbildungsangebot des Verbandes.

Am Nachmittag fand in den neuen Räumen ein Empfang statt, zu dem Dienststellenleiter Franz Kuhn Vertreter von Kommunen, Polizei, Behörden und Betrieben sowie der Hilfsorganisationen begrüßen konnte.

Nach einem kurzen Überblick über die Arbeit des Verbandes stellte Kuhn neue Aktivitäten der Dienststelle vor. Anschließend hatten die Gäste Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und Anregungen zu geben.

Bexbach. Plötzlich sieht man ihn, den hilferufenden Surfer im Badesee, der die Kontrolle über sein Brett verlor, und den nun im kalten Wasser die Kräfte zu verlassen drohen. Glücklicherweise ist ein Rettungsring zur Hand, den es nun schnellstens dem Ertrinkenden zuzuworfen gilt. Aber wie gibt man einem Rettungsring die richtige Richtung, so daß er tatsächlich auch beim Adressat ankommt?

Vor diesem Problem sahen sich die Teilnehmer eines Sicherheitswettbewerbs gestellt, der vom BVS in Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen durchgeführt wurde. An insgesamt zehn Stationen im Bexbacher Blumengarten konnte jeder Interessierte seine Kenntnisse in der Selbst- und Nächstenhilfe überprüfen; ein Angebot, das am Ende von über 50 Teilnehmern angenommen wurde.

Natürlich gab es keinen hilferufenden Surfer, und als Badesee diente ein Wasserbecken. Aber auch der im Wasser liegenden Puppe den Rettungsring zuzuworfen, war gar nicht so einfach. Unter den kritischen Augen von DLRG-Mitarbei-

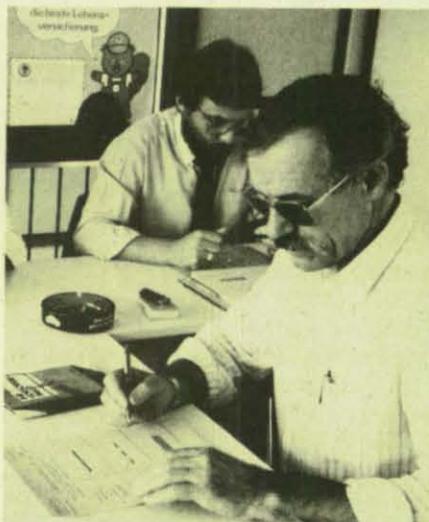
tern hatten die Teilnehmer vier Minuten Zeit, den rettenden Ring an Ort und Stelle zu plazieren.

An weiteren Stationen galt es, an einer „verletzten“ Person das Wissen und Können in Erster Hilfe zu zeigen. Der MHD überwachte die Herstellung der richtigen Seitenlage, beim ASB hieß es, einen „Verletzten“ zu beatmen, und das DRK begutachtete die sachgerechte Wundversorgung und Blutstillung. Das THW überwachte die Bergung eines „Verletzten“ aus einem Unfallfahrzeug.

Doch ging es für die Teilnehmer nicht nur um die praktische Arbeit, es mußten auch viele theoretische Fragen beantwortet werden. So stellte der BVS die Bedeutung der Sirensignale in den Mittelpunkt einer Station, während die Freiwillige Feuerwehr das Verhalten bei einem Brand im häuslichen Bereich bewertete.

Und beim ADAC hieß es am Ende des gut einstündigen Sicherheits-Parcours, auf Fragen der Verkehrssicherheit richtige Antworten zu finden.

Gleichzeitig mit dem Wettbewerb fand auch eine Geräteschau statt, in der die Feuerwehren aus Homburg, Limbach und Bexbach, das Technische Hilfswerk aus Homburg und der Bexbacher Fernmeldezug modernste Fahrzeuge mit der kompletten Ausrüstung vorstellten.



Oben: Die Bedeutung der Sirensignale stehen im Mittelpunkt einer Station des BVS.

Links: Ein ASB-Helfer demonstriert die richtige Atemspende. (Fotos: Baus)



Nach insgesamt rund sieben Stunden stand dann der Sieger des Wettbewerbs fest. Mit 104,5 von maximal 110 Punkten erreichte Alfons Götten aus Großrosseln den ersten Platz. Er erhielt aus der Hand des Schirmherrn, Landrat Clemens Lindemann, den Gewinnerpokal.

Bayern heute

München. Am 18. und 19. Juli 1986 fand das Fußballturnier des Münchener Katastrophenschutzes um den von der Landeshauptstadt München gestifteten Fußballpokal statt. Die Schirmherrschaft hatte die Stadt München übernommen.

Auch die BVS-Landesstelle Bayern war hierzu eingeladen worden.

Der Wanderpokal wurde von der Mannschaft des Kreisverwaltungsreferates gewonnen. Die BVS-Mannschaft belegte den 5. Platz.

Die Siegerehrung nahmen der Leiter des Kreisverwaltungsreferates, Dr. Gauweiler, und der Beauftragte für Zivilschutzfragen, Stadtrat Rudolf Hierl, vor.

Besonders hervorgehoben wurde dabei der von BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker gestiftete Fairneßpokal, den die Mannschaft des Malteser-Hilfsdienstes gewann.

Dr. Gauweiler stellte die bei Einsätzen bewährte Zusammengehörigkeit aller Katastrophenschutz-Organisationen heraus und wertete es als ein gutes Zeichen, daß Rivalität und Wettstreit auf dem Sportfeld ausgetragen werden.

Die BVS-Dienststelle München hatte ihre zwei fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstellen eingesetzt und informierte am Freitag und Samstag das interessierte Publikum über den Zivil- und Selbstschutz.

Nachruf

Die BVS-Dienststelle Weiden trauert um Oberamtsrat

Erich Breun

der am 3. August 1986 im 57. Lebensjahr verstarb.

Breun war von 1965 bis 1986 beim BVS tätig. Zuerst als Ortsstellenleiter der Stadt Waldsassen und anschließend als stv. Kreisbeauftragter.

Seit 1984 bis zu seinem Ableben erfüllte er als BVS-Beauftragter für den Landkreis Tirschenreuth vorbildlich seine ihm gestellten Aufgaben. Der Verstorbene war äußerst geschätzt und beliebt.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.



Schleswig-Holstein



13 THW-Ortsverbände erhielten neue Fahrzeuge und Geräte

Kiel. Samstag, der 28. Juni 1986, war für den THW-Landesverband Schleswig-Holstein und ganz besonders für einige seiner 36 Ortsverbände ein großer Tag.

17 Mannschaftskraftwagen und zwei Bergungsräumgeräte im Gesamtwert von rund fünf Millionen Mark wurden am Vormittag dieses Tages vom stv. Landesbeauftragten, Dipl.-Ing. Blumentritt, an die Ortsbeauftragten und Krafffahrer aus 13 Ortsverbänden übergeben.

Die Übergabe der Einsatzfahrzeuge und Räumgeräte fand in Anwesenheit des THW-Direktors Meier und weiterer Gäste sowie der Presse in feierlicher Form auf dem Gelände des Katastrophenschutz-Zentrums Kiel statt.

In einer kurzen Ansprache wies Meier besonders darauf hin, daß diese Zuweisung von Fahrzeugen und Großgeräten

im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes des Bundes für den erweiterten Katastrophenschutz die größte sei, die der Landesverband Schleswig-Holstein bisher erhalten habe.

Bundesweit seien an die Einheiten des THW in Realisierung dieses Programmes 849 Mannschaftskraftwagen, 287 Gerätekraftwagen, 247 Schlauchboote sowie 269 I-Truppkraftwagen ausgeliefert worden.

Spätestens bis zum Herbst 1987 werde der Landesverband noch weitere acht MKW erhalten.

Stv. Landesbeauftragter Blumentritt stellte in seiner Begrüßung mit Genugtuung fest, daß diese erfreulich umfangreiche Zuweisung an Fahrzeugen und Geräten durch den Bund eine beachtliche Erhöhung der Einsatzfähigkeit und Einsatzstärke des Landesverbandes darstelle. Er übergab die Fahrzeugpapiere und Zündschlüssel an die jeweiligen Ortsbeauftragten bzw. Krafffahrer mit dem Wunsch einer allzeit guten Fahrt.

Anschließend fand noch eine Einweisung der Fahrer in die neuen Fahrzeuge statt.

Gegen 12.00 Uhr war es dann soweit: Ein

Fahrzeugmotor nach dem anderen wurde gestartet, und die Fahrer verließen mit ihren MKW das KatS-Zentrum in Kiel, um mit den neuen Einsatzfahrzeugen die Fahrt in die verschiedenen Standorte anzutreten. W. V.

Hamburg



THW beim „Hanse-Marathon“

Hamburg. Erstmals wurde in Hamburg mit der erstaunlichen Beteiligung von fast 10 000 Läufern und 120 000 Besuchern ein Marathonlauf durchgeführt. An der Vorbereitung und Durchführung waren neben den Sanitätsorganisationen und der Freiwilligen Feuerwehr auch das THW Hamburg mit allen Bezirksverbänden beteiligt.

Hauptaufgabe des THW war es, in enger Zusammenarbeit mit der Polizei die reibungslose Verkehrsregelung und -sicherung im Bereich der gesamten Innenstadt durchzuführen. In einer gemeinsamen Einsatzleitung wurden Einheiten und Teileinheiten an die Einsatzschwerpunkte herangeführt. Bei der Vorbereitung stellte ein verstärkter Verpflegungstrupp an einem Tag für über 800 Personen die Mahlzeiten sicher. Weiterhin leistete das THW durch den Bau von Gerüsten und Aufbau von Podien in den Messehallen vielfältige technische Hilfe.

An vier Tagen waren fast 700 Helfer im Einsatz, die im Rahmen einer wirtschaftlichen Leistung vom Veranstalter bezahlt wurden.

Neben der örtlichen Presse, würdigte der Senator für Inneres, Dr. Lange, die hervorragenden Leistungen der ehrenamtlichen Helfer.

Für 1987 ist der 26. April als Termin des „2. Hanse-Marathons“ festgelegt. A.K.

Insgesamt 17 Mannschaftskraftwagen und zwei Bergungsräumgeräte erhalten die Ortsverbände.



Stv. THW-Landesbeauftragter Blumentritt übergibt die Fahrzeugpapiere. (Fotos: Voß)



Arbeitskreis tagte in Hamburg

Hamburg. Erstmals tagte der Arbeitskreis „Haushalt und Liegenschaften“ (AK 6) in Hamburg. Tagungsort war die Dienststelle des THW-Landesbeauftragten, der auch zu Beginn der Veranstaltung die Mitglieder begrüßte. Auch THW-Direktor Meier war zur Eröffnung der Sitzung erschienen.

Unter der Leitung von Regierungsdirektor Henkel behandelte die Projektgruppe schwerpunktmäßig verschiedene Vor-



Die Mitglieder des Arbeitskreises in Hamburg.
(Foto: Krüger)

schläge zur Musterraumbedarfsplanung. Zur Information der Tagungsteilnehmer wurden auch Unterkünfte im Bereich des Landesverbandes Hamburg besichtigt.

A. K.

Staatsrat übergab Bergungsräumgerät

Hamburg. Staatsrat Dr. Peter Rabels, Behörde für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg, übergab im Auftrag des Bundesminister des Innern THW-Landes-



Oben: Staatsrat Dr. Peter Rabels übergibt das Bergungsräumgerät an THW-Landesbeauftragten Trautvetter.

Unten: Die drei neuen Gerätekraftwagen und das Bergungsräumgerät.
(Fotos: Thiel)



beauftragten Dipl.-Ing. Günter Trautvetter das erste Bergungsräumgerät und drei Gerätekraftwagen.

In seiner Ansprache wies Dr. Rabels auf die Bedeutung des Katastrophenschutzes in der Freien und Hansestadt Hamburg hin und begrüßte, daß das THW nunmehr über ein Gerät verfüge, das in seiner vielfältigen Verwendungsmöglichkeit den Katastrophenschutz symbolisiere.

Als „oberster Katastrophenschützer“ freue er sich darüber. Der Staatsrat fordert den Bezirksverband Hamburg-Nord auf, das Gerät jederzeit einsatzbereit zu halten, „da niemand weiß, wann und wo eine Katastrophe eintritt und welcher Art sie sein wird.“

Der Fahrer des Radladers, Micheal Müller, in einem Werkslehrgang in der Bedienung und Handhabung ausgebildet, gab den Vertretern von Funk und Presse eine gelungene Demonstration der Beweglichkeit und Funktionstüchtigkeit des schweren Bergungsräumgerätes.

K. T.

Niedersachsen



Großübung auf dem Bremer Flughafen

Bremen. Eine gewaltige Rauchsäule stieg gegen 23.00 Uhr über dem Bremer Flug-

hafen hoch, zugleich das Zeichen für den Beginn der Einsatzübung „Heros '86“, an der folgende Einheiten beteiligt waren:

THW-OV Bassum mit einem Bergungszug und einer Räumgruppe, THW-OV Sulingen mit einem Bergungszug, das DRK Bassum, Twistringen, Syke, Brinkum, Sulingen und Leeeste sowie der ASB-Ortsverband Bremen Nord, der die Verletztendarsteller stellte. Die Übungsleitung unterstand dem THW-OV Bassum, die Einsatzleitung lag in den Händen der Bremer Flughafenfeuerwehr.

Folgende Ausgangslage war gegeben: Kurz nach 22.00 Uhr verunglückt ein Großraum-Flugzeug auf der Start- und Landebahn 09/27 in ostwärtiger Richtung. Während des Startes platzten die rechten Reifen, hierdurch kommt das Luftfahrzeug von der Landebahn ab. Teile des rechten Fahrwerks sind in den Kraftstofftank eingeschlagen und haben diesen zerstört. Treibstoff fließt aus, entzündet sich, das Flugzeug gerät in Brand.

Zunächst versucht die Flughafenfeuerwehr, allein den Brand zu löschen und die Personen zu bergen. Erkennt aber bald, daß ihre Mittel nicht ausreichen, so daß die Katastrophenschutz-Einheiten des Landkreises Diepholz alarmiert werden.

Daß die Situation fast echt wirkte, lag sicherlich auch an den Verletztendarstellern: Zahlreiche „Verletzungen“ waren mit Schminke sehr realistisch hergerichtet. Hinzu kamen noch die simulierten Hilferufe aus dem Innern des Flugzeugwracks, die den Eindruck perfekt machten.

In Kolonnenfahrt, die Straßen waren von der Polizei abgesperrt worden, rollten die Katastrophenschutz-Einheiten auf das Flughafengelände. Sie wurden von einem Wagen der Flughafensicherung zum Unglücksort geleitet und begannen mit den Vorbereitungen der Rettungsmaßnahmen: Das THW installierte Scheinwerfer, das DRK errichtete ein Zelt, in dem die 68 „Verletzten“ untergebracht werden sollten.

Es war schwierig, mit einer Trage in das Innere des Flugzeuges zu gelangen, den „Verletzten“ behutsam daraufzulegen und aus dem Wrack zu schaffen. In sicherer Entfernung wurden die Geborgenen erst einmal in das Gras gelegt, da die Tragen für einen schnellen Abtransport aus dem immer noch explosionsgefährdeten Flugzeug benötigt wurden.

Die Versorgung durch das DRK setzte an dieser Stelle ein.

Die gesamte Übung wurde kritisch beobachtet. Schiedsrichter des THW-OV Bremen-Neustadt und Ausbilder aus Osterholz waren vor Ort, um mögliche Schwachpunkte aufzuspüren.

Eine unbegrenzte Übungszeit war nicht gegeben: Man hatte den Einsatz kurz

Täuschend echt geschminkte „Verletzte“ im Flugzeugwrack geben der Übung einen realistischen Rahmen.
(Foto: Meyer)



nach dem Start der Postmaschine vom Bremer Flughafen begonnen und mußte ihn mit ihrer Landung gegen 2.00 Uhr beenden.

Am Schluß der Übung stand eine Besprechung, die den Ablauf offen und kritisch darlegte. A. M.

425 Helfer bei Katastrophenschutzübung „Windwurf '86“

Oldenburg. Die größte Übung von THW-Einheiten im Landesverband Niedersachsen in diesem Jahr fand unter dem Namen „Windwurf '86“ unter der Leitung des früheren Nordener Zugführers Addo Esen vom 6. bis 8. Juni im Raum Oldenburg statt. Beteiligt waren sämtliche Einheiten der ostfriesischen Ortsverbände Aurich, Emden, Leer und Norden mit insgesamt 425 Helfern, die laut Lage Verstärkung für die seit Tagen im Einsatz befindlichen Oldenburger Katastrophenschutz-Einheiten bilden sollten.

Über den Ausbildungsstand informierten sich THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser, Wilhelm Heidergott als Vertreter des Landkreises Leer, sowie die Ausbildungsleiter Günter Schrader und Fritz Möbius von der Katastrophenschutzschule Niedersachsen.

Im Rahmen der Übung werden sechs Hochsitze errichtet.
(Foto: Bötzel)



Die Übungslage:

„In den letzten Tagen zog ein schweres Sturmtief über die norddeutsche Tiefebene. Stellenweise wurden Windstärken von 10 bis 12 auf der „Beaufort-Skala“ gemessen. Im Binnenland kam es zu umfangreichen Schäden. Das Hauptschadensgebiet liegt im Bereich der Stadt und des Landkreises Oldenburg. Besonders große Schäden wurden in den Staatsforsten festgestellt. Die Hauptverwaltungsbeamten haben Katastrophenalarm ausgelöst. Alle Kräfte aus dem oldenburgischen Raum sind seit Tagen im Einsatz.“

Des weiteren hat sich am 6. Juni 1986 um 21.00 Uhr auf der Bundesautobahn A 29 ein Verkehrsunfall infolge von Rauchentwicklung ereignet. In den Unfall ist u. a. ein Tanklastwagen mit Chemikalien verwickelt. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Zur Verstärkung der Oldenburger Helfer werden alle Einsatzkräfte der THW-Ortsverbände Aurich, Emden, Leer und Norden mit einer DLRG-Tauchergruppe sowie der Sanitätszug Wiesmoor und die ABC-Züge aus Aurich und Nordenham angefordert!“

Am 6. Juni ab 18.00 Uhr fahren die THW-Einheiten zum Bereitstellungsraum Oldenburg in die Henning-von-Treschow

Kaserne. Hier waren Grünflächen für die Aufstellung der Übernachtungszelte und Küchen von der Bundeswehr in Oldenburg bereitgestellt worden. Unter der Leitung von Hauptmann Steinweg wurde die ABC-Lage mit Weinsäure im Bundeswehr-Gelände vorbereitet. Der Einsatzleiter der Übung hatte zwei Schadensstellen vorgesehen. „Bümmerstede“ und den Staatsforst „Sandkrug“, die jeweils von der Technischen Einsatzleitung Emden und Aurich geleitet wurden.

Der Fernmeldezug Aurich wurde der Einsatzleitung zur Herstellung von Telefon- und Funkverbindungen unmittelbar unterstellt.

Am 7. Juni begann die Übung um 4.00 Uhr mit dem Wecken der Helfer. Der Einsatzbefehl für die Schadensstelle „Sandkrug“ lautete:

„Große Schäden sind in den Staatsforsten festgestellt worden. Im Raum Tweelbäke ist ein Großbrand ausgebrochen. Alle eigenen KatS-Kräfte sind seit Tagen im Einsatz.“

Der Auftrag umfaßte die Schadensbekämpfung im Gebiet „Sandkrug“ und die Durchführung von Erkundungen. Bekannte Schadensschwerpunkte: Schwere Brückenschäden, die einen Abbruch und Neubau einer Brücke und die Reparatur einer Massivbrücke (neue Geländer u. ä.) erforderlich machten.

Von den Bergungszügen Aurich, Emden, Leer und Norden wurden im Rahmen der Übung sechs Hochsitze und eine Fußgängerbrücke mit 13,5 Metern Spannweite erstellt. Von den Instandsetzungsdiensten wurde eine Brücke komplett renoviert.

Die Elektrogruppen verlegten ein 200 Meter langes Niederspannungsnetz auf Masten. Das Material stellte die EWE zur Verfügung.

Nun folgen folgten die Einsatzbefehle für die ABC-Züge Aurich, Leer und Nordenham, die Sanitätszüge Wiesmoor und Oldenburg sowie die Tauchergruppe Norden im Bereitstellungsraum „Bümmerstede“: „Am 6. Juni um 21.00 Uhr ist ein Transportfahrzeug auf der Autobahn A 29 verunglückt. Es handelt sich um einen 30 000 Liter Tanklastwagen, beladen mit Weinsäure.“

Die Bergung und Umladung begann am 7. Juni um 3.00 Uhr. Bei diesem Bergungsversuch war um 5.10 Uhr die Wandung des Transportbehälters gerissen und ein großer Teil der Weinsäure freigesetzt worden. Die Säurewolke zog in Richtung SSW. Mit Kontamination war zu rechnen im Raum Bümmerstede. Die Zuggeschwindigkeit betrug 25 km/h.

Mit dem Eintreffen der abdriftenden Säurewolke war ab sofort zu rechnen. Die Einrichtung einer Dekontaminationsstelle

für Personen und der Spürtruppeinsatz waren erforderlich. Der Sanitätszug Oldenburg richtete einen Verbandplatz ein. Dann ging es Schlag auf Schlag:

Um 6.30 Uhr wurden Personen im gefährdeten Gebiet gemeldet. Um 10.00 Uhr fuhr ein Kraftfahrzeug in eine größere Fußgängergruppe. Um 11.00 Uhr erfolgte ein Zusammenstoß von zwei Kraftfahrzeugen. Von einem Baggersee kam um 11.30 Uhr eine Wasserunfallmeldung.

Sämtliche zur Bergung und Rettung erforderlichen Maßnahmen wurden unverzüglich eingeleitet. Hierbei konnte die Führungsfähigkeit und die Zusammenarbeit aller Fachdienste geübt werden, wobei die ortsfremden Einheiten ihre Einsatzpunkte nach Koordinaten suchten. Das Wetter bei dieser Übung entsprach fast der angenommenen Lage, trotzdem war die Motivation der Helfer ausgezeichnet und die Zusammenarbeit der Ortsverbände klappte vorzüglich. Die gesetzten Übungsziele wurden voll erreicht. J. B.

20 m hohe Eiche geborgen

Hude-Bookholzberg. Der THW-OV Hude-Bookholzberg barg im Juli im Rahmen einer Ausbildungsveranstaltung eine 20 Meter hohe Eiche, die wegen Unterspülung der Wurzeln nach einem Gewittersturm quer in die Hunte gestürzt war. Es galt, das Flußbett möglichst schnell wieder frei zu bekommen, um Ausspülungen an den Steiluferböschungen zu verhindern. Auch staute sich Treibgut am Hindernis.

Das THW rückte mit einem Mannschaftslastwagen, einem Gerätekraftwagen sowie der Wasserdienstausstattung mit dem Schlauchboot an. Die Bootsbesatzung wurde bereits in Sandhatten am rechten Ufer der Hunte zu Wasser gelassen und bewegte sich mit dem Boot ohne Motorkraft flußabwärts zur Einsatzstelle.

Eine Anfahrt mit den Einsatzfahrzeugen war vom Wasserwerk Sandkrug her möglich, jedoch nicht unmittelbar bis zur Schadenstelle. Zwischen dem nur einspurig befahrbaren Waldweg und der Hunte lagen noch 200 Meter Waldgelände, das nur mit Wanderwegen versehen war. Über diese brachten die THW-Helfer ihre umfangreiche Ausstattung zur Einsatzstelle.

Der umgestürzte Baum mußte zerkleinert werden. Die dicken Äste und Stammteile wurden mit Hilfe des Greifzuges an Land gezogen.

Zum Einsatz kamen Helfer der Grundausbildungsgruppe, die unter einsatzmäßigen und erschwerten Bedingungen den Umgang mit der vielseitigen technischen Ausstattung praxisgerecht demonstrieren konnten. I. Cz.

Beispielhafte Kriegsgräberpflege in Lommel/Belgien

Hannover. Bereits eine Woche nach ihrer Ankunft am 31. Juli 1986 in Lommel/Belgien konnte man den vierzehntägigen Auslandseinsatz von THW-Jugendlichen und Betreuern aus Hude-Bookholzberg, Northeim und Goslar als „vollen Erfolg“ bezeichnen. Sie verlegten auf einem Soldatenfriedhof für Gefallene des Ersten Weltkrieges in Everen bei Brüssel ca. 70 m Wegplatten, eine Aufgabe die sich als um so schwieriger erwies, als ein Sandbett ausgehoben, teilweise armdicke Baumwurzeln beseitigt und die mehr als 10 cm dicken, zentnerschweren Steinplatten zugeschnitten und eingepaßt werden mußten. Dabei kamen auch zahlreiche Spezialgeräte des THW, wie z. B. Motorsäge und Trennschleifgerät, zum Einsatz, die Lagerleiter Ingolf Czwink auf zwei Einsatzfahrzeugen des THW mitgeführt hatte.

Erfolgreich waren ebenfalls die Gruppen unter Leitung von Michael Aue und Gerhard Wedenburg, die um den Soldatenfriedhof in Lommel einen 250 m langen Hasenzaun zogen – 50 m mehr als ihr vorgesehene Soll.

Unterstützt wurden die drei Lagerleiter durch Erika Czwink und Renate Wendenburg, die mit ihren Trupps Unkraut zwischen den Grabreihen beseitigten.

Ein leitender Angestellter der Friedhofsverwaltung: „Das THW ist die beste Gruppe in diesem Jahr.“

Nach Stunden schwerer und ungewohnter körperlicher Arbeit bot das Jugendlager den THW-Helfern auch ein umfangreiches Freizeitangebot: Schwimmen im „Blauen Meer“ und am „Sibersee“, Disco-Besuche (mit Betreuern), Lagerfeuer und ein Volleyball-Spiel, welches die THW-Mannschaft gegen die Mitarbeiter des Jugendamtes von Lommel bestritt – und verlor. Zum besonderen Erlebnis wurde aber ohne Zweifel ein Besuch bei „Radio 2000“, einem Regionalsender, zu dem

Nico, ein junger und in der Völkerverständigung engagierter Disk-Jockey, sie eingeladen hatte. Während seiner zweistündigen Sendung konnten die Jugendlichen ihm bei der Arbeit über die Schulter schauen und mithören, wie er sie über den Sender willkommen hieß und die Arbeit ihrer Katastrophenschutz-Organisation seinen Hörern vorstellte.

Ein anderes Erlebnis besonderer Art war der Besuch der Teststrecke von Ford of Europe, die ein Mitarbeiter mit den Jungen und Mädchen in einem Testwagen – unter Testbedingungen! – befuhr. Mancher THW-Helfer fühlte sich dabei in die atemberaubenden Stunts amerikanischer Action-Filme hineinversetzt.

Für Donnerstagabend war ein Fußballspiel gegen eine Spitzenmannschaft der Regionalliga mit gemeinsamem Grillen geplant, bei dem die Jungen und Mädchen aus Deutschland auch Kontakte mit einheimischen Jugendlichen schließen konnten. Am Freitag legten die THW-Helfer in einer Feierstunde auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Lommel einen Kranz nieder und wurden anschließend durch die Stadtväter im Rathaus empfangen.

Für Samstag war eine Stadtbesichtigung in Brüssel vorgesehen und für Sonntag der Besuch eines Zivilschutzentrums in Brasschaat mit seinem 700 Fahrzeugen.

M. A.

THW-Geschäftsführerbereich Hildesheim probte den Einsatz

Berkum. Ein mehrgeschossiges Betriebsgebäude, von dem nur noch die Mauerreste standen, angerostete Silos in einer nahen Bodensenke sowie ein von Steilufern eingerahmter Kiesteich bildeten die realistische Kulisse für die Großübung der sechs Ortsverbände des Geschäftsführerbereiches Hildesheim am



THW-Jugendliche jäten zwischen den Grabreihen das Unkraut.

(Foto: Wendenburg)

Bergungsarbeiten durch „Stollenvortrieb“ – hier dargestellt durch einen Kriechgang – praktizierten THW-Helfer aus Goslar.



Die Clausthaler THW-Helfer bauen einen Tonnensteg.
(Fotos: Bormann)



23. und 24. August 1986 in Berkum bei Peine.

Unter Beteiligung von 180 Helfern sowie 20 Aktiven in der Übungsleitung und als Schiedsrichter gestaltete sie sich zur größten Übung von THW-Einheiten, die in den letzten Jahren im Landkreis Peine durchgeführt wurde. Geschäftsführer Walter Müller und der Peiner Ortsbeauftragte Werner Siemon nebst den Kreis- und Ortsbeauftragten der beteiligten Ortsverbände sowie Gästen vom Landesverband, vom Landkreis und der Feuerwehr konnten sich vom guten Ausbildungsstand der Helfer überzeugen.

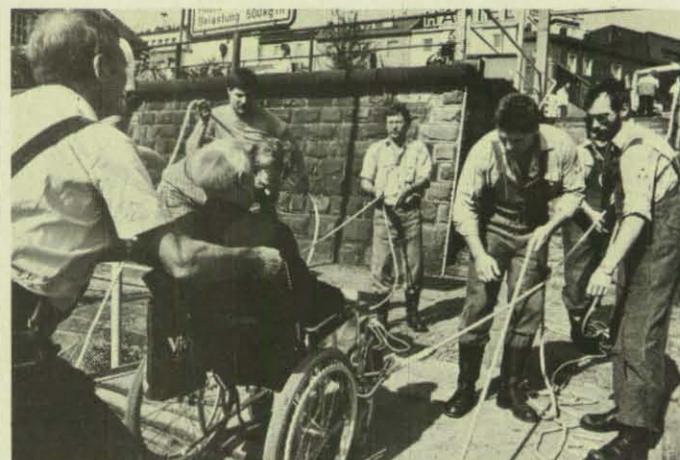
Die Übungsobjekte und -stationen beinhalteten das Einmaleins der Bergungsarbeiten nach einer angenommenen Staubexplosion, die zu erheblichen Zerstörungen und zu Menschenverlusten geführt hatte.

Clausthaler Helfer fertigten einen Tonnensteg und einen provisorischen Anleger für die 4-t-Pontonfähre, die wiederum von der Hamelner und Holzmindener Pontongruppe aufgebaut und betrieben wurde. Im „zerstörten“ Betriebsgebäude übten Gruppen aus Goslar und Hameln das Bergen von Personen aus Tiefen bzw. aus nicht zugänglichen Häusern durch Vortrieb eines Stollens.

Hildesheimer Helfer bauten eine Halte-

konstruktion für das Rollglissgerät, um verschüttete Personen nach einem Bergbruch zu bergen, Holzmindener errichtete zumindest teilweise einen Seilhängesteg und Sarstedt schließlich probte an und auf den Silos das Bergen aus Höhen mit der Seilbahn, wobei zuvor zerstörte Treppenaufgänge zu reparieren waren.

Aufgabe der Schiedsrichter war es, auf die richtige Handhabung der Geräte und vor allem auf die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen zu achten. Der Faktor Zeit war nicht so entscheidend, denn es gab weder Sieger noch Verlierer. Sie wurden erst am nächsten Morgen ermittelt, als es um den neugeschaffenen



Geschickt ziehen die THW-Helfer den Rollstuhl über den steilen Steiger. (Foto: de Waal)

Wanderpokal des THW-Geschäftsführerbereiches Hildesheim ging. Hierbei wurde vor allem das Geh- und Stehvermögen der Helfer im Rahmen eines 10 km Marsches getestet sowie das logische Denkvermögen in Form eines humorvoll – hintergründigen Testes. Als stolzer Sieger präsentierte sich dabei der Ortsverband Hameln, bevor es nach dem Mittagessen am Sonntag zurück in die Standorte ging.

R. B.

Nordrhein-Westfalen



THW-Helfer brachten Senioren sicher an Land

Duisburg. Für über 300 Senioren war es der große Tag in diesem Jahr. Aus mehreren Duisburger Altenheimen waren sie angereist, um an der schon traditionellen Fahrt mit der „MS Eureka“ auf dem Rhein teilzunehmen. Genauso frohgelaut und voller Erlebnisse legten sie am Nachmittag wieder am Steiger „Schifferbörse“ im Duisburg-Ruhrorter Hafen an.

Doch ohne den Einsatz des THW hätte der Tagesausflug sicher nicht so ein schönes Ende gehabt, wenn überhaupt starten können. Rund 120 Rollstuhlfahrer waren an Bord. Die Betreuerinnen hätten die Senioren nicht ohne fremde Hilfe über den steilen Steiger an Land bringen können.

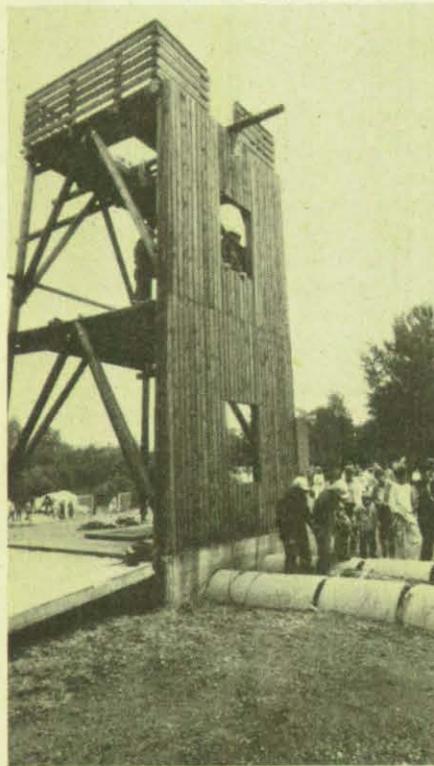
Zum Glück waren 25 Helfer des THW zur Stelle, um die Rollstuhlfahrer, natürlich abgesichert mit Halteleinen, sicher an Land zu bringen. Wilhelm Winkels, Leiter des Christopherus-Altenheimes in Duisburg-Neumühl, freute sich besonders darüber, daß der engagierte Einsatz so unbürokratisch und kurzfristig möglich war.

Die Helfer des THW werden wohl noch solange einspringen müssen, bis ein behindertengerechter Steiger für Fahrgast-schiffe im Duisburger Hafen errichtet wird.

Tag der offenen Tür

Essen. Unter dem Motto „Was passiert, wenn was passiert?“ fand eine gemeinsame Aktion aller Essener Hilfsorganisationen statt. Sie begann mit der Eröffnungsrede des Oberbürgermeisters der Stadt Essen, Peter Reuschenbach. Nach der Ansprache fanden alle Aktivitäten auf dem Gelände des Katastrophenschutz-zentrums II, der Unterkunft des THW-OV Essen, statt.

Mit der modernen Trinkwasseraufbereitungsanlage des THW-OV Essen wurde eine lebensnotwendige Versorgungseinrichtung präsentiert. Danach stellte sich ein Sanitätszug vor, der Wiederbelebungsmaßnahmen demonstrierte. Der Rettungshubschrauber „Christoph 9“ landete, um bei einem simulierten Autounfall Hilfe leisten zu können. Am neu erstellten Übungsturm und den Kriechgängen wurde das Bergen von Menschen, Tieren und Sachgütern aus Höhen und Tiefen demonstriert.



Der neue Übungsturm auf dem THW-Gelände bot den Rahmen für vielfältige Vorführungen.

Ein brennendes Aowrack diente der nächsten Aktion. Die Freiwillige Feuerwehr löschte den Brand mit Schaum. Nach diesem Löscheinsatz demonstrierten THW-Helfer den Einsatz der Sauerstofflanze und durchbohrten einen 20 cm starken Betonklotz.

Danach stellte der THW-OV Essen das erst kürzlich übernommene schwere Bergungsgerät, den Radlader, vor. Das gesamte Programm wurde durch Musikzüge der Katastrophenschutzorganisationen abgerundet.

F. S.

Der neue Radlader erwies sich bei der Hilfe für die Arbeiterwohlfahrt als unentbehrlich.



THW Essen hilft Arbeiterwohlfahrt

Essen. In einem dreitägigen Einsatz unterstützte der THW-OV Essen die Arbeiterwohlfahrt. Die Aufgabe für das THW lautete: Einreißen und Abtragen von mehreren einsturzgefährdeten Gebäuden. Kein Problem für den mannschaftsmäßig stärksten Ortsverband auf Bundesebene mit ca. 700 Helfern unter der Gesamtleitung des Ortsbeauftragten Dieter Schermuly.

20 Helfer aus den Bergungszügen unter der Leitung von Bereitschaftsführer Allebrodt hatten die Aufgabe zu lösen. Zunächst mußten die Dachstühle abgedeckt werden, bevor die Gebäude mit Flaschenzug zum Einsturz gebracht werden konnten.

Danach erfolgten die Aufräumarbeiten, das Zerkleinern und Stapeln des Altholzes sowie der Abtransport des Bauschuttes. Hierbei erwies sich der erst wenige Tage alte Radlader als unentbehrlich.

Zwar mußten die Helfer für dieses Wochenende ihre Freizeit opfern, aber man wußte, daß es lohnend war. Erstens hatte man einer sozialen Einrichtung geholfen und zweitens auch Spaß beim geselligen Beisammensein gehabt.

M. G.

THW übernahm Maschinentransport

Essen. Für den Neubau einer Schüler- und Jugendfreizeitstätte, in der Jugendliche den Hauptabschluß nachholen oder darauf vorbereitet werden sollen, erwarb die Stadt Essen eine Horizontalbohrmaschine, Fräse- und Abrichtemaschinen sowie zwei Kreissägen.

Diese Maschinen wurden am 11. Juli von Helfern des Instandsetzungsdienstes des THW-OV Essen aus einer 370 Kilometer entfernten Fabrik abgeholt und zum Jugendhaus Hörsterfeld transportiert.

Am nächsten Tag mußten die jeweils rund 800 kg schweren Maschinen durch Fenster in das Erdgeschoß des Gebäudes transportiert werden. Für den Lkw des THW war es recht schwierig, rückwärts an das Fenster heranzufahren. Im Inneren des Raumes war eine Rampe zum Herablassen der Maschinen errichtet worden. Mit dem Greifzug gehalten, wurden die Maschinen dann auf Rollen gestellt und heruntergelassen. Gegen Mittag war auch die letzte Maschine an ihrem Bestimmungsort und die THW-Helfer konnten ihre Arbeit befriedigt beenden.

F. K.



Viel körperlichen Einsatz verlangte der Transport der schweren Maschinen.



Nachruf

Wir trauern um unseren Kameraden

Manfred Redig

der durch einen tragischen Verkehrsunfall im Alter von 23 Jahren verstarb.

Schon im Alter von 14 Jahren trat Manfred Redig dem THW-Ortsverband Pfungstadt bei.

Im Laufe der Jahre lernten wir ihn als einen hilfsbereiten, pflichtbewußten Kameraden kennen, der seine Freizeit in den Dienst der Humanität stellte.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW OV Pfungstadt.

Rheinland-Pfalz



Umweltkatastrophe auf Saar und Mosel

Trier. Seit Samstag, 26. Juli 1986, wurde auf der Saar ein Fischsterben festgestellt. Zuerst in kleineren, später in großen Mengen wurden die toten Fische in Richtung Saarmündung bei Konz angeschwemmt.

Etwa 80 Tonnen Brassen, Hechten oder Rotaugen mußten ihr Leben lassen, weil vermutlich zyanidhaltige Abwässer den Fluß verseuchten. Die festgestellten Mengen von Zyanid überschritten das normale Maß manchmal bis zum 2 000fachen.

Sowohl die Feuerwehr des Kreises Trier-Saarburg als auch die Ortsverbände des Technischen Hilfswerks aus Saarburg und Hermeskeil waren fünf Tage im Einsatz. Zur Verstärkung der Einsatzkräfte war auch die Ponton-Gruppe des Ortsverbandes Trier herangezogen worden.

Die Helfer bargen die toten Fische von der Landesgrenze bis zur Saarmündung aus dem Fluß. Der Abtransport der Kadaver in die Tierkörperbeseitigungsanstalt Rivenich erfolgte durch ein Spezialfahrzeug dieser Anstalt.

Der Landrat des Kreises Trier-Saarburg, Dr. Richard Groß, war als verantwortlicher Hauptverwaltungsbeamter immer bei den Helfern vor Ort. Nach Abschluß des Einsatzes bedankte er sich, ebenso wie die verantwortlichen Politiker der Gemeinden und der Bezirksregierung, bei den beteiligten Organisationen. Der Regierungs-



Der stundenlange Einsatz bei hohen Temperaturen und die starke Geruchsbelästigung bedeuteten eine hohe Belastung der Helfer. (Foto: Fleischer)

präsident in Trier betonte, daß alle Beteiligten, die reibungslos zusammengearbeitet hätten, größeren Schaden vermeiden halfen.

W. F.

Hohe Auszeichnung für Dr.-Ing. Dölbör

Mainz. THW-Direktor Helmut Meier verlieh anläßlich der konstituierenden Sitzung des THW-Landesausschusses dem Landesbeauftragten des THW in Rheinland-Pfalz, Dr.-Ing. Friedrich C. Dölbör, das THW-Ehrenzeichen in Silber.

In der Laudatio betonte Meier, daß die hohe Auszeichnung für die bisherige hervorragende Arbeit Dölbörs und des ihm unterstellten Landesverbandes verliehen wurde.

Saarland



Projekt El Girba erfolgreich abgeschlossen

Saarbrücken. Am 20. März 1985 wurde der THW-Landesbeauftragte für das Saarland, Günter Faß, beauftragt, zwei Helfer – einen Tiefbauingenieur und einen Versorgungstechniker – in den Sudan zu entsenden, um im Flüchtlingslager El Girba für äthiopische Flüchtlinge im Rahmen der Humanitären Hilfe der Bundesrepublik Deutschland als Projektberater tätig zu werden. Ihre Aufgaben waren Beratung und Bauleitung bei einem Wasserversorgungsprojekt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR). Der Einsatz begann am 26. März 1985. Es zeigte sich jedoch

bald, daß das Projekt mit einheimischen Kräften nicht zu realisieren war. Der Bau der Trinkwasser-Versorgungsanlage wurde zu einer Maßnahme, die von THW-Einsatzmannschaften übernommen wurde.

Mittlerweile waren insgesamt fünf Gruppen aus dem Bereich des Landesverbandes Saarland bei El Girba eingesetzt, wobei Unterbrechungen der Arbeiten durch die Regenzeit und Planungsarbeiten wegen Erweiterung der Aufgabenstellung und anschließenden Beschaffungsmaßnahmen notwendig waren.

Der letzte Einsatz mit 15 Helfern unter Einsatzleiter Dipl.-Ing. Hans-Georg Schmitt – THW-OV Lebach – begann am 22. April und endete am 11. Juni 1986.

In Ergänzung der bisherigen Veröffentlichungen schildert der nachfolgende Bericht die Arbeit der letzten Einsatzgruppe „El Girba V“.

Die bislang erstellte Wasserversorgungsanlage, bestehend aus der elf Kilometer langen, erdverlegten Leitung DN 250 und drei Pumpenanlagen, wurden nun abschließend von der Einsatzgruppe „El Girba V“ ergänzt und erweitert, damit die Wasserversorgung der Flüchtlingscamps auch in den Monaten Juni bis September, in denen der Stausee aufgrund eines Vertrages zwischen Sudan und Ägypten abgelassen wird und eine Wasserentnahme über die bestehende Pumpenanlage nicht mehr möglich ist, uneingeschränkt sichergestellt ist.

Der Auftrag der Einsatzgruppe beinhaltet den Bau einer rund drei Kilometer langen erdverlegten Anschlußleitung DN 250 von einer vom See getrennten Lagune zur bereits im Betrieb befindlichen Hauptleitung.

Der natürliche Damm, der die Lagune vom Stausee trennt, wurde von der sudanesischen Flüchtlingsorganisation um 1,50 m erhöht, um den Wasservorrat zu vergrößern.

Weiterhin galt es, ein Pumpen- und Leitungsponton zu fertigen und anzuschließen, das sich den wechselnden Wasserständen im See und in der Lagune anpaßt.

Ferner war eine Umfahrung des bestehenden Absetzbeckens herzustellen, damit dieses ohne Unterbrechung des Pumpbetriebes zu den Vorratsbehältern in den Flüchtlingscamps gereinigt werden kann. Ergänzend war ein Anschluß in der Hauptleitung herzustellen und von dort eine rund 300 m lange Stichleitung DN 250 zu den Camps der dort ansässigen Hilfsorganisationen zu verlegen.

Die zwölfköpfige Einsatzmannschaft verließ am 22. April 1986 am späten Vormittag den Flughafen Ensheim.

In Frankfurt stieß ein Funker aus Hamburg als 13. Teammitglied zur Gruppe. Der Flug ging über Kairo nach Khartoum, wo die Maschine gegen 21.15 Uhr landete.

Die Mannschaft wurde am Flughafen von einem Vertreter der Deutschen Botschaft empfangen und ins Hotel begleitet, wo eine erste Abstimmung mit dem Vertreter von UNHCR und eine Aussprache mit der Vorausgruppe Krächan/Schuh, die in der gleichen Nacht die Rückreise nach Deutschland antrat, erfolgte.

Nach der Vorstellung der Mannschaft beim Sudanesischen Flüchtlingskommissar, der Erledigung aller Reiseformalitäten und dem Verladen der in Khartoum gelagerten Ausstattung brach die Gruppe zum 600 km entfernten Einsatzgebiet auf.

Die von den vorangegangenen Gruppen erstellten Anlagen arbeiteten ordnungsgemäß und ohne Probleme, so daß sofort mit dem Bau der ergänzenden Leitung und dem Einbau der drei Anschlüsse in die bestehende Leitung begonnen werden konnte.

Die Rohrlegearbeiten verliefen anfangs zügig und ohne Probleme, bis in der Nähe eines großen Wadis beim Grabenaushub auf eine Länge von rund 150 m Sandschichten angeschnitten wurden. Dort mußte dann um jede Rohrlänge „gekämpft“ werden, da die Grabenwände immer wieder nachrutschten, der Baggerlader kaum noch einen Baufortschritt erzielte und vor dem Verlegen der Rohre erhebliche Nacharbeiten im Graben mit dem an einem Unimogkran montierten Schalengreifer und auch von Hand notwendig waren. Die Rohre wurden dann vorsichtig mit einem 2. Unimogkran eingehoben und montiert, wobei jede Erschütterung im Graben ein Nachrutschen der Böschungen zur Folge hatte. So plötzlich wie dieser Bereich begonnen hatte, endete er auch wieder, und der Zeitverlust konnte wieder aufgeholt werden.

Insgesamt wurden in der Trasse vier der-

Einheimische Hilfskräfte heben einen Rohrgraben im Fels aus.



Fachgerecht werden die Rohre an einem Knickpunkt verlegt.



Das Ponton zur späteren Aufnahme der Pumpe wird eingebracht.



Ein Blick vom Ponton mit 30 m langem schwimmenden Steg bis zum Standort des Notstromerzeugers.



Eine Wasserzapfstelle für die Bevölkerung in der Wüste.



artige Bereiche mit einer Gesamtlänge von rund 500 m vorgefunden, die erhebliche Probleme und enorme Verzögerungen beim Bauablauf bedingten und die Nerven der Rohrlegegruppe stark strapazierten, da die Grabenwände oft schneller einstürzten als ausgebaggert und die Rohre verlegt werden konnten.

Eine weitere Überraschung stellte sich bei den Rohrlegearbeiten unmittelbar im Bereich des Seeufers ein, wo auf eine Länge von 40 m leicht verwitterter Fels angetroffen wurde. Mit viel Mühe und Fleiß der einheimischen Hilfskräfte mußte dort von Hand der Graben mit Brecheisen in den Fels gemeißelt werden.

Parallel zu den Rohrlegearbeiten wurden im Camp das Pumpenponton sowie das Leitungsponton gebaut. Hierbei wurden insgesamt etwa 300 kg Material – Winkel eisen, Flacheisen und 2-Zoll Wasserleitungsrohre – sowie 42 leere 200 l-Dieselfässer verarbeitet, um die rund 800 kg schwere Tauchpumpe und die Pumpenleitung 30 m weit in der Lagune zu installieren. Da der See bereits abgelassen wurde, war diese Arbeit ein Wettlauf mit der Zeit, da zu diesem Zeitpunkt der Damm am Ende der Lagune noch nicht fertiggestellt war und zum Einschwimmen des Pumpenpontons eine Mindestwassertiefe von 0,90 m erforderlich war.

Glücklicherweise stieg der Wasserspiegel im See aufgrund größerer Regenfälle in Äthiopien noch einmal kurzfristig an, so daß das Pumpenponton mit dem Unimogkran ohne Probleme eingehoben und eingeschwommen werden konnte.

Zum Betrieb der Pumpe wurde ein 150 kVA Stromerzeuger am Ufer des Sees aufgestellt und eine 70 m lange Zuleitung in Kabelschutzrohren im Ufer und auf den Pontons verlegt.

Bevor jedoch die Anlage übergeben werden konnte, stellten sich noch einige Schwierigkeiten ein, da beim Probebetrieb der Pumpe erst einmal ein Schlauch platzte und ausgetauscht werden mußte. Dann zeigte sich, daß die Schlauchbefestigung auf dem Ponton nicht ausreichte und der Schlauch von 250 mm Durchmesser sich unter Druck selbständig machte. Es wurde auf die gesamte Länge zwischen zwei 2-Zoll-Rohren fixiert und in kurzen Abständen mit Bügeln festgelegt. Trotz all dieser Schwierigkeiten konnte die Anlage termingerecht fertiggestellt und übergeben werden.

Am 11. Juni 1986 kehrte die Mannschaft wohlbehalten, wenn auch ein wenig erschöpft, nach Deutschland zurück, da abgesehen von einem „verlegten“ 1. Mai und dem Pfingstsonntag ohne Unterbrechung auch sonn- und feiertags gearbeitet wurde, um das gesteckte Ziel termingerecht zu erreichen. Die Strapazen während des Einsatzes, insbesondere die Hitze – bis zu 55 °C im Schatten – und die Sandstürme, die die Helfer doch stark forderten, waren angesichts des erreichten Zieles – Sicherstellung der Wasserversorgung für 60 000 Flüchtlinge – daher bald vergessen.

K. G. Sch.

Unten: Zum Abschluß ein Gruppenfoto.

(Fotos: Schmitt)



Gasexplosion in Klarenthal

Saarbrücken. In den frühen Mittagsstunden des 30. Mai 1986 erschütterte eine schwere Gasexplosion ein Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung im Neubaugebiet „Am Gehlenberg“ in Saarbrücken-Klarenthal.

Während der 58jährige Hausbesitzer mit Ehefrau und Sohn in der Küche am Mittagstisch saßen, trat im Keller des Wohnhauses unbemerkt Gas aus einer Campingflasche aus, das sich kurze Zeit später an der Gaszentralheizung entzündete und eine schwere Explosion verursachte. Es grenzte fast an ein Wunder, daß die Bewohner des Hauses, die sich selbst aus den Trümmern retten konnten, unverletzt blieben.

Die sofort eintreffende Polizei und Feuerwehr sperrten die Unglücksstelle ab und begannen mit der ersten Sicherung des Hauses. Gegen 16.00 Uhr alarmierte der Ortsbeauftragte des THW-OV Saarbrücken, Sperling, seinen Bergungszug, der die weitergehende Sicherung des stark einsturzgefährdeten und von der Baupolizei gesperrten Wohnhauses übernehmen sollte.

Dem wenig später eintreffenden THW bot sich ein Bild der Verwüstung. Eine Außenfront war eingestürzt, die restlichen Außenwände zeigten durch die Wucht der Detonation tief klaffende Risse. Fenster und Türen waren mit dem Rahmen aus den Mauern gerissen und zum Teil bis auf das Dach eines Nachbargebäudes geschleudert worden. Aufgrund der teilweise völlig fehlenden Deckenaufgabe sowie der stark beschädigten bzw. eingestürzten inneren Stützmauern neigte sich sowohl die Rückfront wie auch eine Außenseite des Hauses und drohten einzustürzen.

Es galt nun, so schnell wie möglich die Setzungsbeugung abzufangen. Jede weitere Erschütterung, Windböe oder dergleichen hätte unweigerlich den sofortigen Einsturz des in seiner Stabilität mit einem Kartenhaus vergleichbaren Gebäudes zur Folge gehabt. Ziel des Einsatzes insgesamt war es, durch flächiges Abstützen außen und durch den Bau von Schwelljochen sowie lotrechten Stützen innen die Stabilität soweit wieder herzustellen, daß es dem Hauseigentümer von der Baupolizei gestattet werden konnte, sein Eigentum aus den Trümmern zu bergen.

Ein Beleuchtungsmast sowie ein 20-kVA-Aggregat mit Bedienungspersonal blieben bis Ende des ersten Einsatztages an der Schadenstelle zurück und sorgten für die Ausleuchtung der straßenseitigen Hausfront. Die Helfer des I-Zuges übernahmen die Beleuchtung der seitlichen und rückwärtigen Gebäudeteile.

Gegen 2.00 Uhr hatten die rund 30 Helfer die Situation soweit im Griff, daß die Arbeiten für ein paar Stunden unterbrochen werden konnten. Durch das vorsichtig durchgeführte flächige Abstützen der gefährdetsten Punkte war die Einsturzgefahr außen soweit gemindert worden – neue Risse an den angebrachten Gipsmarken zeigten sich nicht – daß am selben Morgen gegen 9.30 Uhr mit den Arbeiten im Innern des Hauses begonnen werden konnte. Die stark angeschlagenen Decken des Gebäudes mußten von der Grundplatte bis zum Dachstuhl mit Stützen abgefangen und die fehlende Wohnzimmerwand durch Holz/Stahlverbaumaßnahmen ergänzt werden.

Erst dann konnte nach einer Begehung mit der Baupolizei, die sich an beiden Tagen immer wieder über den Stand der Dinge vor Ort informierte, das Gebäude zur Bergung des Mobiliars freigegeben werden.

Sowohl der Katastrophenschutzbeauftragte des Stadtverbandes, Manfred Münster, als auch Ortsbeauftragter Norbert Sperling sowie der Verantwortliche der Baupolizei lobten das disziplinierte und fachkundige Vorgehen aller am Einsatz beteiligten Hilfskräfte. C. G.

Baden-Württemberg



Oldtimer zum Jubiläum des Automobils vom THW betreut

Mannheim. Der THW-OV Mannheim beteiligte sich mit 37 Helfern am historischen Korso durch die Geburtsstadt des Automobils. Zum 100. Geburtstag der Erfindung von Carl Benz in der Kurpfalzmetropole Mannheim veranstaltete die Stadt einen Jubiläumskorso, der Mannheim als Erfinderstadt herausheben sollte.

So begann der 85 Zugnummern umfassende Korso mit der Draisine, dem Urmotiv des Fahrrades, das ebenfalls in Mannheim das Licht der Welt erblickte.

Dann aber folgte eine Armada von Benz-Fahrzeugen, die fast lückenlos 100 Jahre Automobilbau repräsentierten. Welche Werte da über Mannheims Straßen fuhren, war kaum abzuschätzen. Auch die Erfindung des Lanz-Bulldogs wurde durch mehrere Bulldogs bis hin zu den heutigen Traktoren demonstriert.

Daß all dies reibungslos über den kilometerlangen Korsoweg ging, war mit einer Aufgabe des THW-Ortsverbandes. Zugsicherung und Funkbetreuung gehörten ebenso dazu wie das Mitführen von Abschleppfahrzeugen. Ortsbeauftragter Man-

Das Mannheimer Schloß, Schauplatz der Oldtimerschau.
(Fotos: Sand)



fred Stiegel und die Helfer hatten den Ablauf bestens im Griff. Man führte sogar eine „Gulaschkanone“ mit, die Mitwirkenden mit kaltem Tee und Kaffee bei heißem Wetter zu versorgen.

Bereithalten wurden auch Kraftstoff und Öl für die Oldtimer.

Nach achttündigem Einsatz rückten die THW-Helfer wieder zur Unterkunft ein.

150 000 Zuschauer hatten dem Umzug „100 Jahre Automobil“ verfolgt. O. S.

Bayern



Holzsteg in Massivbauweise erstellt.

Gemünden. In vielen freiwilligen Arbeitsstunden errichteten die Helfer des THW-OV Gemünden einen Fußgängersteg über den Mühlgraben, einen Zweigarm der Fränkischen Saale. Es wurde eine Massivbauweise gewählt.

Der Holzsteg ruht auf acht starken Holzpfehlern. Der Fußgängerüberweg verbindet die Altstadt der fränkischen Dreiflüßestadt Gemünden mit einem großen Parkplatz. Auch die Freizeitanlagen der Stadt (Sportplatz, Schwimmbad, Campingplatz, Minigolfbahn) sind über den Steg zu erreichen. Die Bürger und auch die vielen Besucher der Stadt haben nun einen viel kürzeren Weg als über die Verbindungsstraßen.

Bürgermeister Hans Michelbach dankte Ortsbeauftragten Wolfgang Wagler und seinen Helfern für die geleistete Arbeit. M. M.

Alarmübung zeigt Mängel auf

Augsburg. Eine Alarmübung veranstaltete der THW-OV Augsburg im ehemaligen Feuerwehrgerätehaus der Gemeinde Neusäß. Ziel der Übung war eine Überprüfung der telefonischen Alarmierung

und des Ausbildungsstandes der Bergungszüge.

Am Samstagmorgen, 5.30 Uhr, wurden zunächst 25 Helfer der Ausbildungsgruppen des 1. und 4. Bergungszuges als Verletztendarsteller alarmiert. Sie wurden vom Keller bis ins oberste Geschloß des Schlauchtrockenturms verteilt.

„Explosion in Wohngebäude“ wurde anschließend den Zugführern gemeldet, die den Auftrag erhielten, mit je einer Gruppe des 2., 3. und 4. Bergungszuges unverzüglich mit den Bergungsarbeiten zu beginnen.

Nach der Erkundungsphase, die Einsatzleiter Müller als verbesserungsfähig bezeichnete, trafen zwei weitere Bergungsgruppen ein. Von da an gingen die Arbeiten zügig voran: An zwei Stellen wurde das Dach aufgedeckt sowie ein knappes Dutzend Wanddurchbrüche erstellt und eine Stahlbeton-Decke durchbrochen.

Die „Verletzten“ aus den oberen Etagen wurden zuerst, auf der Trage eingebunden, im Turm vier Meter senkrecht abgeseilt, durch einen Mauerdurchbruch in den zweiten Stock des Gebäudes gebracht und von dort mit einer Seilbahn geborgen. Aus dem ersten Stock genügte ein Leiterhebel, um die „Verletzten“ zu bergen.

Um die Arbeiten nicht zu einfach zu gestalten, waren vorher nahezu sämtliche Fenster und Türen mit Farbspray als „nicht begehbar“ gekennzeichnet worden. Für eventuelle Unfälle stand ein Rettungssanitäter der BRK-Wache Neusäß bereit.

Die Freiwillige Feuerwehr Neusäß, die am Abend zuvor in dem Objekt eine Übung veranstaltete, stellte ihre Drehleiter für „Luftaufnahmen“ zur Verfügung.

Gegen 11.30 Uhr konnte Zugführer Meier das Gebäude „frei“ melden. Er und Einsatzleiter Müller zeigten sich nach den anfänglichen Schwierigkeiten mit dem Verlauf der Übung zufrieden. Die aufgetretenen Mängel wollen die Zugführer schnellstens beheben, um die Einsatzfähigkeit des THW auf ein noch höheres Niveau zu bringen. V. G.

Millionenschaden durch Gasexplosion

Schwabach. Eine verheerende Gasexplosion zerstörte ein Wohnhaus im Stadtkern von Schwabach. Die gewaltige Detonation richtete in weitem Umkreis erhebliche Schäden an. Eine 29jährige Frau, die sich zum Zeitpunkt des Unglücks in dem erst vor kurzem renovierten Haus aufhielt, blieb wie durch ein Wunder unverletzt; sie erlitt „nur“ einen Schock.

Durch das Unglück entstand Sachschaden in Millionenhöhe; im Umkreis von 80 Metern waren Schaufenster- und Wohnungsscheiben zerborsten und Ziegel von den Dächern gerissen.

Wenige Minuten nach der Detonation waren bereits Rotes Kreuz, Notarzt sowie die Feuerwehr an der Unglücksstelle. Das Feuer, das im Gebäude entstanden war,

konnte rasch gelöscht werden. Die Gaszufuhr wurde unterbrochen.

Aufgrund des großen Schadensausmaßes kam um 7.50 Uhr der Alarm: „Einsatz für den THW-OV Schwabach!“ Der gesamte Bergungszug des Ortsverbandes war an der Schadensstelle, um das stark einsturzgefährdete Gebäude abzustützen und auszusteifen.

Größte Einsturzgefahr bestand für die Außenwand des oberen Stockwerkes an der Westseite des Hauses. Nachdem im Laufe der Vormittagsstunden immer größer werdende Mauerrisse von der drohenden Gefahr kündeten, wurde beschlossen, einen Teil der Außenmauer einzureißen.

Zwischen zwei Fensteröffnungen der Eckwohnung im 2. Stock zogen die THW-Helfer einen Drahtseilstropp, um einen Teil der Mauer mit der Seilwinde des Gerätekraftwagens niederzureißen.

Zuvor war vom THW ein Zugang zur Wohnung über die Steckleiter geschaffen und die Wohnungsmieterin in ihre Wohnung geführt worden, wo sie zusammen mit den Helfern wichtige Papiere und einige ihrer Habseligkeiten retten konnte, bevor der Hausgiebel herabstürzte.

Unter der Leitung von Zugführer Otto Herold wurde in den Nachmittagsstunden auch die persönliche Habe der zweiten Hausbewohnerin geborgen, deren Wohnung im 1. Stock an der Nordseite des Gebäudes lag. Die Helfer drangen auch hier über die Steckleiter von außen in den Gebäudeteil vor.

Der Einsatz war um 18.00 Uhr beendet, nachdem, zusammen mit den Männern der Feuerwehr, die endgültige Absicherung der Unglücksstelle mit Bauzaunelementen durchgeführt war.

Die Ursache der Gasexplosion ist noch ungeklärt. G. V.

Warndienst



Staatssekretär Spranger beim Warnamt IX

Für den 18. Juli 1986 hatte sich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, zu einem Besuch beim Warnamt IX angesagt. Bei dem Besuch war auch der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans-Georg Dusch, anwesend.

Bei einem Rundgang konnten sich die Besucher über die Arbeitsbedingungen der Helfer des Warnamtes ausführlich informieren. Im Anschluß an die Besichtigung machte der Staatssekretär einige grundsätzliche Ausführungen zur Arbeit im Zivilschutz.

So seien sich alle bisherigen Bundesregierungen darin einig, daß der Zivilschutz als Teil der zivilen Verteidigung einen untrennbaren und unverzichtbaren Teil der

Gesamtverteidigung darstellt. Diese Bedeutung müsse noch stärker in das öffentliche Bewußtsein getragen werden. Private Vorsorge müsse das staatliche Handeln ergänzen.

Er betonte auch, daß sich die zivile Verteidigung, insbesondere der Zivilschutz, im Frieden immer wieder in der täglichen Arbeit der Rettungsdienste und in Katastrophenfällen hervorragend bewährt habe und das solle auch in Zukunft so bleiben.

Der Auftrag der zivilen Verteidigung, Vorkehrungen gegen außergewöhnliche Situationen zu treffen, entspreche auch der organisatorischen Stellung und die zivile Verteidigung sei nicht, wie im Ostblock, in die Militärorganisation eingebunden. Sie sei und bleibe selbständiger Teil der Zivilverwaltung.

Wie wichtig die zivile Verteidigung auch gerade in Friedenszeiten sei, habe wohl jedem Einsichtigen der Reaktorunfall in Tschernobyl vor Augen geführt, denn Katastrophen orientieren sich weder an Staats- und Landesgrenzen noch an Bundes- oder Landesverfassungen.

Der Staatssekretär zeigte sich davon überzeugt, daß der Zivilschutz nach Tschernobyl nicht nur eine andere Qualität erreicht habe, sondern unsere Bevölkerung jetzt dieser Aufgabe aufgeschlossener gegenüberstehe, und daß alle Beteiligten mithelfen werden, die erforderli-



Stellvertretender Warnamtsleiter Frank (stehend) begrüßt Staatssekretär Spranger (links) und BZS-Präsident Dusch. (Foto: Jäger)

chen Maßnahmen für einen verbesserten Zivilschutz zu treffen. „Nach Tschernobyl kann keiner mit Verstand mehr sagen, daß ein wirksamer Zivil- und Katastrophenschutz der Kriegsvorbereitung dient“, schloß er seine Ansprache.

Anschließend entwickelte sich zwischen Führungskräften und den Besuchern eine Diskussion. So ging es um die neue Konzeption des Warndienstes, die Helferentschädigung wurde angesprochen und Fragen zum Entwurf eines neuen Zivil-

schutzgesetzes traten auf. Von Interesse war auch der aktuelle Stand der vor einigen Jahren angeregten Helfervertretung im Warndienst.

Kritisiert wurde von seiten der Helfer eine mangelnde Bereitschaft zur Teilnahme an Übungen bei manchen staatlichen Dienststellen und Behörden. Ohne Übung aber, so die allgemeine Erkenntnis der Diskussionsrunde, sei im Ernstfall mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen.

G. J.

warnamt in Düsseldorf und ist zur Zeit Verbindungskraft für das Warnamt V beim belgischen Warndienst.

„Neben Familie und Beruf 25 Jahre im Warndienst tätig, das verdient Anerkennung“, so Dr. Maske.

Auf 25 Jahre Tätigkeit im öffentlichen Dienst kann Heinz Becker, stv. Warnamtsleiter im Warnamt V, Welz, zurückblicken. Nachdem Becker die Reifeprüfung abgelegt und den Militärdienst absolviert hatte, war er 18 Jahre lang in der Freien Wirtschaft selbständig. Seine Arbeit im öffentlichen Dienst begann er zunächst in der Bundeswehrverwaltung in Düsseldorf. Seit April 1966 ist er beim Bundesamt für Zivilschutz tätig und nahm ein Jahr später seine Arbeit im Warnamt V in Welz auf.

Hier war er zunächst Einsatzleiter/Sachbearbeiter „Fernmeldewesen“. Seit 1976 ist Becker stv. Warnamtsleiter und betreut das Sachgebiet „Einsatz und Organisation“.

In den Übergangszeiten zwischen den amtierenden Warnamtsleitern war Becker in Abschnitten fast vier Jahre vorübergehend mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Leiters beauftragt.

Becker begann seine berufliche Karriere als Angestellter, wurde 1972 zum Beamten ernannt und ist nun Regierungsamtsrat. In einer Feierstunde konnte er von Warnamtsleiter Volker Helbig die von BZS-Präsident Hans G. Dusch unterzeichnete Urkunde entgegennehmen.

Ehrungen im Warnamt V

Durch eine zuverlässige Arbeitshaltung und die Förderung der Kameradschaft haben sich in den vergangenen 25 Jahren Wilhelm Papen und Wolfgang Tolkmitt um den Warndienst verdient gemacht. Während eines Treffens der Mitarbeiter in besonderer Funktion beim Warnamt V in Welz wurden beide als „Pioniere des Warndienstes“ für ein Viertel-Jahrhundert Treue zum Warndienst von Dr. August-Jürgen Maske mit einer Ehrenurkunde ausgezeichnet.

Seit 25 Jahren, so Dr. Maske, nehmen

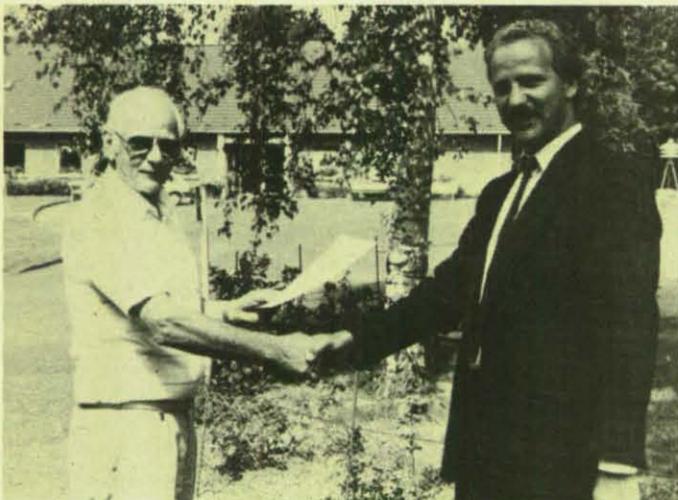
beide Jubilare an den Ausbildungs- und Übungsveranstaltungen im Warnamt V und in der Warndienst-Verbindungsstelle 51 teil.

Wilhelm Papen, Verwaltungsangestellter in Goch, nahm 1960 in der Gocher WD-Verbindungsstelle seine Arbeit im Warndienst auf.

Wolfgang Tolkmitt ist in Düsseldorf als Verwaltungsobererrat in verantwortlicher Position. Er begann seine Arbeit im Warndienst im damaligen Versuchs-



Aus der Hand von Dr. Maske (links) nehmen die beiden Jubilare die Dankurkunde entgegen.



Warnamtsleiter Volker Helbig (rechts) gratuliert Heinz Becker zum Jubiläum.

Nachruf

Am 21. Juli 1986 erlag im Alter von 58 Jahren der Mitarbeiter in besonderer Funktion

Manfred Heidemann

den Folgen eines Herzinfarktes.

Heidemann verpflichtete sich vor über 23 Jahren zur freiwilligen Mitarbeit im Warnamt II und gehörte damit zu den dienstältesten Helfern des Warndienstes. Seit 1968 wurde er als Führungskraft, zuletzt als 1. Gehilfe des Einsatzleiters ABC, eingesetzt.

Durch sein unermüdliches Engagement bei der Erfüllung der dem Warndienst obliegenden Aufgaben wurde er zu einem wertvollen Mitarbeiter des Bassumer Warnamtes.

Dank seiner Kollegialität und seines freundlichen Wesens erlangte Heidemann die ungeteilte Wertschätzung aller Angehörigen des Amtes.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.



Reine Routine für das Rote Kreuz?

Flughafen Köln-Bonn. An einem Donnerstagnachmittag im August. An- und Abflughallen fast menschenleer. Der Urlaub liegt in den letzten Zügen. Die Dame am Informationsschalter gähnt verstoßen. Auf der Aussichtsterrasse werden Kuchen und Kaffee serviert. Eilig scheint es niemand zu haben. Ein paar City-Jets der Lufthansa starten und landen. Sie kommen von Stuttgart oder aus London, fliegen nach München. Ein Fracht-Jumbo donnert herein. Dann wieder Stille. Kaffee wird umgerührt, Kuchengabeln klappern. Die Dame im Lautsprecher kündigt eine Maschine zum Weiterflug nach Berlin an. Ob ihr irgend jemand zuhört? Am Nachbartisch brüten zwei Engländer über ihren Akten. Die fast lautlos hereinsegelnde Maschine des DRK-Flugdienstes nehmen sie überhaupt nicht wahr.

An Bord des Rettungs-Jets liegt seit Stunden der 42jährige Soeylmez Pasa, geboren in der Türkei, wohnhaft in Bergisch-Gladbach. Er hatte in seinem Heimatland, auf Urlaub dort, einen schweren Verkehrsunfall gehabt. Diagnose der Ärzte: Schleudertrauma. Komplette Lähmung vom Hals abwärts. Es wird eine Blutung im Halsmarkbereich vermutet. Die Behandlung kann Monate dauern, aber in der Türkei ist sie nicht möglich. Soeylmez Pasa, trotz allem transportfähig, muß auf

dem schnellsten Weg in ein deutsches Krankenhaus. Der Flugdienst des Deutschen Roten Kreuzes ist alarmiert worden.

Der Start in Ankara verzögert sich immer wieder. Die Flugdienstzentrale in Bonn gibt ständig neue Ankunftszeiten an den DRK-Kreisverband Bonn weiter, der einen Notarztwagen zum Köln-Bonner Flughafen schicken wird, um den Patienten abzuholen. Endlich hebt die Maschine in Ankara ab. Um 18.32 Uhr wird sie erwartet.

Fast gleichzeitig mit dem Rettungs-Jet trifft der Notarztwagen auf dem Flughafen ein. Unmittelbar vor den Fenstern der Sanitätsstation rollt die Maschine aus. Den Blicken ungebeter Zuschauer nicht ausgesetzt, versehen Notarzt und Sanitäter, das mitgeflogene medizinische Begleitpersonal und die Krankenschwester des Flughafens ihren Dienst. Der Patient wird umgeladen. Er hat den Flug gut überstanden. Reine Routine für das Rote Kreuz?

Jeder Einsatz, ob am Boden oder in der Luft hat seine besonderen Merkmale. Aber jeder Einsatz wird beherrscht von Fertigkeit und Geschicklichkeit, von Training und Erfahrung, von Praxis. Diese Routine ist diesmal Soeylmez Pasa zugekommen. Carl-Walter Bauer

Vom DRK-Rettungsflugzeug wird der Verletzte in den bereitstehenden Notarztwagen transportiert.



Ab 1987 neuer Präsident des IKRK

Der derzeitige Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Alexandre Hay (66), wird nach zehn Jahren Führung des IKRK vor Ende seiner dritten Amtsperiode – sie wäre am 31. Dezember 1988 abgelaufen – von seinem Amt zurücktreten.

Zu seinem Nachfolger wurde Cornelio Sommaruga gewählt, der zur Zeit Direktor des schweizerischen Bundesamtes für Außenwirtschaft ist. Er wird sein Amt 1987 zu einem noch nicht festgelegten Termin antreten. Bis zu diesem Zeitpunkt trägt Alexandre Hay weiterhin die volle Verantwortung als Präsident des IKRK, insbesondere auch im Hinblick auf die XXV. Internationale Rotkreuz-Konferenz, die im Oktober dieses Jahres stattfindet.



Sommaruga, erster Tessiner auf dem Präsidentenstuhl des IKRK, ist Jahrgang 1932, promovierte 1957 an der Juristischen Fakultät der Universität Zürich und begann eine politische Karriere, die ihn u. a. nach Den Haag, Bonn, Rom und Genf führte. 1973 wurde er zum Stellvertretenden Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und drei Jahre später in das Bundesamt für Außenwirtschaft berufen. Dort war er zunächst zuständig für die Wirtschaftsbeziehungen zu den Partnern und ihren Integrationsblöcken in West- und Osteuropa und wurde schließlich Direktor dieses Bundesamtes. Horst F. Hamburg

Eine Reise an die Grenze zu Mosambik

Das Baby schwieg – In der Ferne brüllten Löwen

Zwei Tage Fahrt für 449 Kilometer – 20 Rotkreuz-Landesverbände in Tansania

Seit er die Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften in Tansania repräsentiert, hat Carl-Walter Brauer 16 der insgesamt 20 Landesverbände des Tansanischen Roten Kreuzes besucht. Im Frühjahr standen Lindi und Mtwara auf dem Reiseprogramm, zwei Regionen nahe der Grenze zu Mosambik. Dieser Bericht erzählt davon, warum man in dem ostafrikanischen Land zwei Tage einplanen muß, um eine Distanz von 449 Kilometer zu bewältigen, und was das mit dem Roten Kreuz zu tun hat.

Über die B2, die Daressalam mit Mtwara verbindet, befragten wir verschiedene Leute. Der amtierende Generalsekretär des Tansanischen Roten Kreuzes meinte, die Strecke würden wir lässig in einem Tag schaffen. Er selbst war sie aber noch nie gefahren: Der Rotkreuz-Chef von Mtwara empfahl uns, zu fliegen, aber dann sagte er, mit dem Wagen wären wir halt doch unabhängiger. Ein privater Busunternehmer erklärte, er würde Pleite machen, wenn er diese Route in sein Programm aufnähme, ein deutsches Ehepaar erzählte, es sei nach knapp hundert Kilometern steckengeblieben und hätte umkehren müssen, und Justin, unser tollkühner Fahrer von letztjährigen Safaris, füllte sechs Reservekanister mit Diesel

und fragte, wann es denn nun morgens losginge.

Wir starteten am Donnerstag, 20. März, Frühlingsanfang. Mama Kasele, die Telefonistin an einem Apparat, der monatlich vielleicht mal sechs Tage funktioniert, erwartete uns spätestens am Freitag abend wieder zurück. Wetten wollte sie aber dennoch nicht annehmen. Unser Wagen, ein vierradangetriebener Toyota Landcruiser, war vollgepackt bis oben hin: Justin, der Fahrer, Andrew Ngai, der Buchhalter des Tansanischen Roten Kreuzes, die Frau eines Rotkreuzlers aus Lindi samt ihrer 14jährigen Tochter, einem fünf Jahre alten Sohn und einem sechsmonatigen Baby, sechs Kanister Diesel, drei Säcke Altkleider, Erste-Hilfe-Fibeln, persönliches Gepäck und ich selbst. Flott ging's auf einer Asphaltpiste die Küste entlang bis nach Kibiti, einer kleinen Ortschaft auf Höhe der Insel Mafia. Dort gabelte sich die Straße, und Einheimische rieten uns, den längeren Weg bis nach Utete zu nehmen, mit der Fähre über den Rufiji zu setzen, und dann ging's immer „Moja kwa moja“, immer geradeaus. Gegen 13.30 Uhr erreichten wir Utete am Ufer eines Flusses, der Hochwasser führte. Die Fähre käme in einer halben Stunde, wurde uns versichert. Wir rasteten, aßen Bananen und gerösteten Mais, die Frau

kümmerte sich um das Baby. Dann tuckerte die Fähre heran: ein grob zusammengezimmerter Ponton, der von einem klapprigen Eisengestell mit eingesetztem Dieselmotor angeschubst wurde.

Bis der Boden wieder hart und trocken war

Die Überfahrt kostete umgerechnet drei Mark, die uns aber erlassen wurden, als der Skipper hörte, daß wir zum erstenmal seinen Fluß überquerten. Zwanzig Minuten später brausten wir auf der anderen Uferseite Richtung Mohoro, das wir um 15.30 Uhr erreichten. Buchhalter Ngai warf einen Blick auf die Karte und rechnete freihändig aus, daß wir gegen 23 Uhr in Lindi sein müßten. In Mohoro überholten wir einen riesigen Trecker mit Anhänger, auf dem vielleicht 25 Menschen mit Kind und Kegel dicht zusammengedrängt hockten.

Kurz vor 16 Uhr saßen wir fest. Eine halbe Stunde später erschien hinter uns der Trecker, zehn Mann sprangen vom Anhänger und hieften uns aus dem Schlammloch. Das Baby brüllt. Zwei Kilometer später warteten wir erneut auf die hilfreiche Treckergruppe. Die aber nicht kam. Wir evakuierten Mutter und Kind an den Straßenrand, zogen Schuhe und Strümpfe aus, krepelten die Hosenbeine hoch und standen bis zu den Knien im Schlamm. Bis 18 Uhr hatten die rotierenden Hinterräder des Landcruisers nur Dreck gespritzt, sich aber keinen Zentimeter bewegt.

(Wird fortgesetzt.)

„Patschnaß ...“: Eine Korrektur

Dem Autor des Berichts „Patschnaß schon vor dem Absprung“ (ZS-Magazin 7-8/86) ist ein Fehler unterlaufen, den wir an dieser Stelle korrigieren möchten: Die erfolgreichen Mannschaften des DRK-Landesverbandes Nordrhein kamen nicht aus Soest, sondern aus dem DRK-Kreisverband Euskirchen, und zwar vom DRK-Ortsverein Dahlem. Die Herrenmannschaft der Wasserwacht Dahlem wurde durch ihren ersten Platz nicht nur Bundesieger, sondern verteidigte auch zum dritten Male erfolgreich den Wanderpokal des DRK-Präsidiums. Die Damenmannschaft der Wasserwacht Dahlem errang den zweiten Platz.

Wir bitten im Namen des Autors um freundliche Nachsicht.

Rotkreuz-Wagen trifft ein hartes Los, wenn sie in Afrika im Einsatz sind. (Foto: Moessner)



Erdbeben in Griechenland:

Gemeinsame Soforthilfe von ASB und THW

Auswärtiges Amt fragte beim ASB um Unterstützung nach

Nach dem schweren Erdbeben auf dem Peloponnes, das am 13. September die Stadt Kalamata weitgehend zerstörte, hat der Arbeiter-Samariter-Bund in Zusammenarbeit mit dem THW mehrere Soforthelfer ins griechische Katastrophengebiet entsandt. Das Einsatzteam, das zeitweilig 20 Helfer umfaßte, betreute rund 10 000 Obdachlose, die in mehreren Zeltlagern untergebracht waren. Arbeiter-Samariter und THW-Personal bauten Zelte und Sanitäreinrichtungen auf, übernahmen einen Teil der medizinischen Versorgung und lieferten Tausende von Mahlzeiten aus mitgebrachten Feldküchen. Für den ASB ist der Griechenland-Einsatz der dritte dieser Art, nach der Soforthilfe beim Erdbeben in Mexiko und dem Vulkanausbruch in Kolumbien 1985.

Die erste Crew flog am 17. September mit einer Transall der Bundesluftwaffe nach Kalamata, nachdem das Auswärtige Amt in Bonn zuvor beim ASB direkt um Unterstützung nachgesucht hatte. Neben ASB- und THW-Helfern nahm die Maschine 300 Chemikalien-Toiletten, 30 Zelte und eine Feldküche in Köln-Wahn mit an Bord.

In einem ersten Lagebericht aus Kalamata informierte der ASB-Einsatzleiter Dirk Osterwalder über das Ausmaß der Erdbebenschäden: 70% der Häuser seien zerstört oder unbewohnbar. Die 45 000 Einwohner der Stadt befürchteten, nach kleineren Nachbeben, erneute Erdstöße und übernachteten notdürftig im Freien. Es fehle an Sanitäreinrichtungen, insbesondere Toiletten und Waschgelegenheiten. In der ärztlichen Versorgung seien Engpässe aufgetreten: Durchfallerkran-

Viele Häuser in Kalamata sind total zerstört.



Bereits wenige Tage nach der Katastrophe waren die ersten ASB-Helfer vor Ort.



kungen hätten sich gehäuft; ältere Menschen mit Kreislaufbeschwerden, schwangere Frauen und Diabetiker würden nur unzureichend mit Medikamenten versorgt. Daher sei ein Arzt dringend erforderlich. Auch die Ausgabe von Verpflegung erfolgte nur sporadisch, von organisierter Verteilung könne keine Rede sein.

Auf einer Höhe in Kalamata, hieß es im Lagebericht weiter, hätten ASB und THW zunächst die Betreuung von rund 1 000 Menschen, vorwiegend Kindern, übernommen, die im Lager Koufou-Elies kampierten. Weitere Hilfslieferungen, insbesondere Wolldecken, Feldbetten, Feldkochherde seien dringend erforderlich.

In Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt entschieden ASB und THW, die ihre gemeinsame Einsatzzentrale in Köln hatten, die Einsatzkräfte aufzustocken und weitere Soforthelfer mit Material nach Kalamata zu schicken. 14 Helfer verließen mit mehreren Lkw am 19. September die Bundesrepublik. Über die italienische Hafenstadt Ancona traf der kleine Konvoi drei Tage später im Schadensgebiet ein.

Das zweite ASB-THW-Helferteam baute gemeinsam mit der Crew, die bereits seit einer Woche auf dem Peloponnes arbeitete, die Grundversorgung der Bevölkerung aus. Weitere 250 Chemikalien-Toiletten wurden installiert, Waschgelegenheiten geschaffen, 500 Wolldecken verteilt, 8 Tonnen Lebensmittel ausgegeben und fünf zusätzliche Feldkochherde in Betrieb genommen. Der Arzt vom Arbeiter-Samariter-Bund, der bereits einen Tag zuvor im Erdbebengebiet eingetroffen war, hatte in den zehn Lagern reihum „Sprechstunde“.

Die Einsatzgruppe, die von den griechischen Behörden inzwischen einen der zehn Verwaltungsbezirke mit mehreren Zeltدörfern zugewiesen bekommen hatte, verpflegte rund 10 000 Menschen. Sechs Feldküchen lieferten zunächst 6 000, später 8 000 Mahlzeiten täglich. Vom griechischen Militär wurde das Essen an die Bevölkerung ausgegeben.

Die Zusammenarbeit von Arbeiter-Samariern/THW-Helfern mit den lokalen griechischen Behörden lief nach Angaben aus Kalamata hervorragend. Dolmetscher und ein Verbindungsoffizier standen der Einsatzgruppe rund um die Uhr zur Seite, um Sprachprobleme zu lösen und Koordinationsabsprachen zu treffen.

Die Frau des griechischen Ministerpräsidenten Papandréou besuchte am 23. September die deutschen Helfer und ließ sich über ihre Arbeit informieren. Auch das griechische Fernsehen filmte derweil im Schadensgebiet, vor allem die deutsche Soforthilfe von ASB und THW. Der griechische Gesundheitsminister hatte sich bereits einen Tag zuvor vor Ort über das Ausmaß der Erdbebenschäden unterrichten lassen.

Selbst in öffentlichen Anlagen wurden Zelte für die Obdachlosen aufgebaut.



Der ASB baute ein großes Küchenzentrum unter freiem Himmel auf.



Vor den Essensausgabestellen bildeten sich zeitweise lange Warteschlangen.

Nachdem die Feldküchen in Betrieb, die Sanitäreinrichtungen installiert waren, gingen weitere Personal- und Materialforderungen in der Kölner Einsatzzentrale ein.

ASB und THW entschlossen sich daraufhin, für die letzte September-Woche eine dritte Gruppe zusammenzustellen, die – soviel stand bei Redaktionsschluß fest – am 1. Oktober Griechenland erreichen



ASB-Arzt Dr. Schinzel hatte mit großen und kleinen Patienten alle Hände voll zu tun.

Fotos:
Jürgen Mackensen)



sollte. Ein Teil des Personals, das bis dahin bereits zwei Wochen im Einsatz war, sollte ausgetauscht werden. Der ASB-Bundesverband in Köln stellte sich nach

Angaben vom Leiter des Auslandshilfe-Referates, Roland Conrad, auf einen Griechenland-Einsatz ein, der bis mindestens Mitte Oktober andauert.

Spendenkonto 18 88 bei allen Kölner Banken, Sparkassen und beim Postgiroamt Köln. Stichwort: Erdbebenhilfe Griechenland. esc

Mittel für die Wiederaufbauhilfe in Mexiko bereitgestellt

Spende für ein Entlausungsprogramm

Kommission legt Abschlußbericht vor

Für die Wiederaufbauhilfe in Mexiko, das vor über zwölf Monaten von einem schweren Erdbeben heimgesucht wurde, hat der Arbeiter-Samariter-Bund jetzt finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. 16 000 US-Dollar spendete die Organisation im August für ein Entlausungsprogramm, das vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) in Mexikostadt abgewickelt wird. Ein Fahrzeug und Material sollen von der Geldspende, die über UNICEF Deutschland floß, gekauft werden. Die Projektleiterin in Mexiko, Vesna Bosnjak, hatte den ASB-Bundestechniker Jürgen Mackensen auf die Dringlichkeit der Anschaffung hingewiesen, als dieser im Juli mit einer Kommission die mexikanische Hauptstadt bereiste.

Die „Objekt-Findungs-Kommission“, zu der neben Mackensen auch Vertreter von Arbeiter-Wohlfahrt, Technischem Hilfswerk, Johanniter-Unfall-Hilfe und Civil Service International gehörten, prüfte im Auftrag der Bundesregierung drei Wo-

chen lang eine Vielzahl von konkreten Wiederaufbau-Projekten vor Ort.

Mit der Bitte um Unterstützung der Vorhaben waren mexikanische Regierung und nicht-staatliche Organisationen auch an den Arbeiter-Samariter-Bund herangetre-

ten. Zur Diskussion stehen Selbsthilfe-Projekte im Wohnungsbau und bei der Gesundheitsversorgung, für die personelle, materielle und finanzielle Hilfe benötigt wird.

Ein Jahr nach dem Erdbeben in Mexiko,

Mitarbeiterinnen von UNICEF führen das Entlausungsprogramm durch.



Zahlreiche Ruinen im Stadtgebiet erinnern an die Katastrophe.



In Zelten warten die Bewohner zerstörter Häuser auf die Wiederherstellung ihrer Wohnungen.



Zahlreiche Selbsthilfegruppen betreiben Wiederaufbau.

(Fotos:
Jürgen Mackensen)



stellt der über 200-seitige Abschlußbericht der Kommission fest, sei die dringendste Versorgung der Bevölkerung mit Unterkunft, Ernährung, Kleidung und medizinischer Versorgung „auf die eine oder andere Weise“ sichergestellt. Staatliche mexikanische Stellen und eine Reihe von in- und ausländischen NOGs seien für die Betroffenen tätig geworden.

Das Erdbeben, heißt es im Bericht weiter, habe manche der heutigen Probleme direkt verursacht, schon vorhandene aber verschärft oder stärker ins Bewußtsein der mexikanischen Öffentlichkeit gerückt.

Auf der Grundlage des Berichtes, der zahlreiche Projektbeschreibungen und Eindrücke der Kommissionsmitglieder enthält, werden die Organisationen entscheiden, welche Wiederaufbaumaßnahme sie in welcher Form unterstützen.

Der Arbeiter-Samariter-Bund hat, zusätzlich zum Entlausungsprogramm von UNICEF, zwei geeignete Initiativen gefunden, die möglicherweise gefördert werden: ein kleineres Bauvorhaben und ein Programm im Gesundheitsbereich. Für eines der beiden wird sich der ASB in den nächsten Wochen entscheiden. esc

Alarm für den Sanitätszug des ASB Osnabrück

Der Sanitätszug des ASB-Ortsverbandes Osnabrück wurde am 21. Juni gegen 8.30 Uhr alarmiert. Kurz darauf trafen die letzten der 43 Helferinnen und Helfer auf der Dienststelle ein. Nachdem sie sich auf die Fahrzeuge verteilt hatten, ging es in Kolonnenfahrt nach Wallenhorst unweit von Osnabrück, wo das Material des Zuges gelagert ist. Hier wurden Zelte, Verbandkästen, Feldbetten, Stromaggregat und Kabel verladen. Über Funk wurde die Kolonne in den Übungsraum bei Halem geleitet.

Nach einer kurzen Geländebegehung errichteten die Helfer einen Verbandplatz: Arztzelt, Sanitätszelle für leicht Verletzte und Betreuungszelte. Nach dem Einrichten fand die Ausbildung in Gruppen statt. Die Helfer übten unter anderem die Wundversorgung, den Umgang mit Karte und Kompaß, die Arbeit mit dem Notstromaggregat.

Ein Ende der Übung war für den Sanitätszug auch nach der Ausbildung nicht in Sicht. Die Gruppen führten einen 5 Kilometer langen Orientierungsmarsch durch, der vorbei am Niedringhaussee wieder zurück zum Truppenübungs Gelände führte. Der Zugführer der Sanitätseinheit zeigte sich anschließend zufrieden mit dem raschen Zurechtfinden seiner Helfer.

Nach einer kleinen Pause wurde es ernst: Die Einsatzleitung bekam die Information, daß sich in der Nähe eine Explosion ereignet hätte. Die Sanitätsgruppen rückten aus. Sie fanden zunächst fünf Jugendliche vor, die Munition gefunden hatten. Die jungen Leute wiesen Verletzungen auf: Schädel-Hirn-Trauma, Schlagaderblutungen, Splitter- und Wirbelsäulenverletzungen. Ein sechster Schwerverletzter lag am Ende eines 20 Meter tiefen Abhangs.

Nachdem alle Verletzten registriert und im Arztzelt versorgt worden waren, ging der erste Tag der Übung zu Ende. Für die Nacht wurden Wachen eingeteilt, Fahrzeuge und Verbandplatz bewacht.

Am zweiten Übungstag wurde um sieben Uhr geweckt. Nach dem Abbau der kleinen Zeltstadt kehrte der Sanitätszug des ASB Osnabrück nach Hause zurück. ovos

Bundesjugendausbildungslager:

Neben der Ausbildung kam auch die Freizeit nicht zu kurz

Das Bundesjugendausbildungslager (BJAL) war wieder ein voller Erfolg für die Jugendlichen, die selbst in ihrer Freizeit noch gerne etwas dazulernen. Ein gutes Freizeit- und Ausflugsprogramm bildete wie jedes Jahr den Rahmen für eine umfassende Fortbildung in Erster Hilfe, zum Sanitätshelfer, Ausbilder, Funker oder zum perfekten Schminker in der „Realistischen Unfall-Darstellung“ (RUD). Auch ein Schwesternhelferinnen-Kurs fand während dieser Zeit statt.

136 Teilnehmer(innen) aus fast allen Bundesländern kamen diesmal nach Allmannsweiler, zwei Kilometer von der Bodenseestadt Friedrichshafen entfernt.

Das BJAL findet im Sanitätsausbildungszentrum 850 der Bundeswehr statt. Manchem kamen da natürlich Bedenken. Aber selbst einige teilnehmende Zivildienstleistende gaben schnell ihre Vorurteile auf. Lediglich der freundliche Wachmann an der Einfahrtsschranke, manche auf dem Flur hängende, teilweise etwas belustigende Dienstvorschrift und die Anwesenheit eines JUH-Rettungssanitäters in Bundeswehruniform (er leistete gerade seine Pflichtübung) erinnerten gelegentlich an eine staatliche Einrichtung.

Zehn JUH-Ausbilder hatten sich wegen des anfänglich sehr guten Wetters auf eine angemessene Unterrichtsform geeinigt: Morgens Unterricht, nachmittags Freizeit, abends nochmals Unterricht. So konnten die Teilnehmer zur heißen Tageszeit dort sein, wo das Leben am meisten Spaß macht: Im Schwimmbad.

War allerdings Unterricht, dann hieß es büffeln. Denn die strengen Augen der Ausbilder merkten sofort die geringste Unsicherheit beim Anlegen von Verbänden, im Rhythmus der Herz-Lungen-Wiederbelebung, in der Rhetorik als Ausbilder-Anwärter bei der Unterrichtsprobe.

Jeder Teilnehmer hatte immerhin das Ziel vor Augen, die Abschlußprüfungen zu bestehen. Und daß diese nicht einfach sind, war von vornherein allen klar. Nicht umsonst werden Johanniter für ihre Tätigkeit gelobt.

Manager des BJAL Rainer Matthes regelte in freundlicher, aber bestimmter Art den Gesamttablauf; antwortete auf Fragen, die in der morgendlichen Besprechung verschlafen wurden, selbst wenn sie zehnmal am Tag gestellt wurden, reagierte gemächlich, wenn wieder einmal die Tür zu seinen „Leitungsstab-Zimmer“ hereinfließ und eine schnelle Helferin mit einem nicht mehr aufzuschiebenden Problem hereinplatzte, wenn sich während seines Mittagessens gleichzeitig drei Helfer mit gewichtigen Fachfragen auf ihn stürzten, wenn sich abends noch irgendwo etwas regte (oder eben nicht regte), wenn ein Nachtwandler die Zimmertür verwechselte oder wenn eine Gruppe das Image der JUH verbessern wollte... Er hatte die muntere Horde im Griff.

Zwei Tagesausflüge führten zu interessanten Zielen: In der Schweiz fuhr man mit der Zahnrad-Bergbahn Rohrschach-Heiden. Und die in jedem Erdkundebuch abgebildeten Pfahlbauten konnten „live“ gesehen werden.

Am Schluß des BJAL stand – neben den Prüfungen – die große Offenbarung: Da stellte sich für manch eifrige Zimmer-Crew das Problem, für zwei Wochen zu putzen... Denn leider bekam man erst nach Abnahme der „Stube“ durch die „Oberzimmerwarte“ endlich die heiß begehrte Lehrgangsbescheinigung. Einen festlichen Höhepunkt bildete der Abschlußabend, zu dem auch einige Mitglieder der am Bodensee gelegenen Orts- und Kreisverbände kamen.

Soziale Dienste – Chance für die Zukunft

Schon um 7.30 Uhr beginnt für Karin Merkl der Dienst. Sie muß zu zwei zuckerkranken Frauen, die ihre Insulin-Injektion benötigen. Danach fährt sie zu einer Multiple-Sklerose-Patientin, deren Familienangehörige berufstätig sind: Sie muß von der Krankenschwester versorgt werden: Morgenwäsche, Zubereitung des Frühstückstücks, der Gang zur Toilette, das Herrichten des Bettes der Patientin. Karin Merkl's Fahrt durch die Gemeinden Wenzbach/Bernhardswald und Zeitlarn führt sie zu weiteren Hilfsbedürftigen. So zu einer Frau mit offenen Beinen, deren Verbände sie wechselt. Beim nächsten Patienten ist der Katheter auszutauschen,



Auch die Versorgung mit den aktuellen Tagesnachrichten gehört zur Betreuung alter oder bettlägeriger Patienten.

In der Betreuung Behinderter finden die JUH-Helfer ein weites Betätigungsfeld.



dann wieder eine Grundpflege. Die eine Diabetikerin hat sich zu allem Unglück auch noch den Arm gebrochen. Die JUH-Schwester bereitet ihr das Mittagessen. Dann endlich heißt es auch für sie: Mittagspause!

Sie verbringt sie mit den Kolleginnen in der Sozialstation in Wenzelbach/Bernhardswald. Es ist die einzige von der Johanniter-Unfall-Hilfe betriebene Station im Netz sozialer und ambulanter Krankenpflegestationen in Bayern. Dieses Netz, aufgebaut mit Hilfe der Landkreise und Gemeinden, getragen von den verschiedenen Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden, ermöglicht auf einzigartige Weise die Pflege und Betreuung älterer und kranker Mitbürger.

15 000 Einwohner betreuen die JUH-Mitarbeiter der Wenzelbacher Station. Es sind außer Karin Merkl eine Altenpflegerin, eine Pflegedienst- und eine Schwesternhelferin sowie eine ehrenamtliche Pflegekraft beschäftigt. Zu ihren Aufgaben gehören auch das Führen eines Haushaltes mit Kleinkind, Geh- und Bewegungsübungen mit einer jüngeren Patientin mit einem Hüftleiden oder das Überwachen einer vom Hausarzt gelegten Infusion. Die Station verleiht aber auch Rollstühle, Krankenbetten, Krücken, Nachtstühle und medizinische Geräte. Und die Einsatzbereitschaft und absolute Sauberkeit der Geräte muß gewährleistet werden. Neben vom Arzt verschriebenen Pflegemaßnahmen erledigen die JUH-Mitarbeiterinnen der Sozialstation auch noch Hilfeleistungen wie Besorgungen und Behördengänge, teilweise ohne Bezahlung und außerhalb der Arbeitszeit. „Das ist doch eine Selbstverständlichkeit“, versichert Karin Merkl.

Jeder fünfte Heimbewohner könnte zu Hause leben

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie die Johanniter-Unfall-Hilfe auf die gesell-

schaftlich-kulturellen, wirtschaftlichen und anderen Veränderungen in unserer Gesellschaft reagiert. Das Stichwort heißt: Soziale Dienste. Und gerade im Bereich der Altenhilfe sind die zu erwartenden Veränderungen besonders deutlich. Bis 1990, so eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes, werden 74 Prozent unserer Mitbürger über 70 Jahre – das sind immerhin drei Millionen Männer und Frauen – alleine in ihren Haushalten leben. Außerdem wird die Zahl der über 80jährigen von bisher 1,5 auf 2 Millionen steigen. Um eine weitgehend unabhängige und selbständige Lebensführung dieser Mitbürger zu ermöglichen, ist ein Ausbau der Betreuung und Pflege zuhause nötig. Schon heute vermutet man, daß jeder fünfte Heimbewohner eigentlich in gewohnter häuslicher Umgebung leben könnte, wenn es bessere ambulante und Soziale Dienste gäbe. Hier ist die JUH als Teil der Freien Wohlfahrtspflege gefordert. So ist die Erweiterung der Sozialen Dienste nach dem bereits vorgestellten Wenzelbacher Vorbild von den bayerischen Orts- und Kreisverbänden bereits beschlossen worden.

Es gibt noch andere Beispiele. In Bad Oeynhausen in Nordrhein-Westfalen soll ebenfalls ein mobiler Hilfsdienst starten. Hier soll das Angebot neben dem „Essen auf Rädern“ etwa auch Haushaltshilfen und Einkäufe umfassen. Und sobald die Finanzierung gesichert ist, soll ein Hausnotruf-System eingerichtet werden.

In Osnabrück konnte unlängst ein solches System seiner Bestimmung übergeben werden. In der von Johannitern betriebenen Zentrale werden die durch einen einzigen Knopfdruck ausgelösten Notrufe der meist älteren oder behinderten Teilnehmer empfangen. Erfahrungen aus Berlin zeigen, daß es neben dem medizinischen „Ernstfall“ wie Herz- und Kreislaufstörungen auch andere Hilfeleistungen gibt, die verlangt werden, etwa für in ohne Hilfe Dritter unlösbare Notlagen geratene Rollstuhlfahrer. Durch die

Zentrale wird dann ein angemessener Einsatz der Helfer ermöglicht.

Zu den neuen Sozialen Diensten der JUH zählt auch der in diesem Jahr zum zweiten Male angebotene Wassergymnastik-Kurs des JUH-Kreisverbandes Duisburg. Neben der gesundheitsfördernden sportlichen Betätigung wird hier besonders auf die soziale Komponente, nämlich die Gruppenzugehörigkeit, Wert gelegt. Der große Erfolg des letzten Jahres zeigt, wie dankbar gerade ältere Menschen dafür sind.

Die JUH plant schon jetzt für die Zukunft

Es gibt noch weitere, richtungweisende Ansätze neben den „traditionellen“ Angeboten der JUH, wie etwa dem seit 1981 tätigen Unfallfolgedienst oder den Behindertenfahrdiensten. So übernahmen die Johanniter des Friedrichshafener Fahrdienstes im Sommer den Transport und die Betreuung behinderter Mitbürger während ihres Urlaubsaufenthaltes am Bodensee.

Die JUH im schleswig-holsteinischen Marne kümmert sich nunmehr um die Betreuung mißhandelter Frauen. Die Mitarbeiter der Marner Sozialstation leisten unbürokratische Hilfe, nicht nur bei der Wohnungssuche. Sie besorgen auch Möbel oder übernehmen das Ausfüllen von Formularen.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß es durchaus möglich ist, auf die Folgen der sozialen Veränderungen und Mißstände vor Ort einzugehen. Der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilhelm Graf von Schwerin, hat in der jüngsten Vergangenheit mehrfach auf die geänderte Situation hingewiesen. Bei den Sozialen Diensten liegt eine große Zukunft vor den Johannitern.

Gefragt sind Einsatz, Engagement und ein sicheres Auge für die Probleme, die oft schon in der Nachbarschaft beginnen. Selbst ausgefallene Dienste wie die Betreuung Inhaftierter in Neumünster runden das neue Spektrum des Leistungsangebotes der JUH ab.

Und: Die jetzt beispielsweise durch die Asylantenfrage anstehenden Probleme können auch mit der JUH gelöst werden. Das haben die Helferinnen und Helfer in Celle mit ihrem unermüdlichen Einsatz bewiesen. Vietnamesische Familien fanden in der niedersächsischen Stadt ein neues Zuhause. In Quickborn steht die JUH obendrein in Verhandlungen, ein gesamtes Asylantenheim zu betreuen. Vor allem die enge Kooperation mit dem Diakonischen Werk, dessen Fachverband die JUH bekanntlich ist, ermöglicht den Schritt in die neue Zukunft – hin zu den Sozialen Diensten.

Rainer Glitz

Hurra, die Schule brennt!

In der Realität ein Alptraum, doch ein oft heimlich gehegter Kinderwunsch wurde im Rahmen einer Katastrophenschutzübung durchgespielt: Feuerwehr und Rettungsdienst zum Anfassen und hautnah erlebten die 10- bis 18jährigen Schüler des Musischen Internats Hadamar (Limburger Domsingknaben) als eifrige Verletztendarsteller. Nach einer Explosion waren die oberen drei Stockwerke des fünfgeschossigen Hauses eingestürzt bzw. es bestand Einsturzgefahr. In dem Gebäude waren rd. 100 Personen eingeschlossen. Die Älteren lässig cool, die jüngeren Schüler voller Ungeduld warteten in den oberen Räumen des Wohnheimes versteckt oder unter den Trümmern auf ihre Retter.

Ziel der Übung war es, das Zusammenwirken der Fachdienste des Katastrophenschutzes mit ca. 100 Helfern zu testen. Neben dem Betreuungszug des Malteser-Hilfsdienstes unter Leitung des Stadtbeauftragten und Zugführers Heinz-Georg Muth waren noch Löschzüge der Feuerwehren Elz und Hadamar sowie der ABC-Zug der Feuerwehr Limburg im Einsatz.

Als Übungsobjekt bot das Internat mit seiner Lage im abschüssigen, platzmäßig beengten Gelände für Einsatzleitung, Helfer und Fahrzeuge zum Teil recht schwierige Bedingungen. Zuerst galt es, freie Fahrt der Fahrzeuge zum »Unglücksort« zu sichern, kleinere Brände zu bekämpfen und die Zugänge des Gebäudes von Trümmern zu räumen. Die Meldung »Ausströmendes Gas« stoppte die Bergungsarbeiten. Schweres Atemgerät kam sodann zum Einsatz.

Während dessen wurden Notunterkünfte für die Obdachlosen eingerichtet, Sanitätszelte zur Aufnahme der Verletzten aufgebaut, die Erstversorgung und Registrierung aller am Sammelpunkt Eintreffender sichergestellt und Warmverpflegung für 200 Personen durch den Malteser-Hilfsdienst vorbereitet.

Regenschauer, schlammiger Erdboden,

vor allem der steile Zugang mit unzähligen Treppenstufen forderten von den Helfern Kondition und Ausdauer, zumal den bereits geretteten und versorgten »Verletzten« das »Gefunden und Getragen werden« solchen Spaß bereitete, daß es manchem gelang, sich mehrfach aus dem Gefahrenbereich transportieren zu lassen. Zu der schweißtreibenden körperlichen Arbeit kam das Bombardement von Fragen. Wissensdurstig bestanden die Heranwachsenden darauf, Fahrzeuge, eingesetztes Gerät und Material zu begutachten, wenn möglich selbst zu erproben. Mancher, der eben noch mit Nachdruck versicherte, schwer verletzt oder bewusstlos zu sein, ward auf wundersame Weise genesen. Auch mit Kritik wurde nicht gespart: »Ihr seid viel zu langsam, fast eine Stunde habe ich mich in meinem Zimmer versteckt. Aber wenn ich groß bin ...!« Für die Kinder und Jugendlichen sicher ein ereignisreicher Tag.

Der Einsatzleitung und den Zugführern wurde durch diese Übung klar, was in der Ausbildung noch zu verbessern ist.



Die Domsingknaben machen es den Rettungsmannschaften nicht leicht. (Foto: Honninger)

Die Schiedsrichter, Stadtbrandinspektor Karl Heinz Theis und Meinolf Kamkötter (MHD), mußten keine gravierenden Mängel aufzeigen. Anfängliche Schwierigkeiten bei der Weitergabe von Befehlen und Rückmeldungen wurden nach dem Warmlaufen rasch überwunden. Auch das »Einspringen« eines Gruppenführers in die Zugführerposition klappte reibungslos, als dieser »schwerverletzt« einsatzunfähig wurde.

Alles in allem war die Übung ein voller Erfolg. Stadtbeauftragter Muth dankte Herrn Schmitt, dem Leiter der Limburger Domsingknaben, für die gute Zusammenarbeit, und traurige Kinderaugen blickten den abrückenden Hilfsmannschaften nach. Beim anschließenden gemütlichen Beisammensein wurde beschlossen, auch zukünftig in ähnlicher Weise gemeinsam zu üben. Monika Petroschka

Gegen den Herztod – CPR-Aus- bildung

Jährlich sterben in der Bundesrepublik über 100 000 Menschen an plötzlichem Herztod.

Die medizinische Klinik des Städtischen Krankenhauses und der MHD in Aschaffenburg führen derzeit ein Pilotprojekt durch. Ziel dieser Aktion ist es, den Bürgern das Erkennen des Auftretens des plötzlichen Herzinfarktes sowie die richtigen Erstmaßnahmen zu vermitteln. Würde den Betroffenen in den ersten vier bis fünf Minuten geholfen, könnten bis zu 60 %, so die ärztlichen Erfahrungen, den Herzinfarkt überleben. Zu überbrücken ist dabei die Zeitspanne bis der Rettungsdienst eintrifft.

Unter dem Kürzel CPR verbirgt sich nichts anderes als die Bezeichnung Cardio-Pulmonale Reanimation. Der ärztliche Leiter dieses Pilotprojekts, Professor Dr. Rudolf Juchems, wurde von der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin beauftragt, das Pilotprojekt zu verwirklichen. Gemeinsam mit dem MHD wird versucht, möglichst vielen Laien die CPR-Methode vertraut zu machen. M. Schubert

2. Allgäuer Notfall- symposium

Zu den Schwerpunkten „Akute Atemnot“ und „Internationaler Vergleich des Rettungsdienstes“ trafen sich vom 28. bis 29. Juni mehr als 8 000 Notärzte und Rettungssanitäter aus der Bundesrepublik, Österreich, der Schweiz, Frankreich, England und den USA zum 2. Allgäuer Notfallsymposium in Memmingen.

Initiator dieser Veranstaltung, Dr. Klaus Wagner, Chefarzt der Anästhesie am Kreiskrankenhaus Memmingen und versierter Notfallmediziner, erhielt in der jetzt einjährigen Vorbereitungsphase tatkräftige Unterstützung durch die örtlichen Hilfsorganisationen. Im Organisations-team waren neben Kollegen des BRK und der JUH auch erfahrene Rettungssanitäter der Memminger Malteser vertreten.

In Fachvorträgen wurde eingehend die akute Atemnot als eines der dringlichsten Notfallereignisse untersucht. Entstehung, Zeichen und notfallmäßige Erstversorgung wurden abgehandelt. Unter der Vielzahl namhafter Referenten befand sich auch Prof. Dr. Sefrin vom Institut für Anästhesiologie der Uni Würzburg, der den Vorsitz der Arbeitsgruppe „Rettungsdienst im internationalen Vergleich“ führte.

Die Ärzte und Rettungssanitäter nahmen auch die „Rettungskette“ kritisch unter die Lupe. Um Patienten zu retten, darf kein Glied der Kette, vom Laienhelfer über den Rettungssanitäter und Notarzt, so die Kongreßteilnehmer, ausfallen. Für Dr. Wagner ist das Funktionieren der Rettungskette nicht nur eine technische und organisatorische Frage, sondern auch eine Frage der umfassenden fachlichen Qualifizierung der Ersthelfer, des Rettungsdienstpersonals und der Notärzte.

Vor der Memminger Stadthalle, die sich wiederum als idealer Tagungsort bestätigte, wurde ein umfangreiches Industrie-forum der modernsten Rettungsfahrzeuge, mit zwei Rettungshubschraubern sowie Informationsständen der örtlichen Rettungsorganisationen geboten. Ein Rahmenprogramm mit Jazz- und Orgelkonzerten sorgte nach anstrengenden Sitzungsstunden für etwas Erholung.

Für Dr. Wagner steht indes nach dem Erfolg dieser Veranstaltung fest: es wird in Memmingen auch ein drittes Notfallsymposium geben, an dem BRK, JUH und MHD beteiligt werden. Werner Mutzel

Modernste Rettungsfahrzeuge werden vor der Memminger Stadthalle gezeigt.

(Foto: Kohl)



„Erdbeben“ in Handorf

„Ein Erdbeben mit katastrophalen Folgen: zahlreiche Verletzte und Verschüttete.“

Vor diese Aufgabe sahen sich das Technische Hilfswerk (THW) Lemgo und der Sanitätszug des MHD Emsdetten, dazugehörig eine Sanitätsgruppe aus Steinfurt, an einem Samstag Anfang Juni gestellt.

Zweck dieser Übung war es, das Zusammenspiel zwischen dem THW als Bergungsgruppe und dem MHD mit Erster Hilfe durch die Sanitäter zu erproben, um für Ernstfälle daraus Nutzen ziehen zu können.

Verschüttete in Röhren

Ort der Übung war das Gelände des THW Münster in Handorf. Hier bot sich den Helfern aus Emsdetten sowie dem 2. Bergungszug des Ortsverbandes Lemgo ein „grauenhaftes“ Bild: einige eingestürzte Häuser, deren Trümmer mehrere Menschen unter sich begraben hatten, überall nach Hilfe rufende „Verletzte“. „Ganze Arbeit“ hatten hier die Mimtrupps mit Jugendlichen aus Münster und Emsdetten geleistet. Ob Schnittwunden, offene Brüche oder gar ein Armabriß, die künstlerischen Talente beim Schminken sowie das schauspielerische Können ließen fast vergessen, daß es sich nur um eine gestellte Katastrophe handelte. Hierzu trug außerdem auch die Szenerie bei; die Helfer mußten die Verletzten auf den Tragen über die Trümmer hinweg aus dem „Katastrophengebiet“ herausholen, was bei dem locker sitzenden, regennassen Gestein oft wirklich gefährlich war.

Schwierig war das Bergen von Verschüt-

teten aus mehreren Röhren. Denn noch in der Röhre mußte der „Verletzte“ mit Sauerstoff behandelt werden, außerdem mußte er auch durch die enge Röhre nach draußen gebracht werden; gemeinsam wurde auch diese Schwierigkeit bewältigt.

Gas tritt aus

Nach dem Motto „Ein Unglück kommt selten allein“ war die Übung damit noch längst nicht beendet. Nacheinander ereigneten sich eine „Explosion im Kesselhaus“ sowie der „Einsturz eines Hauses infolge eines Nachbebens“. Erneut mußten die Helfer ihr Können unter Beweis stellen, den Unglücksort finden, die Lage sichten, die Verletzten bergen und sanitätsdienstlich versorgen. Auch hier forderten die Mimen ihren „Rettern“ einiges ab, da „Gas“ ausgetreten war, mußten Schutzmasken getragen werden, hier wurde auch mit „Rauchbomben“ nicht gespart.

Doch schließlich war auch dieser Einsatz beendet, und die „müden Helfer“ konnten sich an der mitgebrachten Verpflegung stärken.

Mit den „Verletzten“ besprachen sie im Anschluß den Verlauf der Übung und die geleisteten Hilfsmaßnahmen. Einhellig war hierbei die Meinung, daß dieses seit langem die beste Übung des MHD gewesen sei.

Erhard Wagner, der Zugführer des MHD-Katastrophenschutzes, lobte besonders die gute Zusammenarbeit zwischen dem Technischen Hilfswerk und den Sanitätern, wobei auch der zur Verfügung gestellte Platz wirklich ideal gewesen sei.

Innenminister Schlee eröffnet Ausstellung über die Aufgaben der Feuerwehren

„Feuerwehr heute“ in Stuttgart

„Der Öffentlichkeit zeigen, daß die Feuerwehr nicht nur zum Löschen von Bränden da ist“

Die baden-württembergischen Feuerwehren sind für die ihnen übertragenen Aufgaben gut ausgebildet und ausgerüstet. Wie Innenminister Dietmar Schlee bei der Eröffnung der Ausstellung „Feuerwehr heute“ in Stuttgart deutlich machte, ist die Feuerwehr eine der wichtigsten Umweltschutzorganisationen. Zu den Aufgaben gehört die Bekämpfung von Gefahren, die von Unfällen mit gefährlichen Stoffen und Gütern ausgehen. Bei diesen Einsätzen gilt es, Gefahren für Menschen und die Umwelt zu verhindern oder zu beseitigen. Daneben haben die Feuerwehren die traditionelle Brandbekämpfung und umfangreiche Aufgaben im Bereich der technischen Hilfeleistung zu erledigen. „Die Umweltschutzaufgaben aber sind für die Feuerwehren die Bewährungsprobe dieses Jahrzehnts. Es geht darum, diese neue Herausforderung mit großem Engagement anzugehen“, erklärte Schlee.

Nach Darstellung des Ministers will die Ausstellung „Feuerwehr heute“ die umfangreichen Aufgaben und die Leistungsfähigkeit der Feuerwehren in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Schlee: „Ich halte es für notwendig, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Feuerwehr nicht nur zum Löschen von Bränden da ist, sondern daß sie dem Bürger ein Helfer geworden ist in Notlagen der verschiedensten Art.“

Den steigenden Anforderungen sind – so Schlee – Feuerwehren nur gewachsen, wenn Organisation, Ausbildung und vor allem die Ausrüstung der Wehren mit der neuesten Entwicklung Schritt halten und ständig verbessert werden. Baden-Württemberg hat für die Beschaffung der neu entwickelten Sonderfahrzeuge, insbesondere der Gerätewagen für Öl-, Strahlen-, Säure- und Chemieunfälle die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Land und Kommunen wenden rund 400 Millionen DM im Jahr für die Feuerwehren auf.

Neben der technischen Ausrüstung ist eine optimale Aus- und Fortbildung bestimmend für die Qualität der Feuerwehren. Dem Innenministerium ist es in Zusammenarbeit mit der Landesfeuerweherschule gelungen, das Ausbildungsangebot auszuweiten und vielseitiger zu gestalten.

„Steig ein – mach mit“ ist das Motto der Aktion „Jugendfeuerwehr“, die der Minister erstmals der Öffentlichkeit vorstellte. Das dazu vorbereitete Informationspaket soll für die Jugendfeuerwehr werben. Den Jugendlichen wird insbesondere aufgezeigt, daß bei der Jugendfeuerwehr neben der feuerwehrtechnischen Grundausbildung bei der örtlichen Feuerwehr eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung möglich ist.

Wie Innenminister Schlee deutlich machte, steht bei der Feuerwehr der selbstlose Einsatz der Feuerwehrmänner und -frauen im Mittelpunkt: „Die ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen opfern ihre Zeit, um Leben, Gesundheit und Sachwerte ihrer Mitbürger zu schützen. Dieser Dienst für die Allgemeinheit verdient es, besonders gewürdigt zu werden“ – so Innenminister Schlee.

Hohe Auszeichnung für Ministerialrat Dr. Andrews

Der Minister des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Böckmann, verlieh Ministerialrat Dr. Ewald Andrews das Goldene Feuerwehr-Ehrenzeichen am Bande für hervorragende Verdienste um das Feuerwehrwesen. Dr. Andrews ist Leiter der Arbeitsgruppe „Katastrophenschutz/Katastrophenhilfe Inland/Ausland“ und Vertreter des Leiters der Abteilung „Zivile Verteidigung“ im Bundesministerium des Innern.

Der Minister betonte, daß sich Dr. Andrews in dieser Funktion seit 1974 stets mit Nachdruck und Erfolg für die berechtigten Belange der Feuerwehren eingesetzt habe. Dies betreffe einmal die Mitwirkung der Feuerwehren im erweiterten Katastrophenschutz, in dem es darum gehe, Organisation, Ausrüstung und Ausbildung der Feuerwehren so zu gestalten, daß ein einheitliches und wirksames Instrument, aufbauend auf der Gefahrenabwehr für den Frieden, für die Aufgaben in einem V-Fall entstehe.

Dr. Andrews habe sich aber auch bei allen Aktivitäten der Feuerwehren verdient gemacht, die über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinausgehen, seien es die Hilfeleistungsabkommen mit



benachbarten Staaten oder die Gewährung von Hilfe in akuten Gefahren und Notlagen im Ausland. Insbesondere habe er als deutscher Delegationsleiter bei den Verhandlungen mit Frankreich, Luxemburg und Belgien die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz in sehr kooperativer Weise vertreten.

Unser Bild zeigt (von links): Minister Kurt Böckmann und Ministerialrat Dr. Ewald Andrews.

Bildkassette für Deutsches Feuerwehr- Museum

Ein namhafter Automobilhersteller hat dem Deutschen Feuerwehr-Museum eine Bildkassette in einer Auflage von 1 500 Stück zum Geschenk gemacht.

Das Geschenk nahm der Kuratoriumsvorsitzende des Deutschen Feuerwehr-Museums, Oberbürgermeister Dr. Hamberger, in den historischen Spiegelsälen des Fuldaer Stadtschlusses entgegen. Bei der Übergabe wurde hervorgehoben, daß das im Bau befindliche Deutsche Feuerwehr-Museum als ein Technikmuseum besonderer Art in der Öffentlichkeit besondere Beachtung finden werde.

Die in feuerwehrrot gehaltene Mappe enthält vier vorzüglich gestaltete Bildtafeln. Sie zeigen Löschfahrzeuge aus Vergangenheit und Gegenwart, u. a. die älteste bekannte deutsche Handdruckspritze aus dem Jahre 1624 und die erste Elektro-Automobil-Rettungsleiter der Welt mit Elektrorad-Nabenmotor.

Die Bildkassette ist als Dankeschön an Freunde und Gönner des Museums sowie an Leihgeber von Exponaten gedacht. Sie kann auch gegen eine Spende vom Verein Deutsches Feuerwehr-Museum in Fulda bezogen werden.

9. Landeszeltlager der Jugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz

32 Jugendfeuerwehren des Landes Rheinland-Pfalz und acht Jugendfeuerwehren aus Österreich, Frankreich und den Benelux-Staaten nahmen am 9. Landeszeltlager der Jugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz vom 19. bis 27. Juli 1986 in Herxheim/Pfalz teil.

Der Schirmherr des Lagers, der rheinland-pfälzische Innenminister Kurt Böckmann, begrüßte die 850 angetretenen Teilnehmer im Herxheimer Waldstadion. Er dankte den Organisatoren, die ein solches Treffen der Kameradschaft und der Freundschaft über Grenzen hinweg ermöglichen hätten.

Die folgenden Tage waren mit vielfältigen Aktivitäten angefüllt. Am Sonntag fanden Übungen zur Abnahme der Leistungsspanne statt. Diese konnten erfolgreich von acht Jugendfeuerwehren abgelegt werden. Überreicht wurde die Leistungsspanne am gleichen Abend durch den Landesjugendfeuerwehrwart Fritz Strauß. Am Montag wurde eine Lagerolympiade durchgeführt, aus der die Jugendfeuerwehr Lambertsberg als Sieger hervorging. Für den nächsten Tag stand ein Ausflug in den „Holiday-Park“ ins 40 Kilometer entfernte Hassloch auf dem Programm. Mittwochs fuhr man zur Besichtigung ins benachbarte Frankreich. Donnerstags fand ein Schlauchbootwettkampf und ein Tischtennisturnier sowie eine abendliche Diskoveranstaltung statt, die vom Südwestfunk live übertragen wurde. Der Freitag war dem Training für den Bundeswettkampf vorbehalten. Für den Samstag stand der Tag der offenen Tür auf dem Lagerprogramm.

Aus der Landesauscheidung für den Bundeswettkampf ging die Jugendfeuerwehr aus Ernst/Mosel als Sieger hervor. Am Abend fand dann auf dem Lagerplatz bei herrlichem Wetter die Siegerehrung

Jugendfeuerwehren aus Österreich und Deutschland bei der Eröffnung des Zeltlagers.



statt. Anschließend erfolgte die große Abschlußfeier des 9. Landeszeltlagers Rheinland-Pfalz. Man verabschiedete sich

mit dem Wunsch, sich in zwei Jahren beim 10. Landeszeltlager in Neuwied/Rhein wiederzusehen.

26. DEUTSCHER FEUERWEHRTAG – vom 11. Juni bis 17. Juni 1990 –

in Friedrichshafen/Bodensee



Foto: Brugger, Stuttgart. freigegeben vom Reg.-Präsidium Stuttgart Nr. 2/22887

Riesenspektakel in Bremerhaven

DLRG-Breitensport bei der SAIL '86 vorgestellt

Bundespräsident und DLRG-Schirmherr Richard von Weizsäcker besuchte den DLRG-Breitensport-Stand

Die DLRG führte anlässlich der SAIL '86 ein Breitensportseminar mit Mitarbeitern aus dem gesamten Bundesgebiet in Bremerhaven durch. Ziel des Seminars war aber nicht das Windjammertreffen, sondern die Information der Besucher über das Breitensportangebot der DLRG. Die Barmer Ersatzkasse hatte für den DLRG-

Informationsstand einen Container angemietet und mit Werbematerial ausgestattet.

Barmer-Mitarbeiter bedienten den Fitneß-Computer, der auf einige Fragen an den Besucher ein individuelles Fitneßprogramm „ausspuckt“. Kleine Spielgeräte sorgten am Container für den Besucheranreiz.

Daneben beteiligte sich das Breitensportseminar mit einer Anzahl von Spielen mit einer „Spielstraße“ beim Spielmobil des

Jugendamtes. Bei jedem Spiel erklärte eine Informationswand den Sinn oder den ernsthaften Hintergrund des Spiels.

So ist z. B. ein Spiel, das die Koordination übt, für jeden nützlich, denn schon beim Stolpern muß der Körper durch blitzschnelles Zusammenspiel der Nerven und Muskeln (eben durch Koordination) den Gleichgewichtszustand wiederherstellen.

Bei einem anderen Spiel mußte ein Ring auf eine Holzhand geworfen werden, die

Unten: Friedrich Marona interviewte Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

Rechts: Eine eindrucksvolle Kulisse: 50 000 Menschen verfolgten das Geschehen.





Lustige Spiele animierten zum Mitmachen.



Der Weltkugel „auf der Nase“ getanzt.



DLRG-Rettungsschwimmer stärkten sich für ihre Aufgaben im Rahmen der SAIL '86.



Die Rettungsboote in Bremerhaven wurden „klar Schiff“ gemacht.

sich aus einer angedeuteten Wasserfläche hervorhob. Hier konnte durch Interviews mit den teilnehmenden Kindern über die Lautsprecheranlage immer wieder auf den ernsthaften Hintergrund solcher „Spiele“ für die Rettungsschwimmerausbildung hingewiesen werden.

Der Renner der Spielstraße war ein Klapprad, dessen Hinterrad hochgebockt war. Ein Dynamo erzeugte Strom für eine elektrische Eisenbahn, die als „DLRG-Rettungsexpreß“ auf einer Kreisbahn zu bewegen war. (Wer sich für die dazu notwendige, einfache elektronische Schaltung interessiert, kann sich beim Breitensportbeauftragten der DLRG, Friedrich Marona, Hermelinweg 6, 4130 Moers 1, informieren.)

Eine Informationstafel wies dabei auf die Notwendigkeit des Ausdauertrainings zur Verbesserung der Herz- und Kreislaufleistung hin.

Sehr erfolgreich und für die Besucher anziehend war der Einsatz eines neuen Spielgerätes, des Schwungtuches. Es erlaubt, daß viele Teilnehmer verschiedener Altersstufen miteinander spielen können. Die Schwungbewegungen, die durch eine Reihe von Spielen aufgelockert wurden, bewirken ein intensives Training der Haltungsmuskulatur und brachten Teilnehmern und Zuschauern Spaß.

Besonders stolz ist die DLRG darauf, daß der Bundespräsident und Schirmherr der Organisation, Richard von Weizsäcker, bei seinem Rundgang über das Gelände spontan vom vorgesehenen Weg abwich und der Spielstraße einen Besuch abstattete. Er wurde gebührend begrüßt und in den Sinn dieser Spielstraße eingeführt. Er bedauerte, nicht mehr Zeit für den Besuch zu haben und setzte seinen Weg fort, nicht ohne dem Breitensportprogramm der DLRG seinen Beifall ausgedrückt zu haben.

Zahlreiche Kinder nutzten mit ihren Eltern die Gelegenheit zu einer kostenlosen Spielpause. Im Gegensatz zu den vielen kommerziellen Anbietern schätzten es die Besucher, bei uns kostenlos mitmachen zu dürfen und trotzdem einen kleinen Gewinn (DLRG- und DLRG-Barmer-Materialien) mit nach Hause nehmen zu können. Während die Kleinen spielten, konnten sich die Eltern informieren.

Das Videoteam der DLRG Oberhausen nahm alle Vorgänge auf, um interessierte Gliederungen auch mit laufenden Bildern zu informieren.

In der Abschlußbesprechung waren sich dann Seminarleitung und Teilnehmer einig: Das war eine gelungene Breitensportveranstaltung, bei der die DLRG auf einem weiteren humanitären Gebiet erfolgreich „Flagge gezeigt“ hat.

Friedrich Marona

DLRG- Groß- einsatz bei der SAIL '86 in Bremer- haven

Zu den Höhepunkten der „Sail '86“ in Bremerhaven gehörte der Besuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Er reiste gemeinsam mit seiner Frau per Zollboot von der Columbuskaje – er hatte auf der EUROPA übernachtet – zum Geestehafen an. Diese Strecke wurde von 24 DLRG-Booten eskortiert, was auch über Lautsprecher auf dem riesigen Gelände verkündet wurde.

Die Besatzungen der DLRG-Boote kamen aus vielen Bezirken, neben den nahen Bremern, Nordenhammern, Cuxhavenern auch aus etwas entfernt liegenden Regionen wie Celle, Braunschweig, Hildesheim, Hamburg, Hagen, Wilhelmshaven und auch Nordrhein. Insgesamt waren mehr als 150 Rettungsschwimmer, Bootsführer und Taucher eingesetzt.

Verstärkt angerückt waren auch die Polizei, das DRK die Feuerwehr, DGzRS und andere Hilfsorganisationen. Genannt sei hier auch die Installation von über 250 Lautsprecheranlagen, weit über 200 Funkanlagen und zehn Befehlsstellen.

Am Nachmittag erhielt die DLRG die Möglichkeit, in einem Interview mit dem Veranstaltungssprecher ihre Aufgaben allgemein und für diese Sail – vor ca. 500 000 Zuhörern – zu erläutern. G. Beil

DLRG-Arbeit wurde in Moskau vorgestellt / Ein Reisebericht

Sowjetunion – der weiße Fleck auf der Weltkarte der Wasserrettung

„Seit Februar dieses Jahres stand es fest, daß wir im Auftrag der Landesregierung den Breitensport auf der NRW-Landesausstellung in Moskau vertreten sollten, daß wir als „Hinterbänkler“ der Sportverbände plötzlich im Rampenlicht stehen würden.

Bei der Ausarbeitung dessen, was wir in Moskau vorführen wollten, galt es zunächst einmal festzustellen, ob es denn dort eine organisierte Wasserrettung überhaupt gibt.

Nach mehreren fruchtlosen Versuchen konnten wir schließlich in Erfahrung bringen, daß es in der Sowjetunion einen „Zentralrat der Gesellschaft zur Rettung am Wasser“ gäbe, ja sogar über eine Anschrift verfügten wir. Also sandten wir ein höfliches, langes und informatives Schreiben nach Moskau. Auf eine Antwort warteten wir jedoch vergebens.

So planten wir „ins Blaue“: Vorstellen eines Katazuges, von Tauchausrüstungen, eines Skooters und natürlich unsere „Anne“. Zwei Videos wurden erstellt, eines über die Arbeit der DLRG allgemein und eines speziell über die Schwimm- ausbildung. Außerdem bereiteten wir uns vorsorglich auf die Durchführung von De-

monstrationen außerhalb des Messegeländes vor – Rettungsübung und Schwimmausbildung.

Das Eintreffen der „Organisations-Vorhut“ (Delegationsleiter, Einsatzleiter, LV-Geschäftsführerin) auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo brachte auch sofort die erste Überraschung: Eine fünfköpfige Delegation bereitete uns einen herzlichen Empfang. Man stünde uns während unseres Aufenthaltes zur Verfügung, eine Dolmetscherin habe man eigens engagiert und würde uns auch alles zeigen. Nach diesem Empfang (woher wußten die überhaupt, daß wir an diesem Tag eintrafen?) galt es erst einmal Luft zu holen, aber die nächste Überraschung kam schon am nächsten Morgen, und sie war alles andere als angenehm: Der Zoll beschlagnahmte unsere Materialien. Dank stundenlangem Geduld und guter Vorarbeit zu Hause war die Sache zu regeln. Zwei Tage vor Messebeginn war unsere „Mannschaft“ – eine Kameradin und elf Kameraden – komplett. Unserem Einsatzfahrzeug fehlte nach über zweieinhalbtausend Kilometern die Frontscheibe, ein Reifen war platt. Dies war keine so große Überraschung – damit hatten wir gerechnet. Mit Unterstützung einer Moskauer

Selbst ist der Mann:
Vorbereitungsarbeiten
zur Errichtung des Standes.





Die DLRG-Aktiven bei der Messe-Arbeit.

Werkstatt wurden diese „Krankheiten“ während unseres Aufenthaltes jedoch geheilt.

Am Tag vor Messeeröffnung kam die nächste große Überraschung: Unser Messestand war lediglich lose daliegenes Material, und die Baukolonne war auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Also: Elf Mann und eine Frau „organisieren“ Schaufeln, hämmerten, sägten und bewegten zwölf Kubikmeter Schotter. Nach mehreren Stunden schweißtreibender Arbeit, begleitet von Regenschauern, waren wir aufgetakelt, die Messe konnte beginnen.

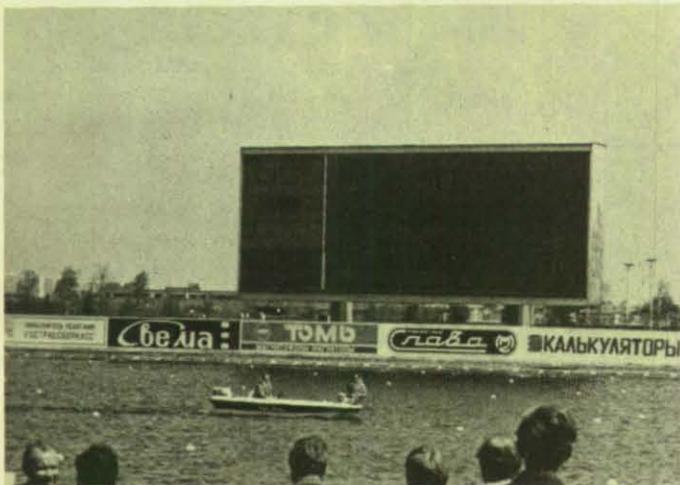
Der erste Tag gehörte den Offiziellen. Ministerpräsident Rau „schaute mal rein“ und Kultusminister Hans Schwier nahm sich sogar Zeit, unser neues Rettungsboot „Adler 13/1“ zu taufen. Und dann kamen die Besucher – stundenlang um eine Eintrittskarte anstehend, wißbegierig und ein Gespräch, wenn möglich in deutsch, suchend. Was sie am meisten verwunderte war, daß die DLRG fast ausnahmslos ehrenamtlich arbeitet, daß wir uns für unseren Moskau-Aufenthalt Urlaub genommen hatten, daß Rettungswachdienst und Schwimmausbildung bei uns in der Freizeit und im Urlaub geleistet werden; sicher eine Folge der sehr stark präsenten hauptamtlichen staatlichen Wasserrettung.

Ungläubiges Kopfschütteln rief bei den meisten Besuchern unser Rettungsboot hervor. Nicht so sehr wegen der ausschließlich mit Leichtmetallbooten fahrenden sowjetischen Organisatoren. Das Boot aus Italien mit deutscher Ausrüstung, amerikanischem Motor und niederländischem Trailer, so ein international zusammengesetztes Material überstieg ihre Vorstellungskraft. Wir wiederum waren überrascht, wie diese Menschen guldig, aufmerksam, freundlich und höflich sind. Mancher von uns mußte seine durch die Berichterstattung in den Medien geprägten Erwartungen revidieren.

Und sie strömten – 50, 100 oder mehr Menschen gleichzeitig auf einem Stand von 60 m². Wenn die Menschentraube um die vier Buchstaben „DLRG“ noch größer wurde, dann zeigte sich schnell die allgegenwärtige Staatsmacht, und unser Stand wurde „geräumt“. Aber nicht lange, und die findigen Russen waren wieder da.

Und immer da war auch unsere Begrüßungsdelegation: Wer von uns seinen freien Tag hatte, bekam Moskau, d. h. zunächst einmal das Leninmausoleum, den Kreml, die Leninberge, aber auch Wachstationen, Bezirksgeschäftstellen – davon gibt es 23 in Moskau – Boote und Arbeitsmaterialien gezeigt.

Dann kamen die Höhepunkte. Im Tschaika-Bad zeigten wir vor über 200 geladenen Funktionären und der staatlichen



Praktische Rettungsvorführungen.



Kultusminister Hans Schwier taufte das neue DLRG-Einsatzboot.



Begrüßung nach der Rückkehr in Dortmund. (Foto: Gotthardt)

Wasserrettung – die gibt es nämlich in der Sowjetunion auch noch – unsere Schwimmausbildung. Eine Sensation für die sowjetischen Zuschauer war es sicher, als Kultusminister Schwier eine bei der Eröffnung gegebenen Zusage einhielt und gemeinsam mit uns schwamm und Befreiungsgriffe übte.

Zwei Tage später, bei einer mehrstündigen Rettungsübung auf dem Ruderkanal des Olympiageländes, war nicht nur das sowjetische Fernsehen dort, sondern auch noch mehr Zuschauer als im Tschaika-Bad. Doch an manches Gesicht konnten wir uns erinnern.

Wir können – wenn wir das „Erlebnis Moskau“ zusammenfassen wollen – mehr als zufrieden sein:

● Wir haben ein gutes Bild von der DLRG abgegeben und manche Vorurteile der deutschen Besucher abbauen können.

nen. Der Bevölkerung haben wir überall dort, wo man uns wahrnehmen konnte, gezeigt und gesagt, daß auch wir – wie sie – Frieden wollen.

● Das uns in großer Fülle überlassene Material wird sorgsam ausgewertet werden müssen – es wird mit Sicherheit viele Erkenntnisse vermitteln, die wir für die Arbeit unseres LV gebrauchen können, die wir aber auch gerne anderen zur Verfügung stellen werden.

● Die ausgestreckte Hand des russischen Landesverbandes zu einer Partnerschaft werden wir ergreifen. Vielleicht wird man – wie es zum Abschluß unseres Aufenthaltes angekündigt wurde – unseren Besuch zum Anlaß nehmen, einen Kontakt zur FIS herzustellen, deren Arbeit durch unsere Aktivität für die sowjetischen Partner ein neues Gewicht erhalten hat.“

Klaus Brings

25 Jahre DLRG-Ortsverband Polizei München

Schirmherr Weihbischof Siebler lobte den Einsatz der Lebensretter

Wie rasch und umsichtig die DLRG im Ernstfall Hilfe leisten und diese Hilfe mit anderen Rettungsdiensten koordinieren kann, das wurde besonders bei jener Einsatzübung ersichtlich, die der Ortsverband Polizei München aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens unter Beteiligung von Bergwacht, Wasserwacht, dem Technischen Hilfswerk und der Berufsfeuerwehr durchführte. Zu den Gratulanten und Festrednern der Jubiläums-Veranstaltung zählten Landesverbands-Präsident Richard Rosipal, Weihbischof Siebler als Schirmherr und Münchens Polizeipräsident Häring. Ehrengast war Otto Schleyer, der am Aufbau der DLRG in Bayern mitwirkte, Ortsverbände gründete und mehrere Menschen aus Lebensge-

fahr im Wasser rettete. Ihm wurde das Mitgliedsabzeichen für 70jährige Zugehörigkeit zur DLRG verliehen. Der Vorsitzende des OV Polizei München, Hauptkommissar Schedel und seine Gattin wurden mit dem goldenen Verdienstabzeichen der DLRG geehrt.

In seiner Rede stellte Schirmherr Weihbischof Siebler fest, daß der Einsatz der DLRG-Aktiven, „jener Menschen, die oft unter Gefährdung ihres Lebens arbeiten“, in der Öffentlichkeit noch mehr bekannt werden müsse. „In der Zeit, in der heftige Kritik an Uniformträgern geübt wird, muß darauf hingewiesen werden, daß Mitbürger über Jahre hinweg ihre Freizeit opfern, um anderen helfen zu können!“

Viele Zuschauer kamen

Während der Rettungs- und Einsatzvorführung herrschte großes Gedränge am Ufer der Isar, waren doch Hunderte von Zuschauern gekommen. In der Tat gab es dann auch viel zu sehen: Die Demonstrationen wurden mit einem Ballonstart eingeleitet. Zu einem Höhepunkt der Vorführungen wurden die Einsätze eines Hubschraubers der Bundeswehr vom SAR-Einsatzkommando Penzberg, der sechs Taucher der Münchener Feuerwehr in die Isar absetzte, die einen vorher versenkten Wagen mit Hilfe eines 45-Tonnen-Kranes der Berufsfeuerwehr aus dem Flußbett bargen.

Eine weitere interessante Vorführung der Rettungsdienste war die Hilfeleistung für zwei „verletzte“ Bergsteiger an einer künstlichen Felswand. Sie wurden mit einem SAR-Hubschrauber geborgen und auf eine Kiesbank in der Isar abgesetzt, wo sie von der Bergwacht übernommen wurden.

Rasche „Hilfe“ bei Alarmübung

Die Einsatzgruppe des DLRG-OV München-Mitte, die an den Übungen maßgeblich beteiligt war, rettete im Rahmen einer nicht angekündigten Alarmübung eine in Not geratene Person aus der Isar und stellte so unter Beweis, daß sie im Ernstfall rasch Menschenleben retten kann. Bei dieser Übung zeigte auch die Besatzung des eigens aus Würzburg geholten Draco-Rettungsbootes große Kenntnis und Umsicht, besonders als es auf die Schnelligkeit bei der Bergung aus dem reißenden und eiskalten Wasser der aufgestauten Isar kurz vor dem Wehr ankam.

Erfolgreich verlief auch der Einsatz des neuen Brandungsretters, der einen von der Brücke in die Isar gesprungenen Rettungsschwimmer aus dem Wasser „fischte“ und an Land brachte. Zum Abschluß der Großübung wurden aus dem SAR-Hubschrauber Fallschirmspringer abgesetzt, die im Isar-Bett landeten.

Beitrag für die Werbung

Für das leibliche Wohl der Einsatzkräfte und Übungsteilnehmer sorgten an diesem Tag die Münchener Brauereien und die Küchen des THW und der Berufsfeuerwehr, wofür ihnen allen Dank gesagt wurde. Ein „Dankeschön“ wurde aber auch an den OV Würzburg gerichtet, der für diese Übung sein Einsatzboot zur Verfügung stellte.

Durch die Organisation und Durchführung dieser Großübung anläßlich seines 25jährigen Jubiläums leistete der OV Polizei München einen wertvollen Beitrag für die Öffentlichkeitsarbeit der DLRG in Bayern.

Blinde und stark Sehbehinderte schwimmen mit der DLRG

Schramberg zeigt, wie man's macht

Behindertenhilfe bundesweit beispielgebend

Schwimmen auf dem Sulgen ist für jedermann längst ein selbstverständlicher Freizeitspaß. Genießen doch seit 1973 wöchentlich rund 1 000 Besucher das fitneßfördernde Element des Wassers im Schramberger Hallenbad. Tag für Tag, so der aufsichtsführende Schwimmmeister Siegfried Steiger, – sieht man einmal von der zweimonatigen Sommerpause ab – finden groß und klein Freude an der Bewegung im nassen Medium. Mittwochabends geht's besonders turbulent zu. Pünktlich um 19.00 Uhr kommen die Schüler der Heiligenbronner Klosterschule zum Übungsabend der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG). Eigentlich keine Besonderheit.

Mädchen und Jungen spielen, planschen und schwimmen in einer abgegrenzten Hälfte des Beckens unter Anleitung, kaum beachtet vom allgemeinen Badebetrieb in der anderen Hälfte. Eine Übungsstunde der DLRG, wie in vielen anderen Gemeinden des Landes. Nur der aufmerksame Beobachter bemerkt, wie die Sehbehinderten sich – anders als gewohnt – viel vorsichtiger am Beckenrand bewegen, von Fliese zu Fliese vortasten und dennoch sicher ihr Ziel, die rückwärtige Wärmebank erreichen, wo sie von den freiwilligen Helfern der DLRG bereits erwartet werden.

Seit fünf Jahren betreut Catrin Heusch (21) Woche für Woche etwa 20 Sehbehinderte im Alter von 13 bis 17 Jahren. Der angehenden Arzthelferin bringt die Arbeit mit den Sehbehinderten „unheimlich“ viel, weil man lernen kann, „Kleinigkeiten bewußt zu erleben, ohne zu sehen“.

Zwar ist die engagierte Schrambergerin anfangs nur ihrem Bruder Klaus zuliebe in die Behindertenhilfe eingestiegen, der,

wie sie trefflich bemerkt, die körperliche Bewegung im Wasser als gute Möglichkeit unverkrampfter Betätigung ohne jeden Leistungsdruck für diese im Schatten des Daseins lebende Zielgruppe erkannt hat.

Doch weiß Catrin heute nach fünfjährigem freiwilligen Engagement, daß zu den ethisch wertvollen, wenn auch schwierigen Aktivitäten der Umgang mit Behinderten gehört, weil die Behinderten durch „wassersportliche Rehabilitation verschüttetes Selbstbewußtsein entdecken lernen und zudem Vertrauen zur Gruppe der Nichtbehinderten finden können“. Sie ist davon überzeugt, daß gerade das Wasser als Medium zwischen Gesunden und Behinderten beim Schwimmen und Baden, wie kein anderes Element zur gewünschten Verständnissfindung, aber auch zur beständigen Kontaktpflege miteinander führen kann.

Sagt's – geht zur Gruppe und widmet sich „total“ ihren Schwimmschülern, die vor dem Sprung ins Wasser noch schnell das Gespräch mit der frischgebackenen Lehrscheininhaberin suchen, weil mit ihr ein so „tolles Auskommen“ ist. Dieses Lob, spontan serviert vom Schramberger Markus Marte (14) wird lauthals unterstützt von einer Gruppe gleichgesinnter Wasserfans. Sie alle haben ein „gutes Gefühl“ am DLRG-Übungsabend: „Man weiß eben, daß man nicht allein ist.“

Gespannt erwarten Blinde und stark Sehbehinderte die Staffel mit Luftkissen und Schwimmflügeln. Stürzen sich mutig ins Wasser. Stürmen durch die Fluten, von den Rettungsschwimmern aufmerksam bewacht. Hören begeisternde und zugleich richtungsweisende Anfeuerungs-

rufe und hängen, wie die Sehenden, am Ziel angekommen, erschöpft und doch freudestrahlend an der Überlaufrinne.

Das gilt auch für die in Ebingen geborene blinde Bianka Hacker (15). Gemeinsam mit ihrer Mutter ist sie wegen der besseren therapeutischen Möglichkeiten bei den Schwestern im Kloster Heiligenbronn nach Schramberg gezogen. Seit vier Jahren kommt Bianka regelmäßig zum DLRG-Schwimmen und hat es zwischenzeitlich gemeinsam mit Markus zum bronzenen Jugendschwimmabzeichen gebracht. Ein Ziel, das auch die anderen bald erreichen wollen.

Tatkräftig Hilfe leisten zur Bewältigung des DLRG-Pensums die Schramberger Isabell Knop (17), noch in Ausbildung zur Apothekenhelferin, und Dirk Bartsch (18), er lernt Metzger.

Ein „Dankeschön“ erwarten die DLRG-Aktiven nicht. Sie wissen, daß ihre Arbeit den Behinderten Freude bringt. Selbst wenn man abends lustlos zur Übungsstunde kommt, weil der Tag recht stressig war, bringt das Schwimmen den gewünschten Ausgleich, bekennt einhellig das Team.

„Die Behinderten beeindruckt uns immer wieder: Sie sehen wenig und freuen sich trotzdem am gemeinsamen Spiel im Wasser!“

Weit über Schrambergs Grenzen hinaus haben die Schwimmstunden der DLRG für Blinde und stark Sehbehinderte Anerkennung gefunden. Nicht von ungefähr kommen die Interessenten selbst aus dem Raum Stuttgart-Sindelfingen-Aibstadt zum Übungsabend auf den Sulgen. Zwar hat die DLRG als größte Wasserrettungsorganisation ihrer Art auf der Welt, wie der aus Schramberg gebürtige Technische Leiter des Landesverbandes Württemberg, Klaus Heusch, kommentiert, satzungsgemäß keine Behindertenhilfe anzubieten, doch, so fährt Heusch weiter fort, versucht man schon seit Jahren in Abstimmung mit den Behindertenverbänden Sonderleistungen im Schwimmen und der Selbstrettung jeweils unter Berücksichtigung des Behindertengrades anzubieten und auch Übungsleiter dafür abzustellen. „Schramberg ist da bundesweit beispielgebend!“

Für die Akteure auf dem Sulgen bedarf das Schwimmen mit Behinderten keiner moralischen Rechtfertigung. Sie haben im Rettungsdienst erfahren, daß Fahrlässigkeit und Übermut – nicht nur im Wasser – häufig zu Unfällen führen und die Betroffenen lebenslang an den Rollstuhl binden können. Ihnen ist wichtig, daß sich Behinderte – ganz gleich, ob blind, taub, geistig- oder körpergeschädigt – im Wasser sicher bewegen können ... und dafür setzen Catrin, Dirk und Isabell „gern“ ihre Freizeit ein.

Hein F. Kukuk

Presseschau des Inlands

Bekanntnis zum Zivilschutz

Als nachahmenswert hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, das Engagement der Stadt Staffelstein für den Bau eines Hilfskrankenhauses bezeichnet.

Spranger sagte anlässlich eines Besuchs dieses Hilfskrankenhauses, wer, wie der Rat der Stadt Staffelstein, den Bau eines Hilfskrankenhauses einstimmig beschlossen habe, der habe mehr als ein Bekanntnis zum Zivilschutz abgelegt. Mit der Errichtung habe der Rat sichtbar unter Beweis gestellt, daß es ihm um das Wohl und den Schutz der Bürger in der Stunde der Not ernst sei.

Hilfskrankenhäuser sind die „Eckpfeiler“ der Infrastruktur des Gesundheitswesens im Zivilschutz. Sie dienen dem Zweck, bei Katastrophen, besonders schweren Unglücksfällen im Frieden sowie im Verteidigungsfall für den zu erwartenden Massenansturm an Verletzten die notwendige stationäre Behandlungskapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Nach Expertenberechnungen fehlen derzeit bundesweit noch rund 20 000 Betten, damit für ein Prozent der Bevölkerung stationäre Behandlungs- und Pflegekapazitäten bereitstehen. Dies bedeutet, daß noch rund 50 neue Hilfskrankenhäuser errichtet werden müssen.

Derzeit befinden sich sieben Hilfskrankenhäuser im Bau.

(Aus: Innenpolitik, Informationen des Bundesministers des Innern)

Kabinetts billigt Gesetzentwurf zum Schutz gegen Strahlenbelastung

Die Koalition will noch in dieser Legislaturperiode die gesetzlichen Voraussetzungen für den Aufbau eines einheitlichen Meß- und Frühwarnsystems schaffen, um die Bürger nach kerntechnischen Unfällen zuverlässig über die radioaktive Belastung informieren und Strahlenschäden möglichst gering halten zu können. Die Bundesregierung hat einem von Bun-

desumweltminister Wallmann vorgelegten Gesetzentwurf zugestimmt, der zusammen mit den Fachleuten der Koalitionsfraktionen erarbeitet und schon mit den Ländern besprochen worden ist. Der Entwurf der Bundesregierung wird unverzüglich dem Bundesrat zugeleitet. Die Koalitionsfraktionen haben eine gleichlautende Vorlage bereits im Bundestag als Initiativentwurf eingebracht, um das Gesetzgebungsverfahren zu beschleunigen, mit dem Konsequenzen aus dem Informations-Wirrwarr nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl gezogen werden.

Der Gesetzentwurf wird im Bundestag in erster Lesung beraten. Der Bundesrat beschließt am 7. November seine Stellungnahme. Der zuständige Ausschuß wird am 3. November Sachverständige anhören. Änderungswünsche des Bundesrates könnten noch in den Ausschußberatungen berücksichtigt werden. Die Koalition rechnet daher nicht mit einem Vermittlungsverfahren, obwohl die Länder Kompetenzen an den Bund abtreten sollen. Der CSU-Abgeordnete Fellner sagte am Dienstag, daß die CSU den Entwurf mittrage. Es gebe auch keinen grundlegenden Dissens mit der bayerischen Staatsregierung.

Für die zügige Verabschiedung des Entwurfs setzten sich die Abgeordneten Laufs (CDU) und Baum (FDP) ein. Die GRÜNEN warfen der Koalition vor, die geltenden Grenzwerte im Strahlenschutz erhöhen zu wollen. Dem widersprachen Laufs und Baum nachdrücklich. Baum sagte, der Strahlenschutz solle verbessert werden; einen Abbau werde es mit ihm nicht geben. Laufs wies darauf hin, daß es vor allem das Ziel des Entwurfs sei, Vorsorge zu treffen.

Die SPD lehnt die Gesetzesvorlage Wallmanns ab. Der Minister wolle bei einem eventuellen Reaktorunfall als „Grenzwert-Guru“ auftreten und die Grenzwerte nach den politischen Bedürfnissen festsetzen. Besser wäre es, sich mit den Ländern über die Festlegung neuer Grenzwerte zu verständigen.

Minister Wallmann sagte, daß es mit dem Gesetzentwurf zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung in kurzer Zeit gelungen sei, aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl eine wichtige und notwendige Konsequenz zu ziehen. Die Gesetzesinitiative unterstreiche die Entschlossenheit der Bundesregierung, den Schutz der Bevölkerung vor möglichen Strahlenbelastungen so umfassend und wirksam wie irgendmöglich zu gestalten. Gleichzeitig sei es das Ziel, eine Verunsicherung der Bevölkerung durch unterschiedliche und häufig wenig sachverständige Bewertungen von Strahlenbelastungen dadurch zu vermeiden, daß auf der Grundlage des „bestverfü-

baren Sachverständes“ bundeseinheitliche Maßnahmen und Empfehlungen getroffen werden könnten.

Im einzelnen sieht der Gesetzentwurf folgende Maßnahmen vor:

Dem Bund wird die Aufgabe übertragen, regelmäßig, flächendeckend und großräumig die Radioaktivität in der Luft, in Niederschlägen, in den Bundeswasserstraßen und in der Nord- und Ostsee zu messen. Ermittelt werden sollen auch die Gamma-Ortsdosis-Leistungen im Bundesgebiet.

Auch soll festgelegt werden, welche Proben entnommen und welche Analyse, Meß- und Berechnungsverfahren für die Radioaktivität angewendet werden. Der Bund muß die Daten der Umweltradioaktivität zusammenfassen, aufbereiten und dokumentieren, die Länder unterrichten und mit Blick auf die für den Strahlenschutz notwendigen Maßnahmen von überregionaler Bedeutung bewerten.

Die Länder ermitteln die Radioaktivität in Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Arzneimitteln, in Futtermitteln, im Trinkwasser, Grundwasser, in den Binnengewässern, in Abwässern, im Klärschlamm und in anderen Reststoffen, im Boden und in Pflanzen. Sie haben diese Daten an die zu gründende Zentralstelle des Bundes für die Überwachung der Umweltradioaktivität zu übermitteln.

Zum Schutz vor Strahlenschäden kann der Umweltminister im Einvernehmen mit dem Bundesgesundheitsminister, dem Landwirtschafts- und dem Wirtschaftsminister Dosis- und Kontaminationswerte durch Rechtsverordnungen bestimmen, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Bei Eilbedürftigkeit können die Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates und ohne die Zustimmung der beteiligten Bundesressorts erlassen werden; sie treten dann allerdings nach sechs Monaten außer Kraft. Ihre Geltungsdauer kann in diesem Fall nur mit Zustimmung des Bundesrates und im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern verlängert werden.

Der Bundesgesundheitsminister kann im Einvernehmen mit dem Umwelt-, dem Landwirtschafts- und dem Wirtschaftsminister durch Rechtsverordnung das Anbieten von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Arzneimitteln, die Einfuhr und Ausfuhr solcher Waren verbieten oder beschränken, damit die Belastungsgrenzwerte eingehalten werden können. Der Landwirtschaftsminister kann das Verfüttern und den Verkauf, die Einfuhr oder Ausfuhr von Futtermitteln verbieten oder beschränken. In diesen Fällen müssen aber auch bei Eilbedürftigkeit die anderen Ressorts zustimmen.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Presseschau des Auslands

Erst denken, dann handeln

Über die Rolle des Zivilschutzes bei einem Ereignis in der Art von Tschernobyl scheinen ganz verschiedene und zum Teil merkwürdige Auffassungen zu bestehen. Maßnahmen, die sich in unserem Land aufdrängten, waren gesundheitspolizeilicher Natur. Natürlich wäre daneben eine bessere und verständlichere Information nötig gewesen. Den Zivilschutz dabei ins Spiel zu bringen, wäre jedoch Verhältnisblödsinn.

Wie sähe das aber bei einer entsprechenden Katastrophe in der Schweiz oder ihrer näheren Umgebung aus?

Wie viele Schutzräume könnten rasch genug bezogen werden? Welche Möglichkeiten hätte der Zivilschutz überhaupt? Bestünden Notfalldokumentationen? Das sind nur einige von vielen offenen Fragen. Ihre baldige Beantwortung ist Sache jeder einzelnen Ortsleitung, denn die Voraussetzungen sind von Gemeinde zu Gemeinde ganz verschieden. Generelle Regelungen müssen mit Praktikern besprochen werden, sonst sind sie zu weit von der Realität entfernt. Eine überlegte und klare Ernstfallplanung ist nötig. Voreilige Schlüsse sind genug gezogen worden. Jetzt gilt es, zuerst zu denken und erst dann zu handeln.

Prof. Dr. Reinhold Wehrle
Zentralpräsident SZSV

(Aus: „Zivilschutz“, Schweiz)

Im Ernstfall schützen ...

Anlässlich des schweren Atomunglücks von Tschernobyl in der Sowjetunion ist der Oberösterreichische Zivilschutzverband in der Art aktiv geworden, daß er sofort einen Journaldienst „fast“ rund um die Uhr eingerichtet hat. Hier konnte die Flut von persönlichen und telefonischen Anfragen doch einigermaßen gemeistert werden.

Parallel dazu wurde mit dem Info-Team für Landesverteidigung ein Maßnahmenkatalog über Strahlenschutz für Haushalt und Landwirtschaft erarbeitet. Bei diesem 6seitigen Katalog handelt es sich um

eine grundsätzliche Information über die Situation nach einem Kernkraftwerksunglück und auch über die Verhaltensmaßnahmen für Haushalte und Landwirte in kurz gefaßter Form. Außerdem sind auf der letzten Seite Kontaktadressen abgedruckt.

Allein vom Zivilschutzverband Oberösterreich konnten 5 000 Exemplare dieses Maßnahmenkatalogs binnen drei Wochen an interessierte Haushalte verschickt werden. Sehr viele „Ausländer“, besonders Salzburger, waren interessiert an unserem Katalog, da ja in allen Zeitungen und im Rundfunk darauf hingewiesen wurde.

Wir haben uns auch sofort mit der Landeswarnzentrale beim Amt der Oberösterreichischen Landesregierung in Verbindung gesetzt und hier die jeweiligen Luftmeßwerte erfahren können. Außerdem wurden wir in die Aussendung der Oberösterreichischen Landesregierung hinsichtlich der aktuellen Strahlenschutzwerte aufgenommen, so daß wir unsere Vorstandsmitglieder und Referenten ständig mit den neuesten Informationen versorgen konnten (...).

Das verstärkte Interesse am Schutzraumbau kann derzeit kaum bewältigt werden. Verstärkte und vermehrte Vortragstätigkeit ist ebenfalls ein Ausfluß des Interesses und der berechtigten Angst der Bevölkerung. Dies verstärkt natürlicherweise auch die Notwendigkeit, den Informationsdienst weiter auszubauen, insbesondere den Ausstellungsdienst zu intensivieren.

Durch die größere Aufgeschlossenheit der Bevölkerung einerseits und der hierfür verantwortlichen Behörden andererseits ist zu hoffen, daß der Selbstschutzgedanke in Hinkunft starke Wurzeln faßt.

(Präsident des Landesverbandes
Oberösterreich Dr. Helmut Natzer
in „Zivilschutz“, Österreich)

Medizinische Erfahrungen von Tschernobyl werden veröffentlicht

Die Sowjetunion will nach Mitteilung des amerikanischen Arztes Robert Gale alle medizinischen Daten über die Opfer der Tschernobyl-Katastrophe veröffentlichen. Nachdem sie in ihrem Unfallbericht an die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien schon vorläufige Erkenntnisse mitgeteilt habe, werde die UdSSR bald die gesamten Erkenntnisse publizieren, sagte Gale in Moskau. Dabei solle es um Strahlenfolgen ebenso wie um die Wirkung von Behandlungsmethoden gehen. Die UdSSR habe prinzipiell auch einen Vorschlag zu einer internationalen Datensammlung über Strahlenschäden zugestimmt.

Gale hatte mehrere der am schwersten verstrahlten Opfer in Moskau mit Knochenmarkübertragungen behandelt, auf die er spezialisiert ist. Er ist seither mehrfach zur Nachbehandlung dorthin zurückgekehrt. Gale sagte, bisher habe die Forschung nur sehr wenig gesicherte Kenntnisse über Strahlenschäden. Die tödliche Dosis sei sowenig bekannt wie die Maximaldosis, die ein Mensch gerade noch ohne Schäden aushalte.

(Süddeutsche Zeitung)

Neue Zahlen in einem neuen Kleid

Vor kurzem verließ eine der wichtigsten Broschüren des BZS-Informationsdienstes die Druckerei: „Zahlen, Fakten, Daten 1986“; Erstmals wurde diese 50seitige Schrift auch in die italienische Sprache übersetzt, so daß die Tessiner und italienisch sprechenden Bündner nun eine weitere Informationsbroschüre in ihrer Muttersprache lesen können.

„Zahlen, Fakten, Daten 1986“ wurde komplett neu überarbeitet und gleichzeitig gestrafft. Auch das äußere Erscheinungsbild wurde geändert, indem auf einem weißen – statt einem gelben – Umschlag nun das orange-blaue internationale Schutzzeichen prangt. Die Broschüre ist in die folgenden Kapitel unterteilt:

1. Warum Zivilschutz? (Bedrohung, Waffenentwicklung, Kriege seit 1945)
2. Der Zivilschutz in Zahlen (Zahlen über Schutzplätze, Organisationsbauten, Ausgaben nach Sachgebieten, Ausgaben nach Kostenträgern, Schutzraum-mehrkosten, Ausgaben nach Materialgruppen, Zahlen aus der Ausbildung)
3. Aus Theorie und Praxis (Schutzzonen im Wohnhaus, Aufgebotsmaßnahmen, Grundrisse von Schutzräumen, internationale Schutzzeichen, Baukastensystem der Basisausbildung, Sollbestand des Zivilschutzes)
4. Verschiedenes (Zivilschutzartikel in der Bundesverfassung, strategischer Auftrag des Zivilschutzes, Zivilschutzgrundsätze, Adressen).

Geblichen ist die Zielsetzung der Broschüre; Referenten über das Gebiet Zivilschutz sowie weitere am Zivilschutzgeschehen Interessierte mit detaillierten Angaben aus ausgewählten Gebieten des zivilen Bevölkerungsschutzes möglichst umfassend zu orientieren. Die Schrift möchte zudem beitragen, daß alle Verantwortlichen des Zivilschutzes im Sinne einer «unité de doctrine» einheitliches Zahlenmaterial erhalten und weiterverwenden, das vom Bundesamt für Zivilschutz verifiziert worden ist.

(„Zivilschutz“, Schweiz)

Wissenschaft & Technik

Filteradapter zum Preßluftatmer

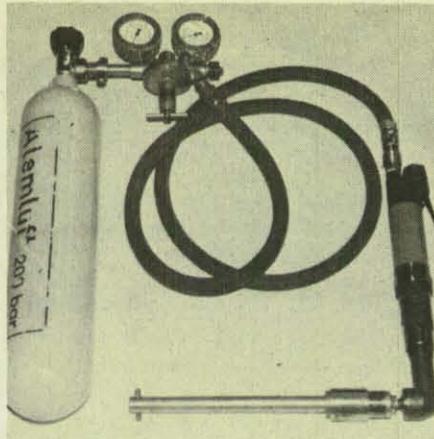
Ein neues Adaptersystem bietet einem Preßluftatmer-Geräteträger die Möglichkeit, gleichzeitig und zusätzlich einen Atemschutzfilter nach DIN 3181 mit Rundgewindeanschluß einzusetzen. Sobald die Luftzufuhr vom Preßluftatmer oder auch von einem Atemluftschlauchgerät unterbrochen ist, wird automatisch über den Filter geatmet.



Dieser Einsatz ist zum Beispiel erforderlich, wenn zur Dekontamination der Preßluftatmer abgelegt werden muß, aber auf einen Atemschutz noch nicht verzichtet werden kann. Der Anwender geht dann mit der Maske und dem Filter zur weiteren persönlichen Dekontamination. Aber auch bei langen Anmarschwegen zu einer Gefahrenstelle kann bei entsprechend vorhandener Umgebungsluft zunächst über den Filter geatmet und erst wenn notwendig, der Preßluftatmer eingesetzt werden. (Foto: Interspiro)

Preßluft-Starteinrichtung für Tragkraftspritzenmotoren

Das Starten von Tragkraftspritzenmotoren ohne elektrischen Anlasser bereitet oft große Schwierigkeiten. Bei Einsätzen mit Tragkraftspritzen steht und fällt mit dem Startversuch der ganze Löschangriff.



Denn die ganze Ausrüstung ist nutzlos, wenn der Motor der Tragkraftspritze nicht anspricht.

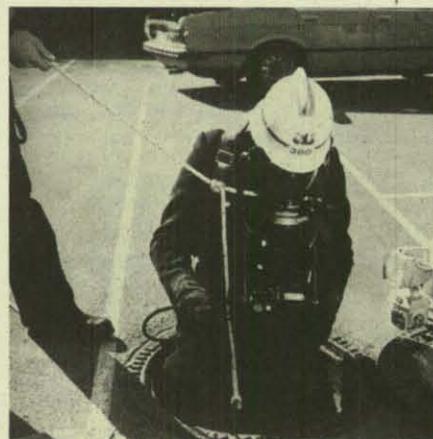
Um die Zuverlässigkeit der Tragkraftspritzen zu erhöhen, kann nun als Alternative zur Andrehkurbel ein Preßluftmotor mit entsprechendem Zubehör verwendet werden. Dieses Gerät ist auch dann einzusetzen, wenn nach einer Fehlbedienung der Motor nicht schnell genug gestartet werden kann.

Die mobile Startvorrichtung besteht aus einer Preßluftflasche, Druckminderventil, Preßluftmotor und einem Andrehdorn mit Sicherheitskupplung.

An der Tragkraftspritze muß die Kurbelführung so abgeändert werden, daß die Kurbel schnell abgenommen und der Andrehdorn der Startvorrichtung eingeschoben werden kann. Durch die im Andrehdorn eingebauten Sicherheitskupplung ist die Bedienung völlig gefahrlos. Das gefürchtete „Zurückschlagen“ der Andrehkurbel gehört damit der Vergangenheit an. (Foto: Mütter)

Ein Meßgerätesystem für alle Fälle

Ein neu entwickeltes Meßgerätesystem dient dem Messen und Überwachen brennbarer Gas- oder Dampf-Luft-Gemische im Bereich der unteren Explosionsgrenze (UEG) in den verschiedensten Einsatzgebieten wie z. B. bei der Feuer-



wehr, der chemischen Industrie, bei Gastransport, Gasverarbeitung und -verteilung sowie im Bergbau.

Um den in diesen Einsatzgebieten bestehenden Meßproblemen gerecht zu werden, sind die Geräte in fünf Grundversionen mit verschiedenen Meßbereichen und Gas-Kalibrierungen erhältlich.

Besondere Vorteile sind der übersichtliche Geräteaufbau, die einfache „Ein-Knopf-Bedienung“, die eindeutige Gas-konzentrationsanzeige, die eingebaute elektrische Gasförderpumpe und der leicht auswechselbare und wiederaufladbare Batterieblock. (Foto: Auer)

Neuentwicklung zur Wasserversorgung

Wasser ist lebensnotwendig und gerade in Krisenzeiten ist die Versorgung mit Wasser vordringlich. Aus dieser Erkenntnis heraus entwickelte ein süddeutscher Ingenieur einen speziellen Vorratsbehälter für Wasser.



Der Behälter wird in die Wasserversorgung eines Gebäudes eingebaut und so ständig von Frischwasser durchflossen. Bei einer Unterbrechung der Versorgung steht dann der gesamte Behälterinhalt als Trinkwasserreserve zur Verfügung. Ein Rückschlagventil verhindert bei ausbleibendem Wasserdruck ein Leerlaufen des Behälters. Mittels eines Wasserstandsanzeigers läßt sich die noch vorhandene Wassermenge im Behälter feststellen.

Nach Angaben des Konstrukteurs liegen die Kosten einer kompletten Anlage je nach Behältergröße zwischen 300 und 1000 DM. Die gesamte Anlage ist als Einbauteil steckerfertig.

Das Foto zeigt die Anlage bei der Vorstellung. Rechts am Behälter die Zuleitung mit Rückschlagventil, links oben der Leitungsabgang zu den Verbrauchern und unten die Wasserentnahmestelle für den Krisenfall. (Foto: Bauer)

Neue Bücher

BAT-Taschenbuch für den öffentlichen Dienst

Von **Manfred Petin**
Loseblattwerk in drei Bänden
Walhalla u. Praetoria Verlag,
8400 Regensburg

Mit dem Taschenbuch wird der Bundesangestelltentarif ausführlich und allgemein verständlich erläutert. Darüber hinaus enthält das Werk alle Sonderregelungen sowie alle für die Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden abgeschlossenen Tarifverträge. Die umfangreiche Sammlung wird ergänzt durch einschlägige Gesetze und Verordnungen sowie durch Beiträge über Beihilfavorschriften, Kindergeld- und Reisekostenrecht, zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Vermögensbildung und Sozialgesetzgebung.

Das Taschenbuch ist ein nützliches Nachschlagewerk und Arbeitsmittel für Mandatsträger, Personalräte, Personalsachbearbeiter, aber auch für jeden an seinen Rechten interessierten Angestellten im öffentlichen Dienst.

Notfall- und Nachlaß-Mappe

Bernd O. Dort, 8948 Mindelheim

Jeder, der sich schon einmal mit dem Thema Vorsorge befaßt hat, weiß, welche Probleme im Krankheits- oder Todesfall auf die Angehörigen zukommen können. Zu dem Schmerz kommt dann oft noch die Ratlosigkeit.

Die vorliegende Mappe bietet bei der Vorsorge eine entscheidende Hilfe, das sichere Aufbewahren und Ordnen aller wichtigen Papiere und Anweisungen. Vordruckte Formulare und Meldungen an staatliche Stellen und private Versicherungen helfen bei der Wahrung von Fristen und Ansprüchen. Praktische Beispiele für das Abfassen eines Testaments, Anweisungen zum Geld- und Immo-

bilienvermögen und Übersichten über Kapitalanlagen schaffen Klarheit und Ordnung. Besonderheiten bei Selbständigen, Freiberuflern und Hauseigentümern sind berücksichtigt.

Der Innenteil der Mappe besteht aus 90 zweifarbigen Zwischenblättern DIN A 4 mit 12teiligem Register. Jedes Blatt mit systematischer Inhaltsübersicht der jeweiligen Abteilung. Platz für viele Anweisungen, Eintragungen und Hinweise. Zahlreiche Muster für Formulare, Briefe und Testamentstexte.

Aufgabe dieses „Ordnungs-Systems“ ist es, die für den Notfall wirklich wichtigen Unterlagen und Anweisungen übersichtlich zusammenzufassen. Darüber hinaus gibt die Notfall- und Nachlaß-Mappe Sicherheit, wenn man weiß, daß alles Wichtige geordnet und bestimmt ist.

Feuerwehr- Fahrzeugmodell-Liste Nr. 4

**Versandhaus
des Deutschen Feuerwehrverbandes,
5300 Bonn 2**

Die neue Feuerwehr-Fahrzeugmodell-Liste enthält auf 16 Seiten alle derzeit lieferbaren Feuerwehr- und THW-Fahrzeugmodelle. Die Unterteilung erfolgt nach Firmen, angegeben sind ferner Maßstäbe und Material. Bei den HO-Modellen sind auch die Fahrzeuge des Rettungsdienstes aufgeführt. Fast alle Fahrzeugmodelle sind abgebildet.

Arbeitsschutz in elektrischen Anlagen

VDE-Schriftenreihe Band 48

Von **Peter Hasse und Walter Kathrein**
VDE-Verlag GmbH, 1000 Berlin 12

Dieser Band der VDE-Schriftenreihe erläutert die überarbeiteten bzw. erstmals erstellten VDE-Bestimmungen für Körperschutzmittel, Schutzvorrichtungen und Geräte zum Arbeiten in elektrischen Anlagen. Diese Bestimmungen benötigen Elektrofachkräfte für das Einhalten der in DIN VDE 0105 und der Unfallverhütungsvorschrift VBG 4 vorgegebenen „5 Sicherheitsregeln“.

Das Buch wendet sich also in erster Linie an die Benutzer elektrischer Anlagen und Betriebsmittel und soll Hilfestellung bei Auswahl und Bewertung sowie Hinweise für den zweckentsprechenden Einsatz beim Arbeiten in elektrischen Anlagen geben. Der Inhalt des Buches basiert auf zahlreichen Vorträgen und Tagesseminaren sowie auf Beiträgen in

Fachzeitschriften, die die Autoren im In- und Ausland gehalten haben.

Ergänzungen zu Sammelwerken

Kirchner/Merk/Beßlich
Zivilschutz und Zivilverteidigung
16. Ergänzungslieferung
Verlag W. Jüngling, 8047 Karlsruhe

Die 16. Ergänzungslieferung enthält eine erstmalige Bearbeitung des Teils M „Personelles Leistungsrecht“ der Loseblattsammlung. Hierbei wird an der bisher geübten Praxis des Sammelwerkes festgehalten, das Thema in vierfacher Unterteilung anzubieten: Einführung (mit historischem Überblick), Gesetzesteil (mit allen Dienstpflichtgesetzen einschließlich Wehrpflichtgesetz), Verordnungsteil und Teil für Verwaltungsvorschriften, Richtlinien, Erlasse und dergleichen.

Eine Herausgabe des Teils M in Broschürenform ist zur Zeit nicht vorgesehen; aus diesem Grunde erscheint es angebracht, in diesem Zusammenhang einmal auf das Sammelwerk selbst einzugehen. Die im Jahre 1965 begonnene Loseblattsammlung verstand sich zunächst als Zusammenfassung der innerhalb der Fachschriftenreihe „Zivilschutz und Zivilverteidigung“ herausgegebenen Broschüren, von denen inzwischen 20 Bände erschienen sind. Dieser Grundsatz wurde erst im Jahre 1982 aufgegeben, um dem Leser im Wege einer Einzelblattergänzung auch dann ein Gesamtwerk auf dem neuesten Stand zu bieten, wenn eine Neuauflage einzelner Broschüren noch ausstand.

Der Verlag hat sich bemüht, bei dem breiten Angebot an Zivilschutz- und Zivilverteidigungsliteratur zu einer gewissen Bereinigung zu kommen. So wurden 1981 das Loseblattwerk „Recht der Zivilen Verteidigung“ und 1984 das „Handbuch der Notstandsgesetzgebung“ übernommen und mit dem vorliegenden Sammelwerk vereinigt. Die Herausgeber der beiden Werke arbeiten seitdem im Herausgeberstab der gemeinsamen Loseblattsammlung.

Die bereits angesprochene Unterteilung aller Sachthemen in Einführung, Gesetzesteil, Verordnungsteil und Teil sonstiger Vorschriften erleichtert dem Leser die Handhabung dieses umfangreichen Sammelwerkes. Außerdem wird mit dieser Einteilung erreicht, daß mit der Einführung eine lehrbuchartige allgemeine Information über das jeweilige Thema und mit der Kommentierung der Vorschriften, dort wo es notwendig ist, eine vertiefte Information vermittelt wird, ohne daß die Übersichtlichkeit unter der Fülle des Stoffes leidet.

Allgemeines

In der KatS-Einheit „Instandsetzungszug“ sind den Facheinsatz-Gruppen

- Elektro
- Gas - Wasser
- Abwasser - Öl

je zwei ITrKw zugeordnet.

Personelle Besetzung

- 1 Gruppenführer
- 3 Instandsetzungshelfer
- 1 Kraftfahrer/Gerätewart.

Aufgabenbereich

Der ITrKw ist ein Geräteträger-Fahrzeug, mit dem die Besatzung der jeweiligen Facheinsatz-Gruppe mit der entsprechenden Gruppen-Ausstattung zum Einsatzort fährt.

Der Instandsetzungszug führt zur Behebung von Gefahren und Notständen im Rahmen des Katastrophenschutzes unaufschiebbare **behelfsmäßige** Instandsetzungsarbeiten, insbesondere an Versorgungsleitungen (Elektro, Gas, Wasser), Ölanlagen und Abwasseranlagen (Abwasser-, Öl-beseitigung) durch, die den Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes die Durchführung ihres Rettungsauftrages erst ermöglichen und die zum Schutz und zur Versorgung der Bevölkerung sowie zur Fortführung lebenswichtiger Betriebe **dringend** notwendig sind. **Er führt dies unter Aufsicht und in Zusammenarbeit** mit den Versorgungsbetrieben durch. (Auszug aus der STAN-Nr. 031)

Fachdienstausrüstung

Die Fachdienstausrüstung der drei Facheinsatz-Gruppen wird, soweit es möglich ist, in tragbaren Alu-Transportkisten verpackt. Außer den Werkzeugausrüstungen für

- Metall- und Holzbearbeitung
- Räum- und Erdarbeiten
- Elektriker

gehören u. a.

- Beleuchtungsausrüstung
- Feuerlösch- und Rettungsgeräte
- Pumpen
- Stromerzeuger-Aggregate
- Atemgeräte
- Vermessungsgeräte
- Prüfgerätesatz Multigas-Detektor
- Spürausrüstung, expls. Gasmischung
- Straßenabsper- und Markierungsgerät
- Kettenmotorsäge
- Trennschleifer
- Hebe- und Zugerät

zur Fachdienstausrüstung.

Angaben zum Fahrgestell

Als Fahrgestell ist der DB Typ L 407D bzw. L 409 beschafft worden. Motor: 4 Zyl. 48 kW (65 PS) bzw. 66 kW (90 PS), neue Diesel-Ausführung 53 kW (72 PS). Antrieb: 4-Gang-Synchrongetriebe, 2-Rad-Antrieb.

Maße: Länge 6 000, Breite 2 350, Höhe 2 800 mm. Zul. Ges.-Gew. 4 600 kg, die Nutzlast beträgt 1 900 kg.

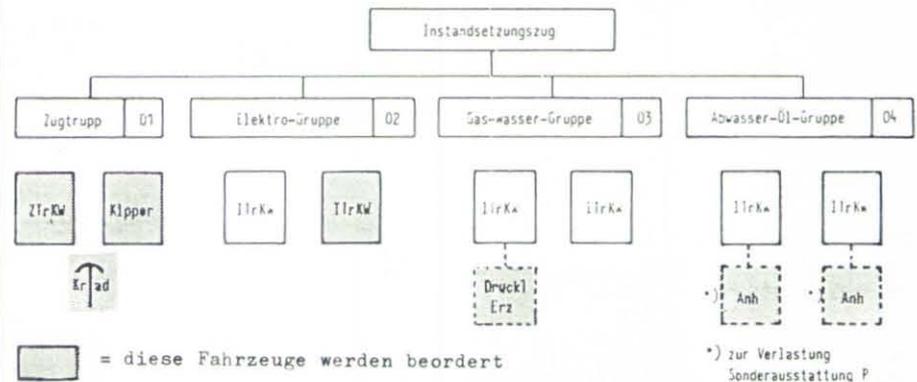
Ausgestattet ist das Fahrzeug u. a. mit einer blauen Rundumkennleuchte und einer Anhängerkupplung sowie mit einer Warmwasserheizung. Zum Fahrzeug gehört ein Satz Bordausrüstung über 2,5 t Zul. Ges.-Gew.

Aufbau

Der Aufbau besteht aus einem Doppelkabinenfahrershaus und einer handelsüblichen Pritsche mit Plane und Spiegel.

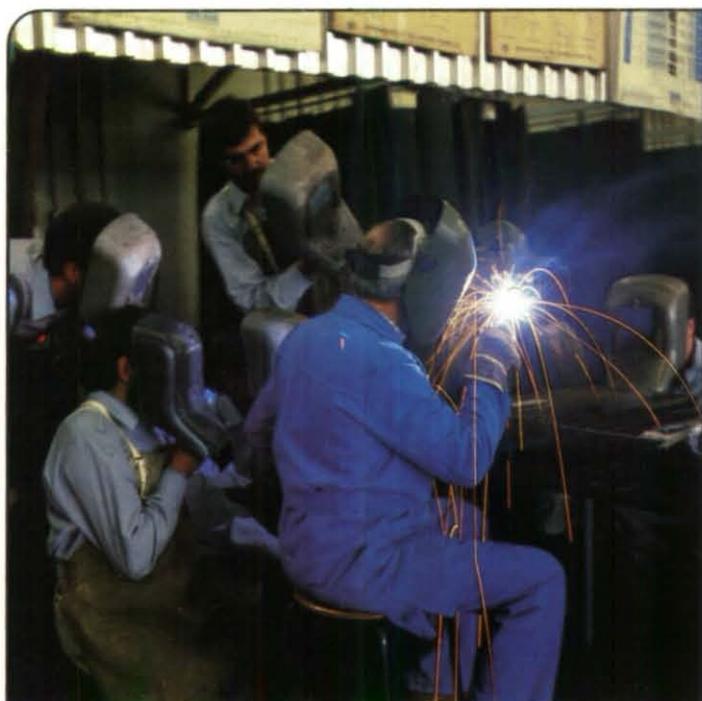
Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes (Bundesausstattung)

Der Instandsetzungstruppkraftwagen (ITrKw)



ITrKw mit der Gruppen-Ausstattung „Abwasser-Öl“.

Wenn die Funken stieben



„Behelfsmäßige Instandsetzung in Ver- und Entsorgungsanlagen“ ist die Aufgabe des Instandsetzungsdienstes im erweiterten Katastrophenschutz. Ein zweckmäßiger und wirkungsvoller Einsatz der Helfer des Technischen Hilfswerks, die diese Fachdienstaufgabe wahrnehmen, setzt eine fundierte und gründliche technische Ausbildung voraus. Um dieses Ziel zu erreichen, führt die Katastrophenschutzschule des Bundes Bad Neuenahr-Ahrweiler auch Sonderlehrgänge im „Elektroschweißen“ für Helfer der Gas/Wasser-Gruppe durch. Die Ausbildung gliedert sich in Lehrgänge der Stufe I bis IV. Lehrgang III schließt mit der Rohrschweißerprüfung E-RI m-x DIN 8560 ab.

In einer jährlichen Wiederholungsprüfung – Sonderlehrgang IV – sollen die Kenntnisse und Fertigkeiten im Elektroschweißen von unter Druck befindlichen Gasversorgungsleitungen aus Stahl auch unter Baustellenbedingungen nachgewiesen werden.

Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite entstanden während eines solchen Lehrgangs. Das Bild links oben zeigt den Lehrschweißer des „Deutschen Verbandes für Schweißtechnik e. V.“ bei einer Demonstration, rechts oben ist ein Lehrgangsteilnehmer beim Schweißen einer Überlappnaht zu sehen, das Foto links zeigt eine fachgerechte Überkopf-Senkrecht- und Waagerechtnaht.